

Ver. 25

skolast

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - dezember 1980 - 25. jahrgang

nummer 4

deutsche und W.A. Sch e
 und ... über das
 Zusammen leben
 in S.

gewalt - wider
 stand gegen gewalt -
 Gewaltloser Wi Der Sta nd

INHALT

- 1 Editorial
- 2 Brunhilde Platzer: Sexuelle Gewalt an Frauen . . . nicht nur Widerstand
- 5 Günther Parschalk/Dietmar Raffeiher/Heinrich Zoderer: In memoriam Erich Fromm, Prophet der Gewaltlosigkeit
- 7 Nemesis: Institutionalisierte Gewalt. Machtmißbrauch bei der Versorgung psychiatrischer Patienten
- 9 Konrad Walter: Gewalt. Zwei Aspekte
- 10 SKOLAST-Gespräch mit Imtraud Mair („Frauen für Frieden“)
- 12 Zum Terrorismus in Südtirol
- 15 Ludwig Paulmichl: Zur Kritik der Gewalt
- 18 „ . . . Verfolgungswahn“ — Eine SKOLAST-Befragung
- 19 Waltraud Plagg: Frühkindlicher Zweisprachenunterricht. Bemerkungen zum Deutschunterricht in italienischen Kindergärten
- 22 Alexander Langer: Warum ich die Italiener in Südtirol nicht mehr missen möchte
- 23 Karl Gudauner: Südtirol im Wandel
- 25 Maria Elisabeth Brunner: Die Ungleichheit unter den Menschen . . .
- 25 Thomas Benedikter: „Neues Linkes“ zum ethnischen Proporz
- 29 L. P. Michael: 2 Liebesgedichte
- 29 Kurt L. Lanthaler: ich . . .
- 30 Josef Oberhollenzer: traurig, 1 Gedicht
- 31 Liebe versammelte Festgemeinde . . .
- 32 Josef Stricker: Christentum als Ideologie
- 34 SH-Internia/Ankündigungen

Wir danken folgenden Personen sehr, sehr herzlich für ihre Spenden zugunsten der Südtiroler Hochschülerschaft:

Dr. Alfons Benedikter, Dr. Albert Forggler, Dr. Georg Sonner, Dr. Alexander Langer.

Danke.

Mitarbeiter dieser Nummer:

Konrad Walter, geb. 1955,
Student in Salzburg

Nemesis*

Günther Parschalk, geb. 1958,
Student in Innsbruck

Heinrich Zoderer, geb. 1958,
Student in Innsbruck

Dietmar Raffeiher, geb. 1958,
Student in Innsbruck

Brunhilde Platzer, geb. 1958,
Studentin in Padua

Ludwig Paulmichl, geb. 1960,
Student in Wien

Thomas Benedikter, geb. 1957,
Student in München

Karl Gudauner, geb. 1957,
Student in Innsbruck

Maria Elisabeth Brunner, geb. 1957,
Studentin in Innsbruck

Waltraud Plagg, geb. 1958,
Studentin in Innsbruck

Zita Marsoner, geb. 1957,
Studentin in Innsbruck

Gottlieb Kaserer, geb. 1948,
Lehrer in Meran

Alexander Langer, geb. 1946,
Landtagsabgeordneter, Bozen

Kurt Lanthaler, geb. 1960,
Student in Innsbruck

Josef Oberhollenzer, geb. 1955,
Student in Innsbruck

L. P. Michael*

H. W., geb. 1954,
Student in Wien

Reinhold Staffler, geb. 1954,
Student in Innsbruck

Monika Prucker, geb. 1960,
Sekretärin in Bozen

Josef Stricker,
Arbeiterpriester in Bozen

Arnold Dall'ò, geb. 1960,
Schriftsetzer in Meran

*Pseudonyme

(Die Namen sind der Redaktion bekannt)

An die Südtiroler Maturanten

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Du bekommst heute von uns den SKOLAST, die Zeitschrift der Südtiroler Hochschüler zugeschickt. Zu einem späteren Zeitpunkt wirst Du auch noch die restlichen in diesem Studienjahr erscheinenden SKOLAST-Nummern gratis erhalten.

Der SKOLAST versteht sich vor allem als Diskussionsforum, in dem aktuelle Probleme und Sachfragen möglichst vielseitig erörtert werden sollen. Zudem informiert er über wichtige Sachen, die das Universitätsstudium im In- und Ausland betreffen. Die meisten Artikel befassen sich aber nicht unmittelbar mit Studentenproblemen. Das ist deshalb so, weil es in unserem Land viele andere Probleme gibt und wir es unerlässlich finden, sich mit politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Fragen Südtirols zu befassen. Es geht ja um die Gestaltung

unserer eigenen Zukunft und dazu zu schweigen, das wäre dann und gefährlich.

Lieber Kollege, liebe Kollegin, Du kannst dieses Gratisabonnement des SKOLAST ohne weiteres als Anwerbung für die SH betrachten. Die SH ist die Organisation der Südtiroler Hochschüler und kümmert sich um studentische Belange im weitesten Sinn (allgemeine Information über Hochschulstudium, Stipendien, Studientitelanerkennung usw.). Die Funktionäre der SH werden alljährlich an den einzelnen Hochschulorten gewählt. Solltest Du im kommenden Jahr ein Uni-Studium beginnen, dann denk daran, daß die SH umso mehr Gewicht hat und umso besser für die Studenten arbeiten kann, je mehr sie Mitglieder hat. (Werde Mitglied der SH!)

Mit freundlichen Grüßen
Reinhold Staffler
Vorsitzender der SH

Editorial

1. in der ausgabe vom 1./2. nov. 1980 vorherrschend die DOLOMITEN in einem nicht gezeichneten kommentar (wieder einmal) den (helden?)tod im kriege. zitat: „Ein Großteil unseres Volkes steht ehrend vor den Gedenksteinen seiner Söhne, die getreu ihrer Pflicht ihr Leben gaben. . . . Unserer Nachkriegsperiode blieb das traurige Primat vorbehalten, in einer unver-söhnlichen Haßpropaganda den Krieg nie enden zu lassen und die soldatischen Werte des Besiegten zusätzlich schmähen zu wollen. Der Betroffene soll sein Bestes und sein Letztes noch verlieren - seine Ehre!“

daß heute so etwas noch geschrieben werden kann, das macht mich unheimlich traurig. ich hoffe, es macht mich (und viele) auch zornig genug wenn doch die „soldatischen Werte“ so geschmäht würden, daß es keine solchen mehr gäbe: nie und nirgends!

wenn es doch keine sieger und keine besiegten mehr geben müßte! wenn doch diesen verkappten kriegstreibern die zeitungen nicht mehr offenstünden!

es macht mich zornig und ich bin mir sicher, daß ich mit meinem zorn und mit meinen wünschen nicht allein bin.

kein vernünftiger mensch will heute in unserer situation des waffenstillstandes — ‚frieden‘ kann man dieses ‚gleichgewicht des schreckens‘ wohl kaum nennen — kein vernünftig denkender mensch dürfte heute einen krieg wollen. wessen man sich aber bewußt sein muß, ist, daß im menschlichen lateste gewalt, eine ursprüngliche bereitschaft zur gewaltanwendung vorhanden ist, und daß diese gewalt zum ausdruck kommen kann, dafür braucht es nicht unbedingt den befehl der politiker (im kriegsfalle), die hauptursache dafür ist immer eine bestimmte gesinnungslage.

wenn adorno sagt, es müsse alles unternommen werden, damit es ein arschwitz nicht mehr gebe, dann meint er vor allem, daß die ursachen erforscht und ausgeremert (so weit es möglich ist) werden müssen, die ursachen dafür, daß es so weit hatte kommen können.

eine der ursachen ist sicher die überbetonung des begriffes der ehre inner-

halb einer bestimmten (oder sollte ich schreiben: ‚bestens bekannten‘) gesinnung, ideologie oder wie immer man das nennen mag, egal, ob der ‚ehrebegriff‘ nun national oder individuell bestimmt ist. bei so einer übersteigerung des begriffes der ehre ist opposition wie andersartigkeit gleich eine ehrenbeleidigung, und wir wissen aus der geschichte, wie die sache endet, überhaupt, wenn es um die soldatische ehre geht, wie im oben genannten DOLOMITEN-kommentar.

ich denke, wir müssen verdammt aufpassen.

2. wir haben diesen skolast gemacht, um ein bewußtsein zu schaffen, ein bewußtsein, daß der einzelne, der widerstand leistet gegen gewalt, nicht allein ist, ein bewußtsein, daß es formen von gewalt gibt, die äußerst subtil sind und die wir deshalb kaum erkennen, ein bewußtsein, daß wir uns wehren müssen (auch gegen die gewalt in uns) und daß wir uns wehren können, ein bewußtsein, daß gewalt nicht unbedingt gewalt erzeugen muß.

3. durch das zweite rahmenthema dieses skolast wollten wir uns endlich einmal mit der konkreten form des zusammenlebens der beiden größeren ethnischen gruppen in s. befassen. unsere ursprüngliche konzeption war, es artikel zu sammeln, die sich — einmal unabhängig von der gesetzgeberischen komponente — vor allem mit dem zusammentreffen der deutschen (frölerischen?) und italienischen kultur im täglichen leben, mit vorurteilen und mit ursachen der verständigungsschwierigkeiten beschäftigen.

leider kamen nur wenige solcher artikel in die redaktion, trotzdem glauben wir, daß die zu diesem thema zusammengefaßten artikel anregungen geben können, sich eingehender mit der problematik zu befassen.

4. das rahmenthema des nächsten skolast ist ‚ÖKOLOGIE‘ und alles, was damit zusammenhängt. wir glauben, man/frau sollte das engagement auf diesem gebiet nicht nur herrn rampold überlassen, also setzt euch an den schreibisch, redaktionsschluß ist der 15. februar 1981.

5. an dieser stelle will ich noch einmal kurz zurückkommen auf das thema ‚gewalt‘ und insbesondere auf den rest des titels ‚widerstand gegen gewalt — gewaltloser widerstand‘.

in diesem punkt, scheint mir, ist der teil der gesellschaft, der gewalt und

im speziellen strukturelle gewalt durchschaut hat, zu lange stehen geblieben bei der frage nach der ‚moralischen‘ berechtigung des tyrannenmordes, wie ein häufig gebrauchtes deutsch-schulbuchthema heißt, bei der frage nach der reaktion auf gewalt durch gewalt also. das will nicht heißen, daß niemand versucht hat, ohne gewalt auszukommen (‚bruch‘), der gewalt von oben waren aber alle ausgesetzt, auch das christentum (gebt dem kaiser, was des kaisers ist . . .), das noch die größte tradition in der gewaltlosigkeit als gesellschaftsform hat.

erst seit einigen jahren versucht man in einem größeren kontext sich von den fesseln auch der eigenen reaktion zu lösen und eine gegenkultur aufzubauen, d.h. man hält nicht mehr still oder schlägt in gleichem maße zurück, sondern wendet den schlägen (des staates und einer die institution des staates als zentrale macht sanktionierende gesellschaft und konsumwirtschaft) aus, so weit es möglich ist; man spart die eigenen kräfte zum aufbau einer (begrenzten) gesellschaft, die auch in sich ohne repressionen auszukommen versucht, in diesem rahmen ist vor allem ein teil der sogenannten ‚alternativen bewegung‘ (wchrdienstverweigerer, naturschützer, frauenbewegung z.t., die spärlichen männergruppen etc.) zu sehen, die den bisherigen oppositionellen, d.h. in den meisten fällen ‚linken‘ bewegungen (was westeuropa betrifft) außer den bereits genannten auch das voraus hat, daß sehr viel an der inneren struktur, an den beziehungen der einzelnen leute in der gruppe zueinander gearbeitet wird, und daß die emotion (auch die negativ: konfliktharerschaft) nicht verpönt ist, wie bisher in der orthodoxen linken.

was südtirol betrifft ist bisher in dieser richtung nicht besonders viel geschehen, die gründe sind sicher vielseitig, zwei möchte ich herausgreifen:

— zum einen wurden viele kräfte aufgerufen im direkten parteipolitischen streit um die autonomie und ihre auswirkungen,

— zum anderen fehlt einfach eine sammelstelle, ein ausgangspunkt von ideen (theoretischen überlegungen), wie sie eine universität darstellt.

so wurde auch die aufarbeitung dessen, was bisher in dieser hinsicht passiert ist, erschwert, ein grund mehr, finde ich, diesen skolast zu machen.

mail sepp

Wir ersuchen unsere wertvollen Mitglieder, Akademiker und Abonnenten aufs höflichste, den SH-Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1981 bei Gelegenheit einzuzahlen.

Sie unterstützen damit die im Dienst der Südtiroler Studenten geleistete Arbeit der SH und ermöglichen die weitere Herausgabe unserer Zeitschrift.

Der Vorstand der SH

Unsere Bankverbindung:

— Postsparkasse Bozen, Kontonummer 14/1177

Gewalt – Widerstand gegen Gewalt – Gewaltloser Widerstand

Brunhilde Platzer

Sexuelle Gewalt an Frauen ... nicht nur Widerstand

Es gibt verschiedene Formen von Gewalt, augenscheinliche und verborgene, formelle und nichtformelle. Die Frage des Widerstandes gegen die Gewalt ist so alt wie die Gewalt selbst. Aber es gibt Gewaltmanifestationen, die in der Geschichte jeweils verschiedene Bewertungen erfahren haben. Einige von ihnen sind überhaupt erst in letzter Zeit in den Bereich der Gewaltdefinition vorgestoßen. Die verschiedenen, oft eben verborgenen Formen der **Gewaltausübung gegen die Frauen** gehören zu diesen. Daß heute über Gewalt an Frauen in immer breiterem Ausmaß diskutiert wird, ist eines der spezifischen Verdienste der Frauenbewegung. Wo jedoch die Bewegung der Frauen nicht nur die Notwendigkeit des Widerstandes gegen einzelne Gewalttätigkeiten einzelner Männer betont hat, sondern darüber hinaus die Frage nach der **Eliminierung der Gewalt** stellte, knüpfte sie nicht nur an die revolutionären Traditionen dieses Jahrhunderts an, sondern bereicherte diese selbst mit neuen Überlegungen.

Die sexuelle Gewalt ist nur die Spitze eines Eisbergs. Sie ist nur der augenscheinlichste Ausdruck jener Demütigung und Gewalttätigkeit, die die Frau täglich im Hause, am Arbeitsplatz und auf der Straße erfährt, „und die in der Kultur und den Strukturen, in den Gesetzbüchern und in jeder Form der privaten und öffentlichen, der persönlichen oder gesellschaftlichen Beziehung zwischen Mann und Frau eingraviert ist; die zur Demütigung und Beleidigung aller Frauen führt und vor der sich die gesamte Gesellschaft zu verteidigen hat“ (1).

Wie antwortet die Frauenbewegung auf diese Gewalt, die erschreckende Ausmaße und besorgniserregende Formen angenommen hat (denken wir an die gestiegene Anzahl von Fällen der „Gruppenvergewaltigung“ oder an die Tatsache, daß – wie angenommen wird – in Italien durchschnittlich jede halbe Stunde eine Frau Opfer einer solchen Gewalttätigkeit wird)? Wie will sie ihren Widerstand gegen diese Form von Gewalt zum Ausdruck bringen?

Diese Fragen hat sich die Frauenbewegung besonders in diesen letzten Monaten gestellt, und zwar im Zusammenhang mit den von MID (Movimento di liberazione delle donne) und UDI (Unione donne italiane) sowie von KPI und PSI entworfenen Gesetzesvorschlägen zur Neuregelung dieser Materie. Ganz besonders war es jedoch die **Unterschriftenammlung** von

seiten des MID und UDI zur Einbringung einer Gesetzesinitiative, welche die Auseinandersetzung in der Frauenbewegung anheizte.

Dabei trafen verschiedene Vorstellungen aufeinander. „Auch hier spaltete sich die Frauenbewegung, noch bevor eine Wertung über die Zweckmäßigkeit dieses oder jenes Artikels abgegeben werden konnte, zur Frage der Opportunität der politischen Instrumente, die sie sich für die Erreichung der ihr am Horzen liegenden Ziele aneignen sollte“ (2).

Die Darlegung der **zwei grundlegenden Positionen**, die sich in dieser Auseinandersetzung ergaben, soll das Hauptanliegen dieses Beitrages sein. Eine der zentralsten Fragen, vielleicht die wichtigste, war dabei: „Sollen die Frauen ihre Erfahrung und die politische Praxis hinsichtlich der sexuellen Gewalt und der Sexualität im allgemeinen in Gesetzesartikeln zum Ausdruck bringen?“ (3). Soll die Bewegung der Frauen das Instrument der **gesetzlichen** Regelung **grundsätzlich** und die Behandlung dieser Form von Gewalt mit eben diesem Instrument akzeptieren und es nutzbar machen für eine Durchsetzung und Konsolidierung ihres neuen Gesellschaftsbildes?

Einige meinten dazu, daß man „die jahrelangen Überlegungen der Frauenbewegung und jener linken Bewegung, die dem **Thema Gewalt und bürgerlicher Staat** ihre größte Aufmerksamkeit gewidmet haben, nicht auf einen Schlag vergessen und daß man sich **als Frau** nicht plötzlich auf die Seite derer stellen kann, die Gesetze erlassen, ohne die eigene politische Tätigkeit zu hinterfragen... Sicherlich, der nicht organisierte, der nicht institutionelle Teil der Frauenbewegung, der von einer Praxis der radikalen Infragestellung der Wurzeln der patriarchalischen Gesellschaft ausgeht, hat eine eindeutige Haltung gegen das Gesetz eingenommen. „Dieser Teil der Frauenbewegung“, schreibt Maria Schiavio, „sieht in der Lostrennung von der Männergesellschaft eine Möglichkeit zur Veränderung der zwischenmenschlichen Beziehungen, indem die Interessen und Wünsche, die bisher an die Männer gerichtet waren, nun den Frauen zugewandt werden... Der organisierte Teil der Bewegung, der sich an die Männergesellschaft und an ihre Formen der politischen Organisation anlehnt, macht aber... paradoxerweise diese Loslösung zum Instrument, das die Integration der Frau in diese Gesellschaft ermöglicht... und zwar über eine politische Arbeit (die Geset-

zesvorschläge in diesem Falle), die von der Praxis des Selbstbewußtseins, die stets das Einwirken auf die Frau kritisiert und die politische Bedeutung der von der Frau ausgehenden Arbeit erkannt hat, mehr als nur geringfügig abweicht“ (4).

...keine Konzession an das „Gesetz des Vaters“?

Diese grundlegende Haltung wurde auch von anderen Feministinnen vertreten. Ida Cigarini schrieb beispielsweise: „Wir haben in unserer Arbeit dieser Jahre die symbolische und sexuelle Autonomie der Frau vertreten, indem wir von den **Gesetzen des Vaters** (4a), die die Sexualität heute noch vorwiegend bestimmen, Abstand genommen haben. Das Gesetz der Gesetzbücher stellt die extreme Abstraktion der väterlichen Gesetze dar... und in diesem Sinne **können und dürfen die Frauen nicht für dieses Gesetz stimmen**.“ (5)

„Wir haben in diesen Jahren eine politische Arbeit geleistet, die sich von der Aktivität der Männer unterscheidet. Das ‚Selbstbewußtsein‘, zum Beispiel, ist eine Sache, die die Männer gänzlich aus ihrer Politik ausklammern... Was bedeutet für uns die Tatsache, daß es nun Frauenorganisationen gibt, die eine Initiative ergreifen, um mit Gesetzen unsere Lage zu bestimmen?... Wollen wir wirklich unserer Rand-Dasein, unsere offizielle Quasi-Inexistenz verkassen... müssen wir – mit anderen Worten – wirklich beweisen, daß auch wir, wie die Männer vor den Richter treten und daß auch wir Gesetze schreiben können... um vom Staate (der immer derselbe, den Frauen feindlich gegenüberstehende Staat ist) gelenkt zu werden? Ist es nicht besser, auf dem Wege zu dieser **anderen** Politik, auf die ich vorher hingedeutet habe, weiterzumarschieren?“ (6)

Andere Feministinnen unterstrichen nur den spezifischen Charakter dieses Gesetzesvorschlags, während sie den vorübergehenden Gesetzen, die für die Situation der Frau von besonderer Bedeutung waren, eben einige positive Verdienste zukommen ließen.

N. Gandus schrieb unter anderem: „Die Ehescheidung, das Familienrecht, die Abtreibung, das Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz eröffneten der Frau Freiräume. Dieser Gesetzesvorschlag zur Vergewaltigung hat hingegen nur einen repressiven Charakter, weil er **niemandem Freipläze schafft**;... und der Prozeß“, schreibt Gandus weiter, „würde sich auch nach der gesetzlichen Neuregelung mit der alten gewohnten Vorgehensweise gegenüber der Frau abwickeln, und er würde sie weiterhin nicht als Anklägerin, sondern als Angeklagte behandeln.“ (7)

„Und dann steht man vor dem Angeklagten, der bereits in der Schule als ‚kleiner Verbrecher‘ galt, den man mit Gewissenbissen vor den Disziplinarmassnahmen verteidigt hat... und dem man mit achtzehn wieder als ‚Vergewaltiger‘ begegnet. Ich habe keine Sympathie für Mörder und Vergewaltiger“, schreibt L. Melandri, „aber ich gestehe, daß ihre Geschichte in mir eine tiefe menschliche Resonanz hinterläßt... Und hier in der Frage über die Regelung der Sexualvergehen gin- ge es darum, einem Strafverfahren zu zustimmen, das sich entschieden gegen uns und gegen jenen Teil der Männer (Mörder und Verbrecher) richten wird, die - ich weiß, daß ich jetzt Skandal erwecken werde - bei der Integration in die Gesetze des Vaters die größten Schwierigkeiten gefunden haben... Ich glaube“ - und hier spricht sie sicherlich für den Großteil der „nicht organisierten“ Frauenbewegung - „daß bedeutende Veränderungen, die das vielschichtige Problem der Unterworfenheit der Frau im allgemeinen zu lösen und dieser Form von Gewalt im besonderen entgegenzuwirken imstande sind, nicht durch ein Gesetz (das nur Ausdruck der Ohnmacht ist), sondern **allein!** durch die nötige politische Arbeit, die die Gründe dieser Abhängigkeit ausmerzt, eingeteitert werden können.“ (8)

Dies ist in Stichworten die Haltung (vielleicht die härteste Opposition), die von einigen Kreisen des sogenannten „historischen“ Feminismus gegen den Vorschlag für die **gesetzliche** Regelung der Sexualvergehen eingenommen wurde und die die Meinung vertreten, daß die Frau auf diese Gewalt **allein** mit **neuen** Formen eines sicherlich harten und schweren Kampfes für die Verwirklichung einer **neuen** Beziehung zwischen Mann und Frau oder zwischen Frauen antworten **kann** und **muß**.

... auch Gesetze wirken auf das Bewußtsein

Breite Teile, die Mehrheit vielleicht, der Frauenbewegung haben aber positiv auf die Gesetzesvorschläge reagiert und zu den, von den „historischen“ Feministinnen aufgeworfenen Problemen Stellung bezogen. J. Travers meint, daß „viele dieser letzteren im Vergewaltiger ein Opfer der kapitalistischen und patriarchalischen Gesellschaft sehen (der zu allerletzt noch zum Parahelden hochgespielt werde, weil er die gesellschaftliche Integration verweigert habe) und die nach Gerechtigkeit rufenden Feministinnen als ‚repressiv‘ hinstellen... Man kann ihnen entgegenhalten, daß auch Pierre Goldman (ein Exponent der französischen ‚neuen Linken‘) erklärte, daß er jede Gerechtigkeit des Gesetzes, jede gesetzliche Repression als ‚Schmach‘ empfinde. Er kam in einem faschistischen Attentat ums Leben. Man kann diese Feministinnen anfragen, ob vielleicht seine Genossen... über die rebellischen, gesellschaftliche emanzipierten und nicht integrierten Faschisten, die Opfer

unserer Gesellschaft sein sollen, bios Studien schreiben werden...“

Die Institutionen und der einzelne Mann haben durch die Ausübung der physischen und ökonomischen Kontrolle stets die totale gesellschaftliche Integration der Frau gesichert, wer möchte es bestreiten... Womit haben sich Zivil- und Strafgesetzlicher beschäftigt, wenn sie das Leben der Frau über Einrichtungen wie die ‚väterliche Gewalt‘, die ‚Kriminalisierung der Abtreibung und des von der Frau begangenen ‚Ehebruchs‘ bestimmten...? Und heute geht die Verweigerung und Ablehnung dieser Form von Integration eben **auch!** über den Weg der Gesetzgebung.“ (9)

Hier liegt der zentrale Punkt in der Argumentation jener Feministinnen, die die zweite Position vertreten. „Sicherlich“, schreibt eine von ihnen, „berührt die entscheidende der zu realisierenden Veränderungen die **Beziehung Mann-Frau**. Ist diese aber nicht von der offiziellen Ideologie der Gesellschaft bestimmt? Und was ist ein Gesetz, wenn nicht eine Verlagerung dieser Ideologie auf die legislative Ebene? Bedeutet eine gesetzliche Veränderung dann nicht eine Veränderung auch dieser Ideologie und der Lebensgewohnheiten? Kann ein Gesetz, das die Abschaffung des ‚Ehrendelikts‘ (9a) vorsieht und damit aufhört, die Verbrechen der Entführung zum Zwecke der Vergewaltigung weniger schwerwiegend zu betrachten als anders motivierte Fälle von Menschenraub; das die Vereinheitlichung von Vergewaltigung und gewaltsamen Unzuchtshandlungen in einer einzigen Deliktfigur vorsieht und den von der Frau erlittenen Schaden nicht nach dem erfolgten oder nicht erfolgten Eindringen beurteilt“ (10); und das schließlich nicht mehr duldet, daß über das vergangene Sexualleben der vergewaltigten Frau nachgefragt und nachgeforscht wird und stattdessen die Untersuchungen streng auf das vorhandene oder fehlende Einverständnis des Opfers beschränkt sowie die Anklage von Amts wegen (Gesetzesvorschlag Mid-UD) und die Möglichkeit der Nebenklage von Seiten der Frauenbewegung fordert, weil die Beloidigung und Demütigung der einzelnen vergewaltigten oder sexual! mißhandelten Frau ein Vergehen darstellt, das als extremer Ausdruck frauenfeindlicher Gewalt aufgefaßt wird und als solches von der ganzen Gesellschaft zu verantworten ist - kann ein solches Gesetz **eine** unter anderen von der Frauenbewegung vertretbare und zu verantwortende Entgegnung auf diese Form der Gewalt sein?

Sicherlich, die Lösung einiger sehr wichtiger Probleme (die über die grundlegende Botschaft der allgemeinen Zweckmäßigkeit einer gesetzlichen Maßnahme hinausgehen und **Gesetzeshalte!**) betreffen, ist hierfür ausschlaggebend. Denken wir gerade an das von der Frauenbewegung geforderte Recht für die einzelnen Frauenkollektive, sich als **Nebenkläger** zum

Schutz und zur prozess-technischen Unterstützung der einzelnen Frau und zur Verteidigung der kollektiven Interessen die durch die Sexualverbrechen betroffen sind, dem Verfahren zu stellen. Oder denken wir auch an die Frage, ob die Inangasetzung des Prozesses der Klage des Opfers überlassen oder von Amts wegen betrieben werden soll. Hier wird die Entscheidung fallen, ob in Zukunft der heute leider noch immer funktionierende Mechanismus, der die Frau nicht als Anklägerin, sondern als Angeklagte behandelt, unbrochen und ob die Frau nicht mehr wie bisher von den Institutionen aangelassen wird. Gewiss, diese beiden Punkte (Nebenklage und Inangasetzung der Klage), insbesondere der letztere (11), sind noch sehr unstritten. Denn man kann auch die Argumente derjenigen nicht übergehen, die gerade in der Anklage von Amts wegen einen unannehmbaren Zwang, ja sogar eine neue Gewalt gegen die vergewaltigte Frau sehen, die dadurch gezwungen würde, ihr eigenes Drama in der Öffentlichkeit preiszugeben, es



(Andreas Hofer, Bergisel, Innsbruck)

ernst zu erlöben und in jedem Detail im Laufe des Prozesses zu beschreiben. Auch wenn an der Anklage von Amis wegen, die den Foltpfeiler des neuen Gesetzes bilden sollte, festgehalten werden muß — schreibt C. Ravaioli — „muß auch das Recht der Frau zu schweigen gewährleistet sein. ... wenn ihr das Sprechen unerträglich scheint... Die Anklage von Amis wegen könnte hier beispielsweise der Einwilligung der betreffenden Frau untergeordnet werden: in dieser Form würde der Frau — ohne ihre Freiheit zu verletzen — aus der althegebrachten Passivität herausgeholfen.“ (12)

... nicht nur höhere Strafen

Die Frage über die Natur der Anklage, ebenso wie jene nach der Höhe der Strafen, ist noch alles andere als gelöst.

Viele erkennen, daß gerade in der Forderung nach einer höheren Strafe, die in den Gesetzesvorschlägen vorgesehen ist, ein Widerspruch sichtbar werden kann, wenn man der große Teil der Bewegung der Frauen „mit ihrer Überzeugung von der Nachlässigkeit und Ungerechtigkeit der Haftstrafe eben höhere Strafen fordert. ... Und wie soll die Verantwortung des einzelnen errechnet und die Strafe festgelegt werden, wenn man den wahrschämlichen Grund der gewaltsamen Verhaltensformen im Zusammenspiel der individuellen und sozialen Faktoren findet? Hier müssen wir beginnen, wie Rossanda Rossana meint, an eine Gesellschaft ohne Strafen und Gefängnisse zu denken. Und aus dieser Perspektive“ — schreibt A. Boyere — „scheint der Gesetzesvorschlag im großen und ganzen eine nützliche Initiative zu sein, auch wenn er sich heute noch in der falschen Logik der gesellschaftlichen, an den Staat delegierten Rache bewegt.“ (13)

Auf diese und andere Fragen (auf die ich hier der Kürze wegen nicht

mehr näher eingehen möchte) muß die Frauenbewegung eine Antwort finden, und diese wird im Kampf gegen die Gewalt entscheidend sein.

Wenn wir nun kurz von den spezifischen Problemen absahen und zur Frage nach den politischen Instrumenten der Frauenbewegung zurückkehren, möchte ich noch einmal hervorheben (und damit auch meiner persönlichen Haltung Ausdruck verleihen), daß die große Mehrheit der Bewegung der Frauen die gesetzliche Regelung zwar als eine Maßnahme ansieht, die gegenüber den tiefen und notwendigen Veränderungen der Lebensformen, der Verhaltensweisen und Beziehungen der Ideologie, die diese prägt, vollkommen unzureichend ist, vor allem dann, wenn es um eine Materie wie die Sexualität geht, die voller emotiver Implikationen, sehr eng an die Struktur der Persönlichkeit gebunden und mit dem affektiven Geschehen der Kindheit verknüpft ist“ (14); zugleich aber auch eine der Eingriffsmöglichkeiten darstellt, um die im Bewußtsein und Unterbewußtsein tief verankerten Normen langsam zu verändern. (15), und um den „Frauen und den Männern ein neues Bewußtsein zum Problem zu verschaffen, d.h. um die Thematik des Feminismus im allgemeinen, der Gewalt im besonderen aus den Frauenkollektiven und -gruppen, in denen sie riskiert, eingeschlossen zu bleiben, nach außen zu tragen.“ (16)

Anmerkungen:

- 1) Carla Ravaioli, Manifesto 4. Dezember 1979.
- 2) Anna Forcella, Manifesto 16. November 1979.
- 3) Lia Cigarini, Manifesto 20. November 1979.
- 4) Maria Schiavio, Manifesto 13. Dezember 1979.
- 4a) Darunter versteht man im allgemeinen die Sitten, Werte und Normen, die wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen des Patriarchats.

- 5) Lia Cigarini, Manifesto 20. November 1979.
- 6) Luisa Marano, Manifesto 18. November 1979.
- 7) Nicoletta Gandus, Manifesto 18. November 1979.
- 8) Lea Melandri, Manifesto 18. November 1979.
- 9) Jolienne Traves, Manifesto 5. Dezember 1979.

2a) Unter dem sogenannten Unwandelh (delitto d'onore) versteht man die in unserem Strafgesetzbuch vorgesehene Verminderung der Strafe für den Fall, daß bestimmte Vergehen (Mord, Körperverletzung, Aussetzung eines Neugeborenen) von Ehegatten, vom Bruder oder von den Eltern begangen werden, in dem Augenblicke, da sie dem anderen Ehegatten, die Schwester (und nicht den Bruder) oder die Tochter (und nicht den Sohn) bei einer unerlaubten sexuellen Beziehung ertappen und unter dem durch diese „Beleidigung der eigenen oder der Ehre der Familie“ protokollierten Zorn. Es handelt sich also um eine standalöse Diskriminierung der weiblichen Familienmitglieder im Hinblick auf ihre sexuelle Freiheit. Man bedenke, daß ein normaler Mord mit nicht weniger als 20 Jahren, ein Mord aus Ehrengründen hingegen nur mit einer Strafe zwischen drei und sieben Jahren bestraft wird.

10) Eva Celentti, Manifesto 4. Dezember 1979: nach dem heute geltenden Gesetz liegt eine Vergewaltigung erst dann vor, wenn der Vorgewaltigte in die Vagina der Frau eingedrungen ist; sonst handelt es sich um den weniger streng bestrafte Fall von gewaltsamer Unzuchtshandlung (atti di libidine violenta). Das erfolgte Eindringen muß jedoch vor Gericht bewiesen werden — man kann sich vorstellen, was das für die Frau bedeutet: das geht von einer detaillierten Beschreibung des Verhaltens und der „Positionen“ bis zur Beurteilung ihres vorausgegangenen Sexuallebens, das damit überhaupt nichts zu tun haben sollte. Überhaupt muß das Prinzip festgelegt werden, daß das Eindringen oder nicht Eindringen für die Verletzung der sexuellen Freiheit der Frau uninteressant ist; allein die mangelnde Zustimmung muß ausschlaggebend sein!

11) Für eine interessante und fundierte juristische Überlegung siehe Luciano Violaute, *Rinascita* 2, November 1979, Nr. 42.

12) Carla Ravaioli, *Repubblica* 29. November 1979.

13) Antonio Bevere, Manifesto 20. November 1979.

14) Carla Ravaioli, Manifesto 4. Dezember 1979.

15) Vergleiche C. Ravaioli in *Repubblica* 29. November 1979.

16) Anna Forcella, Manifesto 16. November 1979.

südtiroler volkszeitung

erscheint 14tägig

eine alternative, demokratische information für Südtirol

ABONNEMENT

Durch Euer Abonnement unterstützt ihr die freie Meinungsbildung im Lande.

Im Inland kosten 25 Nummern (einschließlich Versand) 10.000 L.
Im Ausland 20.000 Lire.

Einzahlung: Auf Bank-Kontokorrent Nr. 1884/8, Raiffeisenkasse, Bozen oder Post-Kontokorrent Nr. 14/12186, Trient

Bitte: Namen und Adresse angeben und ab welcher Nummer.

In memoriam Erich Fromm, Prophet der Gewaltlosigkeit

An Stelle eines Vorworts:

Wir haben dies geschrieben
aus Sorge um uns selbst
um die Welt und um die Zukunft
es ist uns nicht gleich
ob es eine Zukunft gibt
oder ob es keine gibt
wir wollen leben
wir wollen menschlich leben
wir wollen in Frieden leben
wir wollen wir sein
Fromm ist dieses Jahr gestorben
er hat über die Welt nachgedacht
er hat die Gesellschaft kritisiert
er hat Hoffnung verbreitet
mit dieser Hoffnung haben wir uns
auseinandergesetzt.

„Es ist ein trauriger Kommentar zu unserer Zivilisation, daß Krieg und Leiden eher anstehen, die menschliche Opferbereitschaft zu mobilisieren, als ein friedliches Leben und daß in Friedenszeiten vor allem die Selbstsucht zu gedeihen scheint.“

in: Haben oder Sein

„Der moderne Mensch hat alles: ein Auto, ein Haus, einen Beruf, Kinder, eine Ehe, Probleme, Ängste, Befriedigungen — und wenn das alles nicht genügt, hat er einen Psychoanalytiker — er ist nichts.“

in: Die Revolution der Hoffnung

Wenige Tage vor seinem 80. Geburtstag ist einer der bedeutendsten gegenwärtigen Gesellschaftskritiker gestorben, Erich FROMM. Er war ein radikaler Humanist und Kritiker der Wohlstands- und Wachstumsgesellschaft, die über das immer mehr Haben das Sein vergißt. Als Kind einer jüdischen Familie 1900 in Frankfurt geboren, bricht er später mit der Praxis des orthodoxen Judentums und beschäftigt sich besonders mit Karl Marx und Sigmund Freud.

Zusammen mit Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Theodor Adorno u. a. gründet er 1930 die „Frankfurter Schule“, aus der er später wegen eines Streites mit Horkheimer und Marcuse über seine Weiterentwicklung der Freud'schen Psychoanalyse und der Marxistischen Gesellschaftstheorie ausscheidet.

1933 emigriert er in die USA und hernach nach Mexiko, wo er als Psychoanalytiker und Gesellschaftskritiker tätig war.

Seine letzten Jahre verbrachte er in der Schweiz.

DER HABENMODUS UND DER SEINMODUS

„Die Grundlagen für Liebe, Zärtlichkeit, Mitleid, Interesse, Verantwortung und Identität ist das Sein, nicht etwa das Haben, und dies bedeutet: die Transzendierung des EGO, es geht dar-

um, das Ego abzuwerten, die Gier aufzugeben, sich leer zu machen, um sich füllen zu können, sich arm zu machen, um reich zu sein.“

(Die Revolution der Hoffnung)

Fromm hat seine Gesellschaftsanalyse auf seine Anschauung aufgebaut, daß in jedem Menschen zwei verschiedene Tendenzen vorhanden sind: der Habenmodus und der Seinsmodus. Fromm ist der Ansicht, daß seit dem Mittelalter in der westlichen Welt der Habenmodus das Übergewicht hat und jetzt die Welt an den Abgrund des psychologischen und ökologischen Ruins bringt.

Der Habenmodus, was ist das?

Er meint damit, daß habenorientierte Menschen dadurch etwas sind, indem sie besitzen, viele materielle Dinge um sich haben. Kurz gesagt: das Subjekt bin nicht ich selbst, sondern ich bin, was ich habe.

Im Mittelpunkt stehen nicht Personen, sondern Dinge, wobei auch Personen verdinglicht werden. Der Mensch im Habenmodus ist an das gebunden, was er in der Vergangenheit angekauft, erworben hat: Geld, Ruhm, Macht, Wissen, Kinder, eine Frau, wobei dies alles dazu verwendet bzw. mißbraucht wird, um das eigene Selbst zu erhöhen.

Ein weiteres Charakteristikum ist das Streben nach Sicherheit, nach einem starren, sicheren Leben, was in sich die Tendenz zu autoritärer Erziehung und Intoleranz im sozialen Verhalten enthält. Es äußert sich in der Beziehung zu anderen Menschen dadurch, daß man sie besitzen, haben will. Es gibt keinen lebendigen, produktiven Prozeß zwischen Subjekt und Objekt, der Habenmodus macht Subjekt und Objekt zu Dingen, die Beziehung ist tot, nicht lebendig. Ein typischer Ausdruck des Habenmodus heute äußert sich in dem Wunsch nach einem Auto, Kleidung, einer großen Wohnung, dies alles als Ausdruck der Persönlichkeit.

Der Seinsmodus, was ist das?

Im Seinsmodus entwickelt der Mensch seine Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Menschen, mit der Natur. Die Voraussetzungen für den Seinsmodus sind Unabhängigkeit, Freiheit und das Vorhandensein kritischer Vernunft. Um zu sein, müssen wir unsere Egozentrik und Selbstsucht aufgeben. Fromm versteht unter Sein: seinen Talenten, Anlagen Ausdruck zu geben, zu wachsen, sich zu interessieren, zu geben, zu teilen, auf den anderen eingehen, zuhören, aktiv sein (gemeint ist innere Aktivität, nicht Geschäftigkeit) kreativ sein, gewaltlos sein.

Typische Beispiele dafür sind Buddha und Jesus. Der Seinsmodus glaubt, daß der Mensch gewillt ist, zu leben. Positives für die Gesellschaft beizubringen, daß der Mensch im Grunde seines Wesens nicht faul ist und deshalb zum Lernen und Arbeiten angetrieben werden muß wie dies der Habenmodus glaubt.

KRITIK AN DER FREIEN MARKTWIRTSCHAFT, AN DER WOHLSTANDS- UND WACHSTUMSGESELLSCHAFT

Für Fromm ist die freie Marktwirtschaft Ausdruck der Habenorientierung, aufgebaut auf Egoismus, Selbstsucht und Habgier, auf Privatigentum, Profit und Macht, die Konkurrenz die treibende Kraft. Je stärker die Profitgier, die Habgier, der Egoismus, umso besser funktioniert das System. Es hat sich entwickelt aus dem Glauben, daß materielle Güter zu maximalem Glück führen, ungefähr in der Art: wenn alle sich alles leisten können (gemeint sind materielle Güter), muß der Mensch unendlich glücklich sein. Diese Grundhaltung führt zu einer ständigen Steigerung der Produk-



tion, zu einer Verfeinerung der Technik, bis hin zur Versteinerung, Automatisierung.

Fromm sieht hier die Wurzeln für seine Kritik an der Freien Marktwirtschaft nicht der Mensch steht im Mittelpunkt, sondern die Wirtschaft, die Technik, die Habgier, der Profit. Die Wirtschaft ist nicht da, um die Fähigkeit der Menschen zu entwickeln, diese einfach zu können, sie ist nicht Mittel für ein erfülltes, ein menschliches Leben, sondern die Wirtschaft, der Gewinn, die Steigerung der Produktion, die Konkurrenzfähigkeit steht an Mittelpunkt. Die Arbeit wird versteinert, der Mensch kann seine Phantasie, seine Fähigkeiten bei der Arbeit nicht voll entwickeln, er wird Teil einer Maschine, Teil eines Produktionsprozesses, den er nicht genau kennt, nicht versteht, dem er machtlos gegenübersteht. Die Handlungen werden monoton, seine Denkfähigkeit wird immer weniger gebraucht. Durch diese Art der Arbeit wird der Mensch austauschbar, er verliert seine Individualität. Es geht heute nicht darum, was gut ist für den Menschen, sondern darum, was gut ist für die Wirtschaft, es geht nicht um kreative und gesunde Arbeit, sondern um Brutsozialprodukte. Das äußert sich auch dadurch, daß heute viele nutzlose Dinge produziert werden und viele Menschen nutzlose Dinge machen müssen, wodurch sie selber nutzlos werden.

In dieser Situation wird der Mensch phantasielos, die Beziehung zu sich selbst, zu anderen Menschen, zur Natur erstarbt. Es führt zu einer Identitätskrise, Werte ändern sich, Einstellungen, Grundhaltungen. Es werden kranke Menschen herangezüchtet, um eine gesunde Wirtschaft zu haben. Durch die Steigerung der Produktion muß auch das Bedürfnis nach mehr Konsumation gesteigert werden. Dies wird durch eine psychologisch äußerst raffinierte Werbung gemacht. Doch für die Gefühlswelt des Menschen hat das Auswirkungen, sie ändern sich. Es entstehen — nicht nur durch die Werbung — gekünstelte Verhaltensweisen, Redensarten, Arten der Begegnung, der Kommunikation z.B. die Geschäftsfreundlichkeit. Der Mensch wird käuflich, verrichtet Arbeiten, weil das Geld stimmt, nicht etwa weil die Arbeit interessant ist oder gar Spaß macht.

Die Veränderung der Gefühlswelt und der Beziehung, der Kommunikation äußert sich auch durch die verstärkte Hinwendung zum Technischen, zum Toten, Leblosen, zu Maschinen, Zahlen, Verlust- und Gewinnrechnungen und eine Abwendung vom Lebendigen, von Menschen, von der Natur, von menschlichen Ereignissen. Es gibt Menschen, die von Brutalität fasziniert sind, z.B. Boxkampf, Autorennen.

DAS MENSCHENBILD BEI FROMM

Fromm: „Ich bin ein Mensch, nichts Menschliches ist mir fremd.“ Fromm drückt dies so aus: „Jeder trägt die

Menschheit in sich, den Heiligen genauso wie den Verbrecher.“ Fromm glaubt, daß jeder Mensch in sich die potentielle Möglichkeit besitzt, ein Heiliger zu werden, genauso wie ein Verbrecher. Mit dieser Grundhaltung meint er, daß jeder von uns sich in die eine oder andere Richtung entwickeln kann, genauso auch eine ganze Gesellschaft, ein Volk.

Jeder hat die potentielle Möglichkeit, ein Haben-Mensch zu werden, aber auch ein Sein-Mensch, er kann sich zu einem reißenden Wolf oder einem dummen Schaf entwickeln.

Er kann eine Biophilie, eine Liebe zum Leben, zu Harmonie, Zusammenarbeit mit anderen Menschen und mit der Natur entwickeln, ein Stauen, sich Eküffeln in andere Menschen und über andere Menschen, aber auch eine Nekrophilie, eine Liebe zum Tod, zum Vernichten, Zerstören, zu einer Verachtung für das Lebendige und eine Faszination für das Tote, Kranke.

Er kann einen starken individuellen Narzissmus, das heißt eine Egozentrik, einen Egoismus entwickeln, in der er sich nur mehr selber sieht, sich selbst vergöttert oder vergöttern läßt. Aber er kann sich auch zu einem offenen Menschen wandeln, der nicht andere beherrschen will, sondern auf sie eingeht, auch die Situation anderer Menschen sieht und sich für andere einsetzt.

Fromm meint, daß jeder Mensch Hoffnung, Glaube, Vertrauen an sich selbst, an die Welt und an die Zukunft besitzt, er besitzt Interesse, die Fähigkeit, sich zu integrieren, eine Identität zu entwickeln, die Fähigkeit zu freier Sexualität, zu Zärtlichkeit, Mitleid, Einfühlungsvermögen, zu geben und zu lieben. Nur werden bei vielen Menschen diese Fähigkeiten nie entwickelt, sie haben keine Möglichkeit sich zu entfalten, werden unterdrückt.

Jeder Mensch hat den Wunsch, zu anderen zu gehören, irgendwo hinzugehören, aber andererseits auch selber etwas zu sein, eine Individualität zu entwickeln.

Weiters meint Fromm, daß sich das Wesen des Menschen in einem Widerspruch befindet.

Einmal ist der Mensch ein Wesen mit einem Körper, der an biologische Bedürfnisse gebunden ist. Andererseits hat er einen Geist, ein Bewußtsein, die Fähigkeit zu denken, sich zu interessieren, Fragen zu stellen.

An die Stelle der Instinkte ist vielfach der Intellekt getreten. Für den Menschen gilt es nicht nur körperlich, sondern auch geistig zu überleben.

DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN TECHNIK UND MENSCH

Im Laufe der Geschichte unterscheiden Fromm zwei industrielle Revolutionen: einmal die industrielle Revolution, in der die lebende Kraft durch mechanische Kraft ersetzt worden ist und die zweite industrielle Revolution, in der anstelle menschlichen Denkens eine mechanische Kraft gesetzt wurde, Maschinen, die Denkprozesse des Menschen ersetzen, oft durch größere Genauigkeit, größere Leichtigkeit, größere Verlässlichkeit.

Neben dieser Feststellung meint Fromm noch, daß der Mensch in seiner Suche nach Gewißheit heute die Computertechnik gefunden zu haben scheint. Früher gab ihm die Religion Sicherheit, Gewißheit, hernach der Rationalismus, die Wissenschaft.

In diesem historischen Prozeß hat sich die mechanische Gesellschaft entwickelt: der Mensch ist Teil der Maschine, er ist passiv, unlebendig, beinahe gefühllos. Durch die einseitige Betonung der technischen Probleme und des materiellen Verbrauchs hat der Mensch den Kontakt mit sich selbst, mit den Mitmenschen und der Natur verloren, genauso die Beziehung zur Arbeit. Lewis Mumford spricht von der Megamaschine.

Die Grundprinzipien der technischen Gesellschaft sieht Fromm so:

1. Jede Sache muß getan werden, sobald ihre Verwirklichung technisch möglich ist. Früher (humanistische Tradition) wurde etwas getan, wenn es für den Menschen gebraucht wurde.

2. Es geht heute darum, durch maximalen Nutzeffekt und maximalen Gewinn mit dem kleinstmöglichen Aufwand an Kraft und Material die größtmögliche Leistung zu erzielen.

Betr.: Wettbewerb

Der Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft schreibt einen Zeichenwettbewerb aus. Die Zeichnungen sind inhaltlich beschränkt auf das Gebiet „Satirische Zeichnung“ (Comics, Karikaturen etc.). Voraussetzung zur Teilnahme ist die Selbsthaftigkeit in der Provinz Bozen. Nicht teilnahmeberechtigt sind die Mitglieder des Vorstandes der SH.

Es müssen mindestens drei verschiedene Zeichnungen eingeschickt werden. Auf einem beiliegenden Blatt müssen Name, Alter, Beruf und Wohnsitz des Teilnehmers vermerkt sein. Einsendeschluß ist der 1. März 1981. Die Einsendungen müssen adressiert sein an den Vorstand der SH, Bozen, Waltherhaus.

Die ausgeschriebenen Preise belaufen sich auf 120.000 Lire für den 1. Platz, 80.000 Lire für den zweiten und 40.000 Lire für den dritten Rang.

Die Jury, die die Preisträger bestimmt, wird gebildet aus dem Vorstand der SH und einigen beigezogenen Fachleuten.

Durch die Teilnahme vergibt der Bewerber das Recht für einen einmaligen Abdruck der Zeichnungen im skolast an den Vorstand der SH.

Verstanden!
Der Vorstand der SH

Dies führt zu minimaler Individualität, zum Schwenden des Privatlebens und zur Faszination des Technischen und zur Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben.

PROVOKATION VORSTELLUNG DER NEUEN GESELLSCHAFT UND VOM NEUEN MENSCHEN

Der neue Mensch muß die Formen des Habens aufgeben, um ganz zu sein. Liebe, Solidarität, Selbstbewußtsein, die menschliche Aktivität, die Fähigkeit zum Teilen, zum Geben muß gefördert werden. Wo man ist, soll man voll präsent sein. Der neue Mensch hat Achtung und Liebe gegenüber dem Leben. Haß, Gier, Illusion muß reduziert werden. Fähigkeiten zum kritischen, unsentimentalen Denken müssen entwickelt, gefördert werden. Der Mensch muß das Bewußtsein der menschlichen Begrenztheit akzeptieren. Das höchste Ziel muß die volle Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und die des Mitmenschen sein. Die eigene Phantasie muß entwickelt werden. Es muß damit aufgehört werden, die Natur auszubeten, zu zerstören, sondern es muß versucht werden, die Natur zu verstehen, mit ihr zu kooperieren.

Die neue Gesellschaft

Die Produktion muß dem Menschen dienen und nicht der Wirtschaft. Sie muß gekennzeichnet sein durch ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Natur: durch Kooperation und nicht Ausbeutung. An die Stelle eines maximalen Konsums muß ein vernünftiger Konsum treten.

Der einzelne soll zu aktiver Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben motiviert werden. Die Wirtschaft, das gesellschaftspolitische Handeln muß dezentralisiert werden.

Auf die Freie Marktwirtschaft muß verzichtet werden. Das Ziel von unbegrenzt wirtschaftlichem Wachstum muß aufgegeben werden. Eine neue Einstellung zur Arbeit muß entstehen. Die Produktion muß auf einen gesunden und rationalen Konsum ausgerichtet werden. Die Existenzgrundlage des einzelnen muß gesichert werden. Jeder Angehörige einer Organisation muß eine aktive Rolle darin spielen: industrielle Demokratie.

Bei Wahlen muß es um Sachfragen gehen. Es müssen Möglichkeiten der demokratischen Teilnahme an gesellschaftspolitischen Geschehen eingerichtet werden. Kommerzielle und politische Werbung muß abgebaut werden. Die Kluft zwischen armen und reichen Nationen muß geschlossen werden. Die Frauen müssen von der patriarchalen Herrschaft befreit werden. Antiautoritäre Erziehung und Befreiung von sexuellen Schuldgefühlen müssen entwickelt werden. Ein wirksames System zur Verbreitung von objektiver Information muß geschaffen werden, die Waffenrüstung muß gesenkt werden. Alte Motive: Profit, Macht, Habgier müssen ersetzt werden durch neue: Sein, Teilen, Verstehen.

Nemesis*

Institutionalisierte Gewalt

Machtmißbrauch bei der Versorgung psychiatrischer Patienten

Zuallererst möchte ich auf die Auswirkungen des Gesetzes Nr. 180, über die Reform der psychiatrischen Versorgung näher eingehen, denn es erscheint mir äußerst wichtig, die Mystifikation, die von Seiten des Staates und den Massenmedien in diesem Zusammenhang, betrieben wird, aufzudecken. Die Folgen, nämlich, dieses an und für sich positiven und progressiven Gesetzes sind erschreckend. Dies ist vor allem auf die mangelhafte, beziehungsweise bruchstückhafte Anwendung des Gesetzes zurückzuführen.

Die forcierte Entlassung der psychiatrischen Patienten aus den Heilanstalten, im Hinblick auf die beabsichtigte Schließung, gibt den ehemaligen Patienten zwar ihre physische Freiheit wieder, doch können die wenigsten etwas damit anfangen. Die Folge davon ist ein unmenschliches Leben, das sich, vor den Augen der Öffentlichkeit, auf der Straße, in Parks oder auf Bahnhöfen abspielt.

Einer der Grundgedanken des Gesetzes, den ehemaligen Patienten wieder in die Familie oder in seinen sozialen Kontext zu integrieren und somit ein normales affektives Leben zu ermöglichen, erweist sich immer mehr als Fehlschlag. Damit wurde, von Seiten des Staates, die ganze Verantwortung und Last den Familien aufgebüdet, die fast nie, wie vom Gesetz vorgesehen, auf die Hilfe von Sozialarbeitern oder Psychologen zurückgreifen können. Resultat ist eine Privatisierung der Verwahrrpsychiatrie; so werden die eben in Freiheit entlassenen Patienten häufig in eigenen Heim unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten.

Außerdem wurde nicht berücksichtigt, daß gerade die Familie, wenn auch nur als letztes Glied einer Kette, die, die sozialen Konflikte in der Gesellschaft, über die Familie, auf den einzelnen überträgt, oft Ursache der psychischen Krankheit ist.

Die Schließung der psychiatrischen Heilanstalten hat gerade wegen der mangelhaften Anwendung jener Gesetznormen, die außer der Kreierung von psychiatrischen Abteilungen in Allgemeinen Krankenhäusern die Organisation von in den sozialen Strukturen integrierten Zentren für Psychohygiene und die Förderung von Wohngemeinschaften für die ehemaligen Patienten durch Betreuung von Sozialarbeitern und Psychologen vorsehen, so gravierende Auswirkungen. Die unvollständige Anwendung hat die ursprüngliche Intention, durch diese Reform eine bessere psychiatrische Versorgung zu gewährleisten, in ihr Gegenteil verkehrt.

Nicht zu vergessen ist weiterhin das Problem der psychiatrischen Haft-

anstalten, die grausamste aller totalen Institutionen, welche weiterhin bestehen bleiben und nach der beabsichtigten Schließung der Heilanstalten, eine Verlagerung der Internierten zu verzeichnen haben.

Die größte Gefahr liegt in der Meinung, daß mit der Schließung der Heilanstalten, dem Machtmißbrauch von Psychiatern und Psychotherapeuten mit latenter oder KZ-Mentalität nun endlich ein Ende bereitet wird, denn die berüchtigte Anstaltspsychiatrie wird weiterhin in den AKH angewendet werden. Ein Beispiel dafür ist der tragische Tod eines Patienten in der psych. Abteilung des Krankenhauses in Bozen, der, ans Bett gefesselt, bei lebendigem Leib verbrannte. Schuld daran war eine mangelnde Überwachung des Patienten, die bei seinem akuten psychomotorischen Erregungszustand unbedingt notwendig gewesen wäre.



Auch die Therapieformen werden keine wesentlichen Änderungen erfahren. Der Elektroschock wird weiterhin häufig als Mittel zur Disziplinierung rebellischer Patienten angewandt, obwohl für ihn, außer bei katatoner Schizophrenie, kaum eine therapeutische Indikation besteht. Die Gefährlichkeit der Elektroschocks liegt in der falschen Anwendung: neurotische Depersonalisationskrisen z. B. werden verschärft oder in zu häufiger Anwendung durch organische Schäden, wobei ein regelrechter Stromkanal im Gehirn entsteht. Die einzige positive Wirkung ist eine leichte, reversible, retrograde Amnesie, die aber zumeist nur palliative Wirkung hat. Nicht weniger grausam sind andere Formen der Schocktherapie, z. B. Insulinschock oder Cardiazol-Injektionen, die weiterhin zum Repertoire der psychiatrischen Therapie gehören.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Behandlung der Patienten mit Neuroleptika, die äußerst schwere Nebenwirkungen haben und nur die Symptome, nicht aber die Krankheit beseitigen. Kaum durchgesetzt hat sich die Erkenntnis, daß es für die Patienten besser ist, Angstanfälle auszuagieren, als sie mit Neuroleptika gleichsam abzuschalten.

Eine wichtige Funktion, in der An-

wendung des Gesetzes, hat auch die Bevölkerung, welche nicht durch eine objektive und seriöse Aufklärungskampagne auf den Kontakt mit psychisch Kranken vorbereitet wurde. So ist zum größten Teil unbekannt, daß psychisch Kranke, laut Kriminalstatistik, keineswegs häufiger Gewalttakte begehen als die übrige Bevölkerung. Außerdem besteht weiterhin in großen Teilen der Bevölkerung die völlig irrationale Angst vor „Ansteckung“ durch den Wahnsinn. Die Integration wird so lange problematisch sein, wie diese Ängste unbewältigt bleiben oder verdrängt werden. Es drängt sich hier die Frage auf, wie es wohl um die psychische Gesundheit der sogenannten „Normalen“ bestellt ist, wenn diese von solch irrationalen Ängsten geplagt werden. In diesem geistigen Klima wird jeder Fehlschlag der psychiatrischen Therapie beinahe mit Genugtuung aufgenommen, bestätigt dieser doch nur das so bequeme und grausame Vorurteil, für Geisteskranke könne man ja doch nichts tun.

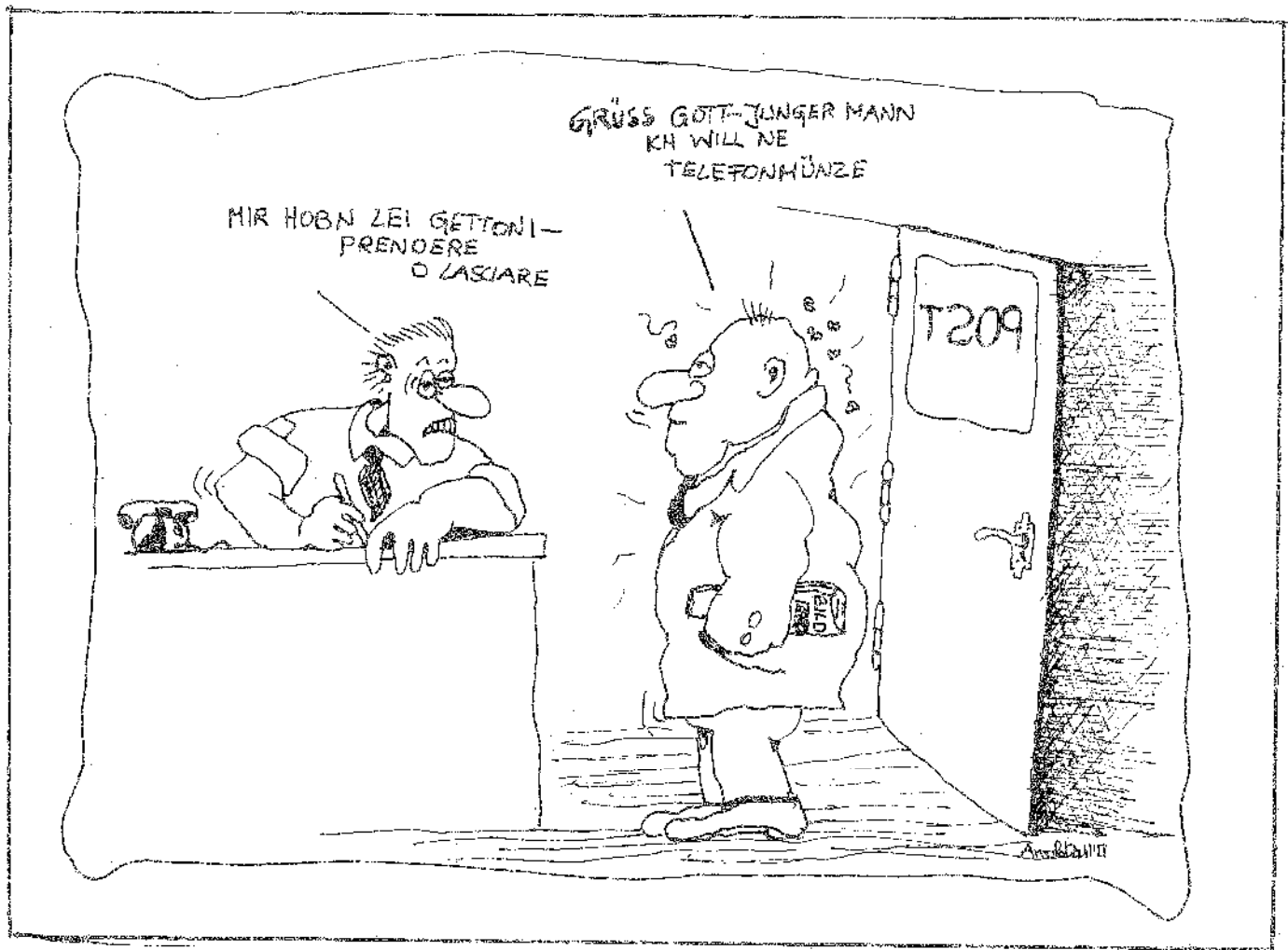
Den wenigsten ist klar, daß gerade eine Internierung zur Konsolidierung des abnormen Verhaltens führt. Die dramatischen Spätfolgen einer akuten schizophrenen Psychose werden immer häufiger von progressiven Psychiatern als iatrogenen Artefakt gedeutet. Was

soviel bedeutet, daß erst die falsche psychiatrische und psychopharmakologische Therapie den Kranken zum hoffnungslosen Pflegefall macht.

Abschließend möchte ich sagen, daß dieses Gesetz bei vollständiger Anwendung, sicherlich positiv zu bewerten ist. Doch wird auch dies die institutionalisierte und von der Bevölkerung geübte Gewalt im Umgang mit psychisch Kranken nicht beseitigen, zu stark sind die Widerstände auf politisch-administrativer Ebene, die eine vollständige Anwendung verhindern oder den Inhalt verfälschen, zu neurotisch ist die Reaktion der Bevölkerung, die jeden Integrationsversuch zunichte macht, und zu ängstlich ist die Reaktion der Psychiater, die befürchten, ihre Macht aus den Händen zu verlieren.

Einzige Alternative zur institutionalisierten Psychiatrie ist der Verzicht auf jede Art von Schocktherapie, die äußerst vorsichtige Anwendung von Psychopharmaka, eine Therapie, die die Selbstheilungskräfte der psychiatrischen Patienten fördert, z. B. durch Schaffung eines totalen psychotherapeutischen Milieus (siehe Bettelheim) und eine Rückbesinnung auf den alten medizinischen Grundsatz, der hier, wie nirgends sonst, Gültigkeit hat, „in primum non nocere“.

* Pseudonym



Gewalt: Zwei Aspekte

Ich möchte hier zwei Aspekte in der Diskussion um Gewalt und deren Umfeld anreißen: einmal die Darstellung von Gewalt in den öffentlichen Medien, besonders Fernsehen und Film (worüber es zig Meinungen gibt), und den Folgeerscheinungen; und zum zweiten über Zusammenhänge zwischen Gewalt und Sexualität, ein Thema, das seit Wilhelm Reich ziemlich wenig beachtet worden ist.

Die These, daß Gewalt meist eine Folge von Frustrationserlebnissen ist, diese These ist wissenschaftlich untermauert. Andererseits baut die Sozialisation (Erziehung) im einzelnen Schranken gegen Gewaltausübung auf, wenn etwa das Kind für eine Prügelei mit den Geschwistern getadelt wird (und paradoxerweise oft auch von Erwachsenen geschlagen). Diese beiden Voraussetzungen werden im folgenden auf die Darstellung von Gewaltakten in Film und Fernsehen angewendet.

Auf die Frage: Erziehen brutale Fernseh- und Kinofilme zu gewalttätigem Verhalten? ist meiner Meinung nach mit nein zu antworten. Dazu folgende Überlegungen: Es ist bekannt, daß vor allem Angehörige der Arbeiterklasse am meisten Brutalität auf Bildschirm und Leinwand konsumieren und andererseits auch in ihrem Verhalten gewalttätiger sind (Gashausprügeleien, Vergewaltigungen...) als etwa Mittelschichtsangehörige. Nun ist aber meiner Meinung die zweite Beobachtung nicht auf die erste zurückzuführen, also: weil häufiger FS-Konsum, deshalb gewalttätiges Verhalten, oder: Fernsehen ist ein Verführer zu Gewalttaten, sondern der Begründungszusammenhang läuft so ab: Arbeiter/innen erfahren am Arbeitsplatz durch die entfremdete Arbeit, durch Gehorchenmüssen und Konkurrenzverhältnisse usw. gehäufte Frustration, Arbeiterkinder im rigorosen Elternhaus, dadurch kommt es zu aufgestauter Bereitschaft zu Gewalt (Aggressivität), da eine direkte Ausübung von Gewalt ja durch eine restriktive (strenge) Erziehung unterbunden wird. Kommt jetzt aber der Faktor Kriminalfilm z. B. ins Spiel, so lernt der frustrierte Arbeiter, wie die FS-Helden Aggression abbauen, nämlich durch Gewalt (diese Folgewirkung wird im Film natürlich nie bewußt dargestellt). Kurz gesagt: nicht das Fernsehen oder Kino ist schuld an dem gewalttätigen Verhalten, sondern durch die Identifikation mit Bildschirmtätern werden die (anerzogenen) Schranken beseitigt, die gewalttätiges Verhalten verhindern sollen, und im Alltag aufgestaute Aggressionen kommen leichter zum Vorschein. Vielmehr Schuld am Aufkommen von Gewalt hat einerseits die Erziehung, die bewirkt, daß Aggressionen (erlebte Frustrationen) aufgestaut werden und nicht sofort ausgegossen, und andererseits die Arbeitsverhältnisse, die einen Teil der Menschen (den größten Teil der Arbeiterklasse) dazu zwingt, Arbeiten zu verrichten, die sie nicht im geringsten interessiert (= entfremdete Arbeit im marxischen Sinn). Allzuernstlichen konservativen Politiker die Schuld an der „Brutalisierung der modernen Welt“ (Buchtitel von F. Hacker, einem Aggressionstheoretiker) den Medien zu, bei denen paradoxerweise gerade sie das große Sagen ha-

ben (ZDF und Kommerzfilme z. B.). Welcher Widerspruch wäre deutlicher?

Nicht erst seit Freud wissen wir, daß Sexualität gleich wie Hunger und Schlafbedürfnis zu den Lebensbedürfnissen gehört (unter Sexualität verstehe ich hier nicht nur den Geschlechtsverkehr, sondern auch Körperkontakt, Austausch von Zärtlichkeiten). Auch wissen wir, daß nirgends so sexualitätsfeindlich und körperfeindlich erzogen wird wie in Arbeiterfamilien (vergleiche dazu G. Vinnai: „Sozialpsychologie der Arbeiterklasse“, RoRoRo). Die oberen Zehntausend haben es verstanden, statt der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterbewegung etwa im letzten Jahrhundert die Unterdrückung der Arbeiter durch die Arbeiter selbst einzurichten; eben durch die Unterdrückung der Sexualität, wobei die Kirche an vorderster Front gekämpft hat. Diese internalisierte (übernommene) Sexualfeindlichkeit sieht Wilhelm Reich als einen wichtigen Grund dafür an, daß gerade die Arbeiterklasse dem Hitlerfaschismus, dem Inbegriff von Gewalttätigkeit, in den Sattel geholfen hat, der dann als erstes die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen hat (vergleiche dazu: W. Reich „Die Massenpsychologie des Faschismus“, Fischer-TB. Nach der Erscheinung des Buches 1933 wurde Reich aus der KPD und aus der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung ausgeschlossen und bald danach von Hitler vertrieben). Andererseits sieht Reich auch in der zunehmenden Sexualunterdrückung den Grund dafür, daß die Sowjetunion den Stalinismus über sich ergehen ließ. Zusammenfassend kann man sagen: durch die Unterdrückung des Sexualtriebes mittels einer sexualfeindlichen Erziehung (von Kirche und konservativem Staat diktiert) erlebte der einzelne Frustrationen, die sich im besten Falle zu erhöhtem Leistungsstreben sublimieren (verändern) — was durch Konkurrenzverhalten aber wieder zu Frustrationen führt -- oder direkter in Gewalttätigkeit äußert.

So ist die Sexualfeindlichkeit wieder der größte Feind der Arbeiterklasse und einer der schlimmsten, weil er von der Arbeiterklasse nicht durchschaut wird (Reich wurde aus der DKP ausgeschlossen, Psychoanalyse und Marxismus sind noch lange nicht versöhnt, in den Medien der Arbeiterklasse erscheinen die Schablonen der Bourgeoisie — die wiederum für sich größere sexuelle Freiheiten in Anspruch nimmt).

Diese kurzen Überlegungen sollen keine fertige Theorie über Gewalt oder deren Entstehung liefern, sondern eine Diskussionsanregung gerade unter der Linken, die durch den „linken“ Terrorismus und die Kopflastigkeit in einer Identitätskrise steckt.

ZU VERKAUFEN

Eine große Auswahl an Gebrauchsmustern finden Sie bei ~~...~~ 560-57
 Auch 100 umständlicher um 1.470.000 Lire zu verkaufen. Tel. ~~...~~ 0365-57

EHEANGEBOTE

Haus und Grundbesitzer, ledig, 38, sucht ehrliche, heimatliche Frau, möglichst schön für die Wintern. ~~...~~ 8116

VERAN...
 ...
 ...

Angebot aus „VOLKSBOTE“, Oktober 1980

„Frauen für Frieden“

Es gibt in Südtirol eine kleine Gruppe von Frauen, deren Hauptanliegen der Kampf gegen die Kriegsrüstung ist.

Der SKOLAST sprach mit einer aktiven Vertreterin dieser Frauen, um die Ziele und Vorstellungen dieser Gruppe darzustellen.

SKOLAST: *Sieh wann gibt es diese Gruppe „Frauen für Frieden“ in Südtirol, wie viele Frauen stehen dahinter?*

Mair I.: Unsere Gruppe ist im Dezember 1979 entstanden, und zwar als Reaktion auf die Raketen-debatte im Parlament in Rom. Unsere Gruppe ist klein (ca. 10 Frauen). Das hat aber den Vorteil, daß wir uns in Wohnungen treffen können und somit die organisatorischen Schwierigkeiten wegfallen.

Wir möchten eine Gruppe aufbauen, die zwar nur langsam wächst, aber auf ihre eigenen Kräfte vertraut und nicht ein anonymes Apparat wird.

Auch in Meran haben sich im Herbst 1980 vier Frauen zu einer Gruppe „Frauen für Frieden“ zusammengeslossen. Wir sind nicht viele, aber dafür autonome vertretende Frauen.

SKOLAST: *Es gibt ja auch schon in anderen Ländern „Frauen für Frieden“. So hat z. B. eine dänische Frauengruppe Mitte Februar 1980 einen Aufruf für den Frieden verfaßt. Darin schreibt sie unter anderem: „Wir sind verzweifelt angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung. Uns wird immer klarer, daß Frauen auf der ganzen Welt mit Gedanken voller Angst leben und mit der gleichen Furcht belastet sind: Haben wir und unsere Kinder eine Zukunft?“ Habt ihr auch diesem Aufruf angeschlossen oder hattet ihr andere Beweggründe, eine solche Gruppe „Frauen für Frieden“ zu gründen?*

Mair I.: Wir hatten dieselben Beweggründe, eine solche Frauengruppe zu gründen wie z. B. die Frauen in Dänemark. Es ist eigenartig und gibt ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit, wenn man sieht und hört, daß auf den verschiedensten Orten der Welt unabhängig voneinander die gleichen Ideen auftreten. Natürlich sind diese Ideen eben Reaktionen auf Tatsachen, die auf der ganzen Welt im gleichen Maße vorkommen, wie z. B. die Aufrüstung, deren moralische Begründung häufig durch das Schlagwort Arbeitsplatzsicherung versucht wird. Und dieses Schlagwort wird vor allem verwendet, um denen den Mund zu verschließen, die gegen die dauernde Waffenproduktion sind. Die Verschleppung gerade dieses Problems erzeugt Ratlosigkeit und Resignation

nicht nur in den Friedensbewegungen, sondern auch in den Gewerkschaften.

SKOLAST: *Irmaud, welche Beweggründe gibt es für dich persönlich, an der Gruppe „Frauen für Frieden“ aktiv mitzuarbeiten?*

Mair I.: Ja, das sind vor allem drei Dinge, die mir an dieser Arbeit gefallen:

— Erstens ist sie gegen den Krieg gerichtet (meine grundsätzliche Haltung gegen den Krieg kommt auch daher, daß ich selbst Kriegswaise bin).

— Zum zweiten ist diese Arbeit frauenbetont.

— Und drittens fasziniert mich der Internationalismus dieser Bewegung; gerade unsere Gruppe möchte zur Vermittlung zwischen Nord und Süd beitragen.

SKOLAST: *Im Bericht über das „Friedensfest“ in Brixen, das ihr ja maßgebend initiiert habt, steht als ursprüngliche Absicht dieser Veranstaltung: „Es sollte die Bewußtseinsbildung über das mörderische Wettrennen und den waffenstarrten Militarismus, aber auch über Rüstungs- und Militärpläne in Südtirol informiert und diskutiert werden.“ Könnte man dieses Grundkonzept auch als euer wichtigstes Ziel erklären? Anders formuliert: Ist es euer wichtigstes Anliegen, die militärische Aufrüstung möglichst einzuschränken? Könntest du eure wichtigsten Grundsätze und Ziele erläutern?*

Mair I.: Unsere Hauptanliegen haben wir bereits auf den Flugblättern für die Unterschriftensammlung klar formuliert:

— Keine neuen Militärstützpunkte, weder in Koblern, noch in Rodeneck, noch anderswo.

— Entfernung der lagernden Atomwaffen aus Südtirol (Nal, Schabs), deren Anwesenheit von offizieller Seite nie dementiert wurde.

— Keine Installation der atomaren Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise.

Zu dieser Forderung folgende Erklärung: Diese neuen in Europa aufzustellenden Raketen Pershing II und Cruise würden das bis jetzt bestehende militärische Gleichgewicht zwischen Amerika und der Sowjetunion zu Gunsten Amerikas verschieben. Die neuen Raketen würden nämlich innerhalb von 10 Minuten ihr Ziel, das sind die russischen Militärinstallationen, erreichen. Einem solchen ersten Angriff wäre die Sowjetunion schutzlos ausgesetzt. Ihre einzige Reaktion wäre die, die verbliebenen Raketen abzuschließen, welche genau auf uns in Westeuropa zeigen, das Ergebnis: ein auf Europa beschränkter Atomkrieg, wie F. C. von

Weizsäcker-Barnaby, Havemann u. a. erklärten.

— Bedingungsloser Einsatz der Südtiroler Volkvertreter im Parlament gegen die „Nachrüstung“ in Italien.

SKOLAST: *Wie stehst du zur Gewalt im allgemeinen: Lehnt du sie grundsätzlich ab, oder glaubst du, daß manchmal gerade die Gewalt das beste Mittel ist, sich gegen die eigenen Unterdrücker zu wehren, die ja auch wiederum Gewalt anwenden (z. B. Aufstände gegen Diktatoren)?*

Mair I.: Vor dieser Frage möchte ich mich drücken, denn was bedeutet es schon, sich in einer relativ sicheren und ertragbaren Situation gegen jede Gewalt anzusprechen, und das schon gar nicht in wenigen Zeilen. Ich hoffe, daß ich nie soweit in die Enge getrieben werde, daß ich keinen anderen Ausweg als einen gewalttätigen sehe.

SKOLAST: *Wenn man die Zeitungen liest, stößt man überall auf erschreckende Berichte über Gewaltanwendung: Krieg, Terrorismus, Verfolgung, Folter. Wie könnte man eurer Meinung nach eine solche Gewalt etwas einschränken, wie können Frauen in dieser Situation etwas ändern?*

Mair I.: Da können wir uns möglichst gegen die Mächtigen im eigenen Land solidarisieren, die natürlich schwer zu erkennen sind.

SKOLAST: *Wie steht ihr zur „Sacharow-Bewegung“ und zu „Amnesty International“? Das sind ja eigentlich auch zwei Bewegungen, die sich für eine gewaltlosere Welt einsetzen.*

Mair I.: Zuerst zur Sacharow-Bewegung: Wir arbeiten ihr in die Hand. Denn je mehr im Westen aufgerüstet wird, umso mehr verkauft der Osten seiner Bevölkerung die Notwendigkeit, „innere Feinde“ zu unterdrücken. Umgekehrt: Je mehr der Osten aufrüstet, desto mehr werden Frauen wie wir als Verräterinnen abgestempelt.

Die Gruppe „Amnesty International“ ist in Südtirol bis jetzt wenig in Erscheinung getreten, und wir haben auch keine besonderen Bezugspunkte zu dieser Gruppe, was sich schnell ändern kann und hoffentlich ändern wird.

SKOLAST: *Leider gibt es Gewalt nicht nur in anderen, von uns weit entfernten Ländern: Nein, es gibt sie auch in unserer nächsten Umgebung: Gewalt an Kindern, Gewalt an Frauen, Wirtshausauflagen usw. Wäre oder ist es nicht ein erstrebenswertes Ziel der „Frauen für Frieden“, gerade diese kleinen Gewaltakte, die täglich rund um uns herum passieren, aufzuzeigen und dafür eine stärkere Sensibilität zu schaffen?*

Mair I.: Da sind wir überfordert. Aber wir denken, daß Zustände wie Existenzangst, Angst vor Krieg usw. Quellen der Gewalt sind, die sich besonders gegen Schwächere auslebt. Unsere Arbeit an einem dieser angstmachenden Probleme, nämlich dem der Aufrüstung bzw. Bewußtmachung von

Angst und Umsetzung in kreative Aktivität, so klein unser Beitrag auch ist, wirkt in diese Richtung. Natürlich macht jede Frau in der Gruppe eine hoffentlich positive Entwicklung durch.

SKOLAST: *Jetzt zu eurem Namen: „Frauen für Frieden“. Frauen: Heißt das, daß sich nur mehr die Frauen um den Frieden bemühen? Habt ihr dieselbe Auffassung wie die „Frauen für Frieden“ aus Deutschland, die in der Aprilnummer 1980 von „Courage“ schreiben: „Die vielen Atomkraftwerke, die hier lagernden Atomsprengköpfe lassen die Ideologie von „Verteidigung und Sicherheit“ als völlig absurd erscheinen. Trotzdem heißen sie, die „starken Männer“ die Krisenstimmung an und entscheiden, die Rüstungsausgaben weiter zu erhöhen.“ Heißt das, daß die Männer eure Feinde sind im Bemühen um den Frieden? Sind sie die Ursache oder die Promotoren der Gewalt, da sie ja die Interessen des Militärs, der Atomwaffen und der Aufrüstung meist auch aus machtpolitischen Gründen verkörpern?*

Mair I.: In dieser Frage sind die meisten Antworten schon enthalten.

Zuerst zum Namen. Wir haben die Bezeichnung „Frauen für Frieden“ von anderen Frauengruppen übernommen, die bereits in Skandinavien und Deutschland existierten. Der Anspruch aber der Männer, Frau und Kinder zu beschützen, die sogenannte „Heimat“, muß immer noch herhalten, um Kriege zu führen. Das ist die moralische Rechtfertigung für einen Krieg, die von oben gegeben wird. Auch jetzt wird wieder die irrationale Angst vor den Russen genährt, wobei Erinnerungen an Erlebnisse im 2. Weltkrieg eine Rolle spielen. Anstatt konsequent Friedensarbeit zu leisten, wird wieder aufgerüstet, und es ist wichtig, daß die Frauen sich weigern, als Alibi dafür herzuhalten. So nicht! Durch Atomraketen wollen wir nicht beschützt werden! Es genügt nicht, für den Frieden zu sein, wenn nicht Taten folgen, die das nach außen zeigen.

SKOLAST: *Was antwortet ihr auf die Kritik einiger Männer, eine Friedensbewegung dürfe nicht etwas spezifisch Weibliches sein. Der Friede sei vielmehr ein erstrebenswertes Ziel für alle, Frauen und Männer.*

Wieso also Frauen für Frieden?

Mair I.: Wenn wir gefragt werden: „Wieso Frauen?“, dann fragen wir zurück: Wieso Frauen für Frieden nicht?

Ich möchte jetzt eine Erklärung geben, wieso gerade Frauen, und welche Ziele diese Frauen verfolgen, indem ich auch unsere Friedenszeitung zitieren:

„Wieso Frauen“

Es sagte eine Frau: Wer hat mehr Recht, sich über Krieg zu beklagen als eine Mutter!

Wir hatten das Anliegen und wollten es nicht Parteien anvertrauen, in denen sowieso nur die Männer das Sa-

gen haben. Wir wollen uns mehr auf uns selber verlassen und auf die eigene Kraft vertrauen.

Gerade beim Thema Krieg sind wir Frauen schnell einzig und radikal dagegen, während Männer eher leibhaftig, wie wir glauben, für militärische „Notwendigkeiten“ zu haben sind und sich für Kriegstechnik und Strategie begeistern lassen.

Was wir wollen:

Auf der ganzen Welt sind Frauengruppen an der Arbeit, den Frieden zu erhalten. Wir wollen uns anschließen. Wir wollen die Diskussion über die Aufrüstung in alle Parteien tragen, Frauen haben kein „Vaterland“. Die Heimat ist die ganze Welt.

Sie leiden mit allen Leidenden und machen keinen Unterschied zwischen Rassen, Religionen, Freund und Feind. Bis jetzt war es ihre Aufgabe, die Toten der ‚Felder der Ehre‘ zu begraben. Jetzt wird es Zeit, sich zu rühren, um nicht nur neue Tote zu verhindern, sondern um die ‚Mutter Erde‘ zu retten.“

SKOLAST: *Ihr habt bis jetzt zwei größere Veranstaltungen gemacht: das Friedensfest auf Kohlern und in Brixen. War es für euch nicht deprimierend zu sehen, daß die meisten so friedliebenden Menschen zu diesem Fest wohl eher zur persönlichen Unter-*

Inge Gualtieri

39012 Moran, Manzonistraße 11
Tel. (0473) 3 33 11 Büro
Tel. (0473) 2 31 10 Priv.

übernimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten.

Pünktliche und formschöne Auslieferung.

Mehrere Schriftbilder, Farbblätter und Farbmuster stehen zur Auswahl.

haltung gekommen sind? Ich glaube, daß die meisten Menschen, wie ich auch aus persönlichen Gesprächen entnehmen konnte, die Gewalt, den Krieg als etwas Natürliches und Selbstverständliches akzeptieren. Seid ihr noch überzeugt, daß es euch gelingt, die Menschen, Frauen und Männer, für den Frieden, die Gewaltlosigkeit zu sensibilisieren?

Mair I.: Wir wollen nicht aufgeben. Wir gehen davon aus, daß jeder Mensch grundsätzlich für den Frieden ist, wir möchten Anstöße geben, wie jeder aktiv für den Frieden eintreten kann.

Das Friedensfest in Brixen war nicht ganz im Sinne, wie wir es konzipiert hatten: Die Diskussion über Aufrüstung und Frieden ist zu kurz ge-

kommen. Wir werden andere Wege suchen, um mit unseren Anliegen an die Öffentlichkeit zu kommen.

SKOLAST: *Wie war bis jetzt eure Arbeit überhaupt?*

Mair I.: Wir haben von allem Briefe verschickt an Frauen, die wir kennen und von denen wir glauben, daß sie im Ansatz für diese Friedensarbeit in Frage kommen.

Wir haben mehrere Artikel in Zeitungen veröffentlicht, z. B. zwei im „Katholischen Sonntagsblatt“ (am 4. Mai und 12. Oktober 1980), um gerade auch diese Leser zu erreichen.

Weiters haben wir auch den Aufkleber „Frauen für Frieden“ gemacht, hauptsächlich zur Finanzierung der Zeitung.

SKOLAST: *Wie ist die bisherige Reaktion auf eure Initiative, vor allem auch von Frauen?*

Mair I.: Es haben sich schon manche Frauen bei uns gemeldet und Interesse gezeigt mitzuarbeiten. Ihre Arbeit stößt auf die biblischen Vorurteilsmauern. Eine Frau in Brixen wollte z. B. in der Kirche Einladungen zu unserem Vortrag auslegen. Der Dekan hat es ihr jedoch verboten mit der Begründung, daß diese Gruppe mit dem Kulturzentrum in Verbindung steht und somit links sei. Diese Gruppe aber arbeitet mit allen zusammen, die dieselben Ziele haben wie wir. Schön wäre es, die Initiative ginge auch bei uns, wie in Holland, von der Kirche aus — sie hätte uns als Helferinnen.

SKOLAST: *Wie wird eure Arbeit in Zukunft weitergehen? Habt ihr konkrete Ziele?*

Mair I.: Wir sammeln vorerst einmal Unterschriften mit unseren Flugblättern, um als ersten Schritt die Aufstellung der neuen Raketen zu vermeiden. Die ersten tausend Unterschriften haben wir bereits dem Landtagspräsidenten Dr. Achmüller vorgelegt. Wenn wir 10.000 gesammelt haben, legen wir sie dem Landeshauptmann Dr. Magnago vor. Zu Weihnachten möchten wir eine Veranstaltung bzw. eine Kampagne gegen Kriegsspielzeug machen.

Weiters planen wir Konzerte mit Frauen (auch inhaltlich von ihnen selbst bestritten) in einem kleineren Rahmen, das erste im Grieser Kulturhaus am 13. Dezember. Wir möchten Kundgebungen in Nord und Süd besuchen und Information weitervermitteln.

Die verschiedensten Vereine in Südtirol (Kulturinstitut, Küstlerbund, Schützenbund, KVW usw.) möchten wir auch anrufen, für den Frieden einzutreten. Wir wollen die Errichtung eines Mahnmals gegen Aufrüstung anregen anstelle der dauernden Heldenerehrungen, die wieder Vorbereitung für neue (Kriegs-)Helden sind.

SKOLAST: *Danke für dieses Gespräch.*

(Das Gespräch für den SKOLAST führte Zita Marsoner)

Zum Terrorismus in Südtirol:

Nach einer kurzen Zeitspanne der äußeren Ruhe wird Südtirol wieder von einer Reihe von Terroranschlägen erschüttert. Schon vor einiger Zeit hat sich die Südtiroler Hochschülerschaft mit den Attentaten auseinandergesetzt und durch eine Erklärung versucht, in einer breiten Öffentlichkeit eine Diskussion über den Terrorismus in unserem Lande anzuregen. Diese Erklärung der SH Bozen wurde von über 1.000 Personen aus allen Bevölkerungsschichten unterzeichnet. Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß dieses Problem noch aktuell ist, da einige Personen oder Gruppen in der Gewalt immer noch das geeignetste Mittel sehen, gesellschaftspolitische Ziele durchzusetzen.

Untenstehend die „Erklärung der SH Bozen zum Terrorismus in Südtirol“ sowie die Stellungnahmen von SVP, Neue Linke/Nuova Sinistra, KPI/PCI, PSI, SPS. Die uns auf eine briefliche Anfrage hin (— was denken Sie über die neuen Terroranschläge in Südtirol? — Welche Gründe sind nach Ihrer Meinung dafür ausschlaggebend? — Was, glauben Sie, sollte dagegen getan werden?) zugesandt wurden.

Erklärung der SH Bozen zum Terrorismus in Südtirol

Wer die Hoffnung hegte, zehn Jahre nach Annahme des Paketes seien Fortschritte auf dem schwierigen Weg der drei Volksgruppen zueinander erzielt worden, ist durch die Vorfälle der letzten anderthalb Jahre schwer enttäuscht worden. Mit der jüngsten Attentatswelle seitens deutsch- und italienischsprachiger Terroristen haben die ethnischen und politischen Spannungen unter den Volksgruppen einen traurigen Höhepunkt erreicht.

Wir verurteilen den Versuch, politische Konflikte mit Mitteln des Terrors auszutragen, geben jedoch zu bedenken, daß diese Eskalation der Gewalt nicht von ungefähr über unser Land hereingebrochen ist.

Weder der Gebrauch der Autonomie als politische Vergeltungswaffe noch die zunehmenden Widerstände der italienischen Seite gegen den Abbau jahrzehntelanger Privilegien können Ausgangspunkt einer Politik des ethnischen und sozialen Ausgleichs sein. Grundsätze wie „Je klarer wir brennen, desto besser verstehen wir uns“ oder die „Siamo-in-Italia“-Mentalität und deren bittere Folgen stellen daher eine schwere Hypothek, vor allem für die Jugendlichen dar.

Bestimmte Exponenten aus Politik und Presse können sich in diesem Zusammenhang ihrer Mitverantwortung nicht entziehen:

Jene Leute, die in jeder gemeinsamen sozialen oder kulturellen Aktion

nur neue Varianten einer „perfekten Unterwanderungsstrategie“ sehen wollen:

jene Leute, die es als gewählte Vertreter der Italiener versuchen, diese auf die durch das Paket veränderten Bedingungen vorzubereiten und ihnen eine positive Einstellung zu den legitimen Rechten der deutsch- und ladinischsprachigen Volksgruppe zu vermitteln;

jene Leute, die jede Zusammenarbeit der Volksgruppen außerhalb offizieller Kanäle zu verhindern suchen, und ins besondere jene, welche als Scharhüter durch maßlose Hetze in der deutschsprachigen Tagespresse oder als nationalistische Scharfmacher in Festreden zur Zuspitzung der Lage beigetragen haben.

In ähnlicher Weise hat die italienische Presse des öfteren Rückfälle in nationalistisch-zentralstaatliche Positionen verzeichnet und eine Art „Volk-in-Nof“-Stimmung erzeugt.

Ebenso entschieden abzulehnen sind die sich verstärkenden Tendenzen, die Welt wieder in „Walsche“ und „crucchi“ einzuteilen, um daraus die eigene Identität abzuleiten.

Der irrationale Volkstumskampf erschwert bzw. verhindert die Verständigung unter den Volksgruppen und lenkt von gemeinsamen Problemen und Aufgaben ab.

Zunächst und primär sind wir alle Menschen, wie von der Katholischen Jugend festgestellt werden mußte; Volkstumskampf kann und darf nicht Vorrang vor zwischenmenschlicher Beziehungen haben.

Wir wenden uns nicht nur entschieden gegen den neu aufgeflaminten Terror, sondern fordern die verantwortlichen Politiker auf, die dargelegten Ursachen für diese Gewaltakte zu beseitigen.

Erst die Verwirklichung der Paketbestimmungen zum Wohle aller Sprachgruppen, die Abkehr von einer Politik rigoroser Volksgruppenentrennung und das solidarische Eintreten für eine Autonomie, die die deutsche Minderheit im Staate und die italienische Minderheit in der Provinz respektiert, ihre Entfaltung und wechselseitigen Beziehungen in jeder Hinsicht fördert und die Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit schafft, führen zum Abbau der permanenten Spannungen in unserer Heimat.

Für den Vorstand der SH:
Reinhold Staffler
(Vorsitzender)

Neue Linke/Nuova Sinistra:

Wieder kracht's in Südtirol. 1978 gab's die ersten Anzeichen, 1979 Schlag und (erstmalig) Gegeaschlag. 1980 den offenkundigen Versuch, künstlich das Klima der sechziger Jahre zu beleben.

Übersicht waren nur jene, die auf das Geschwätz vom „friedlichen Zusammenleben“ hineingefallen waren oder beide Augen vor der Realität fest zugeklippt hatten. Magnago hatte die Anschläge vorausgesehen und angekündigt. Andere aus den immer mehr vorherrschenden SVP/CSU/deutsch-nationalen Kreisen hatten sie wohl mitbegünstigt.

Auch wir waren nicht überrascht. Sind diese Attentate doch nichts anderes als die Fortsetzung mit (nur wenig) anderen Mitteln der systematischen Politik der Entzweiung der Volksgruppen und der Verwendung der neu gewonnenen Stärke zum Heinzahlen, zum Auftrumpfen, zum Provokieren.

Deutschtums-Muskelprotzerei macht es auch den braunen Nazikreisen jenseits und diesseits des Brenners leicht, wieder mitzumischen.

Und die gezielt betriebene (und von den Nationalisten der anderen Seite geschickt verwertete) Verunsicherung der italienischen Sprachgruppe im Lande ist auch ein guter Nährboden für Tricolore-Attentate: wer an den Rand gedrängt worden soll, sucht nach Mitteln, sich zu wehren. Auch wenn diese Mittel ihrerseits unannehmbar (und ein Bigaktor) wären.

So verlagert sich der Konflikt von seiner früheren Ebene (Minderheit gegen Staat) auf eine neue und gefährlichere: des Zusammenstoßes zwischen den Volksgruppen im Lande. Darin liegt — im kleinen — ein Bürgerkriegspotential.

Die Attentate zu verharmlosen, gar von „menschlichem Verständnis“ (Magnago) zu reden, den Vorwand der „Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestaat“ glaubhaft machen zu wollen: dies ist alles Vorschub für eine Rückkehr zur Bombenpolitik in Südtirol. Diesmal aber unter ganz anderen Bedingungen als damals. Und mit dem erschwerenden Umstand, daß die Bomben diesmal nach der Autonomieform kommen, deren Krise dadurch noch offenbare wird.

In Gefahr geraten damit nicht nur die Demokratie und das Zusammenleben der Volksgruppen, sondern auch die Autonomie selber. Oder glaubt man, die Voraussetzungen für eine „Politik der Stärke“ auf seiner Seite zu haben?

Was tun dagegen?

Hart arbeiten gegen jede Form der Grenzzielung und Entfremdung zwischen den Volksgruppen (darin liegt der tiefere Sinn der Kampagne gegen die Einführung eines richtigerheißenden „völkischen Katasters“ bei der Volkszählung). Gemeinsamkeit bauen und praktizieren, wo immer es sich — auch unter Mühen und Angriffen — machen läßt. Das „andere“ Südtirol stärken, und die Demokraten in Italien, in Österreich, in Europa zur Solidarität aufrufen.

SVP:

Gewalt erkenne ich niemals als Mittel zur Lösung von politischen Fragen und von Konflikten zwischen Völk-

kern und Volksgruppen an. Diese Probleme müssen mit demokratischen Mitteln gelöst werden. Würde Gewaltanwendung als ein annehmbares Mittel zur Lösung solcher Fragen angesehen, so stünde das Recht immer auf der Seite der Mächtigen, und die Schwachen würden immer unterdrückt. Damit will ich aber nicht sagen, daß man gegen eine Diktatur nicht Widerstand leisten soll.

Ich setze voraus, daß es für eine Gewaltanwendung in Südtirol keine Rechtfertigung gibt, welche Gründe auch immer dazu geführt haben. Die Ursachen dieser Terroranschläge können vielfältiger Natur sein.

Ich bin überzeugt, daß die bisher nicht erfolgte Verabschiedung von Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut auch dazu beigetragen hat, zuweilen es sich dabei doch um äußerst wichtige Belange für den Schutz der sprachlichen Minderheiten in Südtirol. Wenn man offene Probleme nicht löst, wird denjenigen Wasser auf die Mühlen geteilt, die in Südtirol Unruhe stiften wollen. Auch die hartnäckigen Versuche gewisser politischer Kreise in Südtirol, die ethnische Identität der einzelnen Volksgruppen zu verwischen und einer Mischkultur das große Wort zu reden, wo doch gerade die Eigenständigkeit der Volksgruppen eine unabdingbare Voraussetzung zum Schutz einer sprachlichen Minderheit darstellt, möchte ich als Grund für die Verschlechterung der Lage anführen. Hinzufügen möchte ich noch, daß die Massenmedien und die verantwortlichen Politiker in Zukunft in Ehren Aussagen vorsichtiger sein sollen, um nicht Öl in das Feuer zu gießen.

Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß jede Volksgruppe in Südtirol ohne Angst in die Zukunft sehen kann. Dabei ist nicht zu vergessen, daß jede sprachliche Minderheit Angst vor einer möglichen Assimilierung hat und als Reaktion darauf eine Art Abkapselung sucht, um sich besser gegen diese Gefahr zu schützen. Für diese natürliche Einstellung muß mehr Verständnis aufgebracht werden. Wir müssen uns bemühen, gemeinsam die noch offenen Probleme einer guten Lösung zuzuführen, um weiteren Spannungen vorzubeugen. Ich bin überzeugt, daß dadurch die Urheber dieser Gewalttaten in eine vollkommene moralische Isolierung geraten.

(Dr. Silvius Magnago)

PSI:

Gli attentati non sono mai di sicura attribuzione, nemmeno quando sono stati rivendicati.

E questi ultimi, verificatisi in Alto Adige, non si sottraggono alla regola. Possono in effetti rispondere a disegni strategici diversi: l'incarnante sono la riprova della vitalità di quella frangia insopprimibile di esasperati nazisti presenti nel gruppo di lingua tedesca; nessuno può però escludere l'intervento di altre forze interessate ad alimentare il clima di tensione, né di quei provocatori che vogliono creare

l'effetto "viresciato". Continuando nelle congetture, non si può nemmeno escludere l'esistenza e l'azione di qualcosa di paragonabile all'Autonomia italiana che vive, anch'essa, solo in ragione delle maggior radicalizzazioni del quadro politico altoatesino. Nessuno può, in buona fede, escludere a priori una di queste ipotesi.

Ma se proprio di un movimento di ispirazione analoga a quello degli anni '60 si dovesse trattare, è certo che i suoi presupposti sociali ed i suoi apporti politici sono profondamente mutati. Socialmente, la maggioranza del gruppo di lingua tedesca non ha grandi motivi di preoccupazione: ci sono anzi margini di scelta e possibilità di occupazione qualificante ancora disponibili. Eticamente il gruppo di lingua tedesca è al sicuro da pericoli di assimilazione e si sta invece assistendo alla tendenza pericolosa al conglomeramento del gruppo italiano specie in periferia. Politicamente c'è la forza conservatrice incontrollata e sempre più forte di consensi della SVP che tiene in mano tutta la provincia, in tutte o quasi le sue espressioni, e che proprio per questo non è disposta (almeno nella sua maggioranza) a rischiare tutto in un'avventura molto incerta. Si è affrettata infatti a condannare questa via per il raggiungimento delle finalità etniche.

Ma in questo periodo è sintomatico osservare che l'unico movimento politico che sia riuscito ad affermarsi nel gruppo di lingua tedesca in alternativa alla "Sammlungspartei", è quello di stampo più estremistico e radicale legato al consigliere provinciale Alexan-der Langger.

Nei primi tempi si era salutato con favore l'arrivo di un personaggio che, per le sue esperienze, si innalzava sopra una mera visione provincialistica ed ci hanno abituato i politici locali; il fatto è che, purtroppo per lui e per noi, ha finito per innalzarsi tanto da perdere di vista i confini reali del caso Alto Adige.

Culturalmente Nuova Sinistra sostiene una teoria pro "Mischkultur", che, se valida (come è sempre stato) per i ceti e le persone intellettualmente più consapevoli, a livello generale non è altro che un'operazione di intellettualismo da laboratorio che fa da spalla a quell'impostazione politica che intende l'identità e la difesa dei gruppi esistenti come una semplice affermazione verbale, legata a meccanismi di garanzia ed affidata alla consapevolezza del singolo.

E' in questa opposizione tra due estremi, da una parte chi si richiama ad inesistenti pericoli di snazionalizzazione del gruppo di minoranza e dall'altra chi, tentando di minare la forza della SVP, è disposto a mettere in discussione l'identità dei gruppi, che vi sta consumando questo nuovo capitolo della storia altoatesina.

L'unica speranza di uscita da questa situazione radicalizzata, prima che il

prezzo da pagare sia troppo alto (come sempre per i più deboli), è che non si debba attendere ancora per molto tempo la crescita di una forza seriamente progressista e riformatrice all'interno della minoranza nazionale che apra una prospettiva, finalmente, ad un domani un po' diverso, un po' migliore.

KPL/PCI:

Man sollte sich über die jüngsten Attentate nicht wundern. Als vor etwa einem Jahr der Sprengstoff erneut sich in die politische Auseinandersetzung einzuschalten begann, hätte eigentlich klar sein (werden) müssen, daß hier ein gefährlicher „Politiker“ sich anschickte, ein einflußreiches Wörtchen mitzureden. Die kleine Pause, die zwischen der „vorletzten“ und der „letzten“ Attentatswelle einsetzte, mag vielleicht jene Kreise unter den Deutschen und den Italienern beruhigt haben, die den Terrorismus nicht bekämpfen, sondern allein unter Kontrolle halten wollten. In der Tat, auch in Südtirol gibt es Leute, welche die Gewalt zwar verurteilen, in ihr jedoch gleichzeitig ein auf Distanz zu handhabendes Instrument entdeckt zu haben glauben. Mit dem Feuer spielen, ohne es in der Hand zu halten: das ist die ewige, verantwortungslose Illusion, die zynische Kalkulation dieser Zauberlehrlinge).

Wer hingegen wie wir am Aufbau und an der Ausbreitung einer intensiven, respektvollen Zusammenarbeit unter den Volksgruppen im allgemeinen und besonders unter den fortschrittlichen Kräften in jeder einzelnen von ihnen interessiert ist, kann sich wohl kaum die Bequemlichkeit leisten, alles auf einige isolierte Fanatiker zu reduzieren, die da etwas zu erreichen suchen, was gar nicht zu erreichen sei. Die fromme Illusion, die „neuen“ Terroristen spielen ein von vornherein bereits verlorenes Spiel, darf uns nicht befallen.

Es ist sehr schwer, in wenigen Zeilen die vielseitigen Gründe für eine vielseitige Situation darzulegen. Übrigens: welche Gründe meinen wir eigentlich? Kennen wir sie denn alle genau genug? Eines der Elemente, die heute eine gewisse Schwäche der Südtiroler Linken gegenüber der gegenwärtigen Nationalismus-Terrorismus-Welle bedingen, liegt wohl auch darin, daß diese Linke sich (mit anderen) gerade in der Identifizierung eben dieser Gründe nicht einig ist.

Jedenfalls scheinen nicht alle Attentate auf den selben Nenner zu bringen sein. Wer kann internationale Drahtzieher ausschließen? Und einheimische Fanatiker? Ein Zusammenspiel dieser beiden? Wer vermag auszuschließen, daß nicht auch gegenseitige Provokationen der „entgegengesetzten Nationalisten“ eine Rolle spielen? Ist es gänzlich unmöglich, daß neben pathetisch-konfusem Figuren, die gleichzeitig Publikationen der RAF und der faschistischen Internationalen verantwortlichen oder

den durch die Volksschule des Dritten Reiches vermittelten großdeutschen Wahn noch nicht verdrängt haben, auch klar berechnende Polit-Architekten am Werke sind? Kann nicht auch das derzeitige Revival des internationalen Schwarz-Terrors sich in Südtirol niederschlagen?

Fragen, — und Ihnen ist ohne Zweifel nachzugehen. Aber eine der Antworten, nicht die nebensächlichste, ergibt sich vielleicht auch aus der Feststellung, daß ein guter Teil der bisherigen Anschläge dem gleichen, was in diesen Jahren anderswo als „diffuser Terrorismus“ bezeichnet worden ist: Ausdruck einer Atmosphäre, konfuse Demonstration eines inzwischen entgleiten Unbehagens (angeschürte „italienische Auro“, Drohbriefe an „deutsche Kurverwaltungen“ usw.). Wie gesagt, man wird unterscheiden müssen, obwohl wir ganz offensichtlich vor einem Zusammenspiel stehen. Vieles am gegenwärtigen Südtirol-Terrorismus geht die Polizei an. Aber nicht alles: die Tatsache, daß deutsche und italienische Konservative glauben (und glauben, wer weiß!), den Nationalismus, selbst den terroristischen, zähmen zu können und ihn als Heustock für sich arbeiten zu lassen, ist eine politische Frage, an die politisch herangegangen werden muß. Die Südtirolfrage noch lauge offen halten, das ist die Absicht nicht nur der extremsten Nationalisten beider Seiten, doch die Extremisten leisten dabei gute Dienste. Die Tatsache, daß die Rechte die volle Durchföhrung dieser Autonomie nicht mehr so richtig will, sollte auch einer (gewissen) Linke zu denken geben. Muß man es da wirklich als Vorwurf empfinden, mittlerweile fast die einzigen zu sein, die die mittel- und langfristige wirksamen, aber heute bereits spürbaren postulodynamischen Auswirkungen dieser Autonomie verteidigen? Was die Rechte nicht mehr mag, soll die Linke nicht länger verteidigen: dieses echte Dogma macht indes neuere Linke auch schon wieder (etwas) alt.

Was tun? Den Nationalismus bekämpfen, könnte die Antwort sein. Doch der Nationalismus ist genauso wenig ein Dämon wie die allgemeine Verblöderung (katholischer oder auch radikal-humaner Art) ein Weihwasser dagegen. Der Nationalismus ist Politik und stellt sich auch im Südtirol der achtziger Jahre letztendlich als das dar, was er immer war, nämlich ein Instrument der Machterhaltung, der Krisenbewältigung, der sozialen Niederhaltung und nicht zuletzt Degeneration der menschlich-kulturellen Beziehungen. Aber der Nationalismus ist auch Geschichte und deshalb ein vielschichtiges Phänomen, das nur Moralismus allein nicht bewältigt werden kann. Nur wenn deutlich wird, wie negativ er sich auf die realen Probleme des täglichen Lebens auswirkt, wird man den Alltag gegen ihn mobilisieren können. Das ist dann wohl auch die Herausforderung an uns, an die Linke. (Guido Demicheli)

SPS:

In Beantwortung der Frage „Leit der politische Terrorismus in Südtirol wieder auf?“ hat der Verfasser dieser Stellungnahme als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Südtirols bereits am 17. November 1980 im Fernsehen des Senders Bozen erklärt, daß diese neuerlichen Bombenanschläge auf keinen Fall als sporadische Akte von Tunichtguten und gewöhnlichen Kriminellen verhandelt werden dürften. Worauf stützt sich nun die Behauptung, daß die Anschläge eindeutig mit der Südtirolpolitik der bestimmenden Partei zusammenhängen?

Die fast einstimmige Annahme einer Resolution des Südtiroler Heimatbundes durch die letzte Landesversammlung der SVP steht als historisches Kennzeichen für ein markantes Umschwenken der großen Südtiroler Regierungspartei gegenüber der seit mehr als einem Jahrzehnt verfolgten Autonomiepolitik. Diese Resolution „will die Feststellung des Scheiterns des Paketes, weil der Bestand des Südtiroler Volkes durch das Paket nicht gewährleistet ist“ („Dolomiten“ vom 25. 9. '79).

Wollte man alle Indizien für die These aufzählen, daß die SVP das Paket im Sinne des Heimatbundes als gescheitert abgeschrieben hat und folglich extremistische Forderungen immer stärker zum Zuge kommen läßt, müßte man ein Buch schreiben. Erwähnt seien nur die z. T. bekannten, großteils aber der Südtiroler Öffentlichkeit und der SVP-Basis unbekanntesten Aussagen, die Spitzenvertreter der SVP, des Schützen- und des Heimatbundes vorzugsweise im Ausland gemacht haben. Ebenso die Beziehung zu reaktionären und vielfach nazistischen Organisationen im deutschsprachigen Ausland. Bezeichnend ist, daß es rechts von der SVP keine politische Formation gibt, weil die Einheitspartei alle diese Strömungen aufzusaugen vermag. Auch die Arbeitnehmer und schon gar nicht die Jugend in der Partei vermögen oder wollen eine wesentlich differenzierte Linie zum Ausdruck bringen.

Diese Änderung in der Autonomiepolitik der SVP, vom starken Rechtsflügel in der Partei gewollt und von den „Vernunftpolitikern“ um Paketvater Magnago wohl oder übel auch aktiv mitgemacht, um den eigenen Kopf zu retten, hat natürlich die schlafenden Köpfe der Schlange des Extremismus sogleich auf den Plan gerufen. Die wiederholten Versuche von Magnago und Eva Klotz, die Terroranschläge als Folgen der schleppenden Paketverwirklichung zu verkaufen, sind genauso gefährlich wie sie auch eine Fälschmünze sind. Aussagen, daß die Anschläge deshalb verdinglich seien und daß eben nur Gewalt in der Südtirolfrage zum Erfolg führe, stehen auf derselben Ebene wie Rechtfertigungen für die Taten der „Roten Brigaden“, die ja auch vor dem Hintergrund riesiger sozialer Ungerechtigkeiten verübt werden.

Mit Aussagen und Drohungen, wie sie

Magnago und Klotz geäußert haben, daß nämlich die Sparfragen und Gewaltakte erst nach der vollen Paketdurchführung auslösbaren würden, wird eine große Verunsicherung betrieben. Dasselbe gilt für die demagogische Politik jener neuen Linken, die die „alte Linke“ dadurch um Wählerstimmen überholen wollen, daß sie die Grundprinzipien der Autonomie über Bord werfen und teilweise sogar italienischen Nationalisten aus dem Herzen sprechen. Diese zwingen die SVP geradezu zu ebenfalls extremen und völlig kompromißlosen Gegenpositionen.

Wenn die genannten SVP-Politiker so genau über Sein und Werden der Attentate Bescheid wissen, muß der Informationsfluß zu den Urhebern der Anschläge ja erstaunlich gut sein. Nach diesen Äußerungen fragt man sich: Bomben als Druckmittel für die Paketpolitik? Braucht „die Südtiroler Volkspartei, deren Geheimnis die Angst ist, die Partei, die von der Angst lebt“ (Magnago in Satzbuch im Sommer '80) die Bomben zur Zementierung der eigenen Macht, ihres 90%-Anteils bei der deutsch- und ladinischsprachigen Wählerschaft?

Die Extremisten, die bestimmte Pressorgane angesichts der jüngsten Aussagen von LR Mayr bereits „in guter Gesellschaft“ sehen, geht es um die Bankrotterklärung der Paketpolitik, um dann die Selbstbestimmung als Mittel zum Zweck des Anschlusses einzusetzen zu können. Die Argumente fallen ihnen natürlich auch dadurch in die Hand, daß die SVP aus wahltaktischen Gründen die Paketdurchführung selbst verzögert. Die Politik der Selbstbestimmung, wie sie weit in die SVP hinein Sympathie findet (Eva Klotz: „Für den Heimatbund bedeutet dies Loskommen vom Staatsvolk und Anschluß“), ist nicht nur ein Anschlag gegen das friedliche Zusammenleben in Südtirol, wie es von der deutschen, italienischen und ladinischen Bevölkerung gewünscht und angestrebt wird. Ein derartiges politisches Abenteuerum gefährdet den Frieden in Europa und schadet den Interessen der Minderheiten sowohl in Südtirol (wohl die bestgeschützte in Europa) als auch in anderen Ländern.

Die Südtiroler Sozialdemokraten haben die Terroranschläge immer verurteilt. Schon im Grundsatzprogramm der Partei wird jeder politische Extremismus abgelehnt und die Absicht bekräftigt, „auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte Italiens und Europas Gewalttätigkeiten und politischen Terrorismus entschieden abzuwehren und die undemokratischen Aktivitäten zu bekämpfen“. Die SPS ist für eine echte Autonomiepolitik (ohne Revanchismus), für einen Frieden durch Gerechtigkeit, Toleranz und echt demokratisches Handeln. (Albert Januth)

Zur Kritik der Gewalt

Meine anfängliche Idee war, Walter Benjamins Schrift „Zur Kritik der Gewalt“ so ähnlich wie im nachfolgenden Text exzerpthaft zusammenzufassen, ihn jedoch gegenüberzustellen oder auszuspielen gegen Begriffsbestimmungen, welche aus Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ wiederum zusammengefaßt werden hätten müssen, so z. B. sein Rechtsverständnis, sein Verständnis der Polizei, des Eigentums und des Vertrages; nicht zuletzt hätte mich angesprochen, Paul Heyerabends Gesellschaftsverständnis auf Gewalt hin zu untersuchen, wenn er sagt: „Die Freiheit einer Gesellschaft nimmt zu in genau dem Ausmaße, in dem die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der in ihr enthaltenen Traditionen abnimmt.“

Mein Anliegen war ursprünglich also das (wie ich, fleißiger Student, es von Professoren oder Assistenten gesehen habe), mehrere „erhabene Geister“ auch aus verschiedenen Zeiten (dadurch wird alles ungehört relativiert) auf einen Begriff hin zu untersuchen.

Es ist aus zeitlichen Gründen mißlungen, d. h. später gar nicht mehr angepeilt; es sei zu meiner Ehrrettung vorangestellt und mein Willen nicht getadelt; in der Bedrängnis der Zeit wurde meine Wiedergabe seiner (Benjamins) Ideen lückenhaft, und jeder „ehrliche Denker“ sei aufgefordert, ihn selbst zu studieren (Walter Benjamin: Zur Kritik der Gewalt und andere Ansätze, edition suhrkamp 103), wie weit er tauglich befunden oder verworfen wird; sei jedem selbst überlassen.

Die Schrift ist zwischen beiden Weltkriegen entstanden, „inspiriert“ und anknüpfend an die Aufstände der Arbeiter, den Räterepubliken; zu erinnern seien Namen wie Rosa Luxemburg, Liebknecht und der Spartakusbund.

Benjamin sah die Sozialdemokratie als zu kompromißbereit scheitern, sie war nicht radikal, d. h. bereit, alles von den Wurzeln her zu ändern, sondern modifizierte nur schon Bestehendes.

„Die von Benjamin kritisierte Gewalt ist die des Bestehenden, die im Bestehenden selbst das Monopol der Legalität, der Wahrheit, des Rechts erhalten hat und in der der Gewaltcharakter des Rechts verschwunden ist...“ (Herbert Marcuse).

Zusammengefaßte Wiedergabe:

Gewalt läßt sich als Verhältnis Recht—Gerechtigkeit umschreibend kritisieren.

Das Grundverhältnis einer Rechtsordnung besteht in Zweck und Mittel; weiters: Gewalt tritt zunächst nur im Mittel auf, nicht im Zweck, wie im Naturrecht. Aber ist die Sittlichkeit der Gewalt relevant, selbst als Mittel zu gerechten Zwecken?

Betrachten wir nur die Mittel, die Zwecke seien außer acht gelassen. Im Naturrecht wird die Anwendung gewaltsamer Mittel zu gerechten Zwecken problemlos gesehen.

Gewalt als Naturprodukt (unterliegt keiner Problematik außer dem Mißbrauch zu ungerechten Zwecken).

Wenn die Gewalt der Person sich zugunsten des Staates bewegt, so kann vor Vertragsabschluss jede beliebige Gewalt, welche jemandem zusteht oder zuzueigen ist, gesetzlich ungestraft, also nicht bloß de facto, sondern auch de jure, ausgeübt, angewendet werden. Im Gegensatz zur These der natürlichen Gewalt tritt die der positiven als historisch bedingt gesehen auf.

Das Naturrecht kann ein bestehendes Recht nur in der Kritik seiner Zwecke beurteilen, während das positive ein werdendes in der Kritik seiner Mittel beurteilt.

„Ist Gerechtigkeit des Kriterium der Zwecke, so Rechtmäßigkeit das der Mittel.“

Das positive Recht erklärt durch die Berechtigung der Mittel die Gerechtigkeit der Zwecke garantiert.

Betrachtung und Frage nach der Berechtigung gewisser Mittel, welche die Gewalt im positiven Recht ausmachen:

Hier wird hinsichtlich der Gewalt, im Gegensatz zum Naturrecht, welches jedes Mittel sanktioniert, einen gutgeheißenen Zweck zu erreichen, eine Unterscheidung in der Wahl der Mittel vorgenommen, unabhängig vom Zweck: das positive Recht verlangt einen Ausweis über den historischen Ursprung der Gewalt, welcher dann unter gewissen Bedingungen sanktioniert wird oder nicht.

Die Anerkennung von Rechtsgewalten bekundet sich am greifbarsten in der Beugung unter ihre Zwecke, so ist eine Möglichkeit, die Gewalt einzuteilen im Bestehen oder im Mangel der allgemeinen historischen Anerkennung der Zwecke. Im Fall des Fehlens der Anerkennung sind sie Naturzwecke, im Vorhandensein Rechtszwecke genannt.

Die Rechtsverhältnisse sind so, daß überall dort, wo Einzelpersonen Zwecke gewaltsam zu erstreben trachten, Rechtszwecke aufgerichtet werden, welche nur die Rechtsgewalt zu verwirklichen vermag. Auch Naturzwecke drängt die Rechtsgewalt zu vornehmungen, wie die Erziehung, und sie durch Rechtszwecke einzuschränken, sobald die Gewalt übergroß (groß) wird; daraus folgt: alle Naturzwecke einzelner Personen kommen mit Rechtszwecken in Konflikt, sofern sie mit unangebrachter (großer) Gewalt verfolgt werden. Das Recht sieht die Gewalt in den Händen einzelner Personen als Gefahr, die Rechtsordnung zu untergraben.

Die innerhalb der Rechtsordnung zugelassene Gewalt wird dem Recht gefählich: so im Klassenkampf das Streikrecht der Arbeiter.

„Die organisierte Arbeiterschaft ist neben dem Staate heute wohl das einzige Rechtssubjekt, dem ein Recht auf Gewalt zusteht.“

Die Aussage, der Streik sei keine Gewaltanwendung, trifft in den seltenen Fällen zu, falls ein Abbruch der Beziehungen, eine Entfremdung vom Arbeitgeber stattgefunden hat; ist er hingegen nur zum Zweck etwas Außerliches oder gar Unabhängiges von der Arbeit durchzusetzen, eine geringe Modifikation mit dem Gedanken, die Arbeit danach so wie vorher fortzusetzen, tritt das Moment der Gewalt als Lippressung ein. In diesem Sinn bietet das Streikrecht der Arbeiterschaft das Recht, Gewalt anzuwenden, obwohl der Staat bei einem Generalstreik Sonderverfügungen erlassen kann mit der Begründung, das Streikrecht anders ausgelegt zu haben; daher zeugt es von sachlichem Widerspruch, wenn der Staat den Streikenden entgegentritt, zumal er bisweilen eine Gewalt anerkennt und ihren Zwecken als Naturzwecken indifferent, im Ernstfall

(dem revolutionären Generalstreik) aber feindlich gegenübersteht.

Die Möglichkeit des Kriegsrechts beruht auf ähnlichen sachlichen Widersprüchen wie das Streikrecht, „nämlich darauf, daß Rechtssubjekte Gewalten sanktionieren, deren Zwecke für die Sanktionierenden Naturzwecke bleiben und daher mit ihren eigenen Rechts- oder Naturzwecken im Ernstfall in Konflikt geraten können.“

Wenn von kriegerischer Gewalt als Gewalt zu Naturzwecken die Rede sein darf, folgt doch einer derartigen Gewalt ein rechtsetzender Charakter: der Friede, der auch in primitiven Gesellschaftsformen installiert wird, zum Zweck der Anerkennung des „neuen“ Rechts.

Der Militarismus ist der Zwang zur allgemeinen Anwendung von Gewalt als Mittel zu Zwecken des Staates. Der Bürger wird unter die Gesetze geordnet, so unter das Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht; dies ist ein Rechtswert. Die Gewalt ist hier aber nicht nur rechtsetzend wie im Fall des Krieges, sie ist auch rechtserhaltend und ihre Kritik fällt mit der Kritik an der legalen oder exekutiven Gewalt zusammen. Es ist zwecklos, nur einzelne Gesetze oder Rechtsbräuche anzufechten und nicht „die Rechtsordnung selbst an Haupt und Gliedern“. „Denn die rechtserhaltende Gewalt ist eine drohende.“

Dies manifestiert sich in der Todesstrafe, die in der Rechtsordnung als höchste Gewalt über Leben und Tod auftritt und in primitiveren Gesellschaften schon bei Eigentumsdelikten angewandt wird, wo sie zumindest verhältnismäßig scheint.

Es liegt nahe, daß sie nicht dazu gebraucht wird, den Rechtsbruch zu strafen, sondern vielmehr ein (neues) Recht zu statuieren. Das Recht bekräftigt sich selbst und zeigt in sich „Morsches“ und Irigwürdiges.

In einer Institution des modernen Staates, der Polizei, sind die rechtsetzende und rechtserhaltende Gewalt zur Gänze aufgehoben. Die Polizei ist rechtsetzende Gewalt, indem sie selbst einen Erlaß mit Rechtsanspruch ergehen lassen kann, wie sie rechtserhaltend ist, dadurch, daß sie „sich jenen Zwecken zur Verfügung stellt.“ Die Zwecke der Polizei sind nicht mit denen des Rechts identisch, „vielmehr bezeichnet das Recht der Polizei im Grunde den Punkt, an welchem der Staat, sei es aus Ohnmacht, sei es wegen der immanenten Zusammenhänge jeder Rechtsordnung, seiner empirischen Zwecke, die er um jeden Preis zu erreichen wünscht, nicht mehr durch die Rechtsordnung sich garantieren kann.“

Und wenn die Polizei sich auch überall gleicht, so ist sie in absoluten Monarchien weniger verheerend, weil sich legislative und exekutive Macht im Herrscher vereinigt, während sie in Demokratien „größte Entartung der Gewalt bezugt“.

Gewalt als Mittel ist entweder rechtsetzend oder rechtserhaltend, daraus folgt, daß sie (als Mittel) an der Problematik des Rechts teilhat.

Eine völlig gewaltlose Beilegung von Konflikten kann niemals auf einen Rechtsvertrag hinauslaufen, weil er einem Gegen-Teil das Recht gibt, bei Vertragsbruch Gewalt anzuwenden. Ohne das Bewußtsein der latenten Anwesenheit von Gewalt verfällt ein Rechtsinstitut.

Selbst Kompromisse beinhalten Gewalt, indem der Gedanke der vollkommenen Durchsetzung eines Ziels hiatangestellt wird und „der Zwangscharakter nicht weggedacht werden kann. Besser wäre es au-

ders -- ist das Grundeempfinden jedes Kompromisses“ (Unger).

Die gewaltlose Beilegung von Konflikten ist dennoch möglich, „wo die Kultur des Herzens den Menschen das Mittel der Übereinkunft an die Hand gegeben hat.“ Durch subjektive Voraussetzungen sind sie (reine Mittel) jedoch nicht gesichert. Die objektive Erscheinung bestimmt das Gesetz und reine Mittel sind mittelbare Lösungen, da sich die Schlichtung der Konflikte auf dem Weg über Sachen vollzieht.

Ursprünglich war die Lüge straflos (es gibt eine gewaltlose Sphäre menschlicher Übereinkunft), erst später hat die Rechtsgewalt sie seiner Höhe unterzogen und als Betrug geahndet, nicht aus moralischen Gründen, sondern aus Furcht vor den Gewalttätigkeiten, die im Betrogenen ausgelöst werden können. Die Anwendung reiner Mittel wird gemindert, „denn im Verbot des Betruges schränkt das Recht den Gebrauch völlig gewaltloser Mittel ein, weil diese reaktiv Gewalt erzeugen könnten.“

Im Klassenkampf kann der Streik als gewissermaßen reines Mittel gesehen werden. Sorel unterscheidet politischen und proletarischen Streik. „Der politische Generalstreik demonstriert, wie der Staat nichts von seiner Kraft verlieren wird, wie die Macht von Privilegierten auf Privilegierte übergeht, wie die Masse der Produzenten ihre Herren wechseln wird“ (Sorel). „Diesem politischen Generalstreik gegenüber setzt der proletarische sich die eine einzige Aufgabe der Vernichtung der Staatsgewalt.“ Der Staat soll aufgehoben werden, der Streik dient nicht dazu, die Arbeit modifiziert wieder aufzunehmen, sondern eine gänzlich vom Staat freie Arbeit zu beginnen.

Der politische Streik ist daher rechtsetzend, der proletarische anarchistisch.

Wenn auch die Wirtschaft gesamt gesehen „... einer Bestie, die rast, sobald ihr Bändiger ihr den Rücken gekehrt hat“, gleicht, so darf über die Gewaltsamkeit einer Handlung allein nach dem Gesetz der Mittel geurteilt werden.

Es haben sich in der Geschichte Formen der friedlichen Übereinkunft in Konfliktsituationen herausgebildet, Diplomaten verhandeln wie Privatpersonen, im Namen ihrer Staaten, diese Formen sind aber äußerlich geworden.

Die Gewaltlosigkeit bleibt in jedem Rechtssystem letztlich unvollziehbar. Wie wahr sind also die Grunddogmen: Gerechte Zwecke durch berechnete Mittel; berechnete Mittel an gerechte Zwecke? Was, wenn schicksalmäßige Gewalt als berechtigtes Mittel mit gerechten Zwecken unvereinbar wäre? Was, wenn eine andere Art von Gewalt zu jenen Zwecken, weder als berechtigtes noch unberechtigtes Mittel zueinander stehen? Der Zorn kann als Gewalt sich nicht als Mittel auf einen vorbestimmten Zweck beziehen. Die Gewalt ist hier nicht Mittel, sondern Manifestation. Im Mythos steht die Gewalt als Manifestation des Daseins der Götter, ist als objektiviertes Zeichen der Gewalt krisierbar.

Die unmittelbare Gewalt in mythologischen Manifestationen erweist sich mit der rechtsetzenden identisch, obzwar die kriegerische Gewalt mittelbar ist.

In der Rechtsetzung aber wird das, was als Recht (Zweck) eingesetzt wird, mit Gewalt als Mittel eingesetzt und die Gewalt dankt nicht ab, sondern macht sie erst jetzt rechtsetzend, der an sie gebundene Zweck als Recht wird unter dem Begriff Macht eingesetzt.

Rechtsetzung als Machtsetzung ist unmittelbare Gewalt. Macht ist das Prinzip aller mythischen Rechtsetzung. Dieses Prinzip erfährt auch seine Anwendung im Staatsrecht, nämlich die Grenzsetzung „Friede“ ist das Überphänomen rechtsetzender Gewalt überhaupt.

Macht soll gewährleistet werden und bei der Grenzsetzung wird der Gegner nicht vernichtet, es werden ihm sogar Rechte zuekannt, „gleiche“ Rechte, es darf hier wie dort dieselbe Linie nicht überschritten werden. (Anatole France: Sie verbieten es Armen und Reichen gleichmaßen, unter Brückenbogen zu nächtigen.) Nach Sorel ist jedes Recht in den Anfängen das Vor-Recht der Könige, der Herrscher, eben der Mächtigen gewesen.

Unter dem Gesichtspunkt der Gewalt, nur sie garantiert Recht, gibt es keine Gleichheit, sondern gleich große Gewalten. Weil die mythische Manifestation der unmittelbaren Gewalt mit der Rechtsgewalt identisch ist und verderblich, ist sie zu vernichten.

Dem Mythos tritt Gott, der mythischen Gewalt die göttliche gegenüber; der mythisch rechtsetzenden Gewalt die göttliche rechtsvernichtende. Ist im Mythos die Strafe (schicksalhaft) sühnend und rechtsetzend, so ist die göttliche entsühnend, d. h. das Leben wird zwar diesscits ausgeschaltet, somit auch dem Recht entzogen, da Recht nur über Lebende Herrschaft hat, und das Opfer, das gebracht worden ist, wird angenommen, der Körper tot, die Seele aber gerettet.

Es bedeutet jedoch nicht, daß diese reine oder göttliche Gewalt, auch nach folgerichtiger Deduktion, den Menschen als letale Gewalt gegeneinander freigegeben werde.

Unverrückbar steht das Gebot: Du sollst nicht töten, begründet; aber nicht jegliche Verurteilung für gewaltsames Töten. Das Gebot steht nicht als Maßstab des Urteils, sondern als Richtschnur des Handelns für eine Person oder eine Gemeinschaft.

Ferner steht der Satz von der Heiligkeit des Lebens, der auf die tierische und pflanzliche Umwelt ausgeweitet oder nur auf die Menschen eingeschränkt bezogen werden kann. „Töte ich nicht, so errichte ich nimmermehr das Weltreich der Gerechtigkeit...“, so denkt der geistige Terrorist... Wir aber bekennen, daß höher noch als Glück und Gerechtigkeit eines Daseins — Dasein an sich steht“ (Kurt Hiller)! Falsch ist der Satz (so wie ihn der Verfasser versteht) und unanwendbar, wenn er das bloße Dasein meint, daß dies höher als gerechtes Dasein steht; richtig, wenn er das Nichtsein des Menschen fürchtbarer als das Nichtsein des gerechten Menschen ansieht. Der Satz von der Heiligkeit des bloß unbewußten Seins hat, wenn auch ein neues Theorem, „die letzte Verirrung der geschwächten abendländischen Tradition“, seine Wurzeln im alten mythischen Denken.

Da die mythische Gewalt, obwohl in ihrem Ursprung rein, sich zu Rechtsetzung entwickelt hat und die gegenwärtigen Rechtsformen beeinflusst, ist einzig die göttliche Gewalt rein. „Sie vermag im wahren Kriege genauso zu erscheinen wie im Gottesgericht der Menge am Verbrecher.“

„Die göttliche Gewalt, welche Insignum und Sieger, niemals Mittel heiliger Vollstreckung ist, mag die waltende heißen.“

(„Die Kritik der Gewalt ist die Philosophie ihrer Geschichte.“)



Verfolgungswahn - Eine SKOLAST-Befragung

Der SKOLAST hat einige Leute in Bozen befragt, wie ihr Verhältnis zur anderen Volksgruppe aussieht und wie sie sich in der ganzen Problematik zu rechtfinden. Hier einige Auszüge aus den Gesprächen.

Teresa — impiegata

Come identità etnica, mi sento altoatesina. Secondo me l'Alto Adige è sempre stato un posto di incontro fra due culture. E' inutile fare la suddivisione fra i due gruppi etnici perché nessuno può dire: abbiamo una cultura esclusivamente nostra. Per me tutti quanti dovremmo essere disponibili a cogliere quello che c'è di buono nell'altra cultura.

Georg — Angestellter

Der gegenseitige Respekt und Sinn für Gerechtigkeit ist die geeignetste Grundlage für das Zusammenleben der verschiedenen Sprachgruppen. Die Bereitschaft zur Zweisprachigkeit und der Wille, die zweite Sprache zu erlernen, ist eine Voraussetzung dafür, Vorurteile abzubauen und sich besser zu verständigen.

Concetta — casalinga

Io non vorrei andarvene via. L'ambiente mi piace, mi sento altoatesina. Esiste anche la popolazione italiana altoatesina. E' chiaro che ognuno vive bene nell'ambiente in cui è nato. Ho acquisito, in certo modo di vivere, mangio i congedelli, ho arredato la mia casa in stile tirolese e ho acquisito altri abiti di vita del Südtirol.

Maria — Hausfrau

Von Politik verstehe ich nichts. Ich bin aber überzeugt, daß es sehr wichtig ist, daß Deutsche und Italiener miteinander auskommen.

Fadia — casalinga

Quello che io non accetto è questo fondamentalmente: si tende a valutare troppo e prendere come unica via di culturizzazione provinciale la cultura popolare tedesca o sudtirolese. Di spazi, anche all'avanguardia delle culture nel senso teatrale o musicale, anche in senso classico, qui e evidentemente vengono negati gli spazi, le sale ecc., di cui specialmente la gioventù ne sente il bisogno.

Hans — Arbeiter

Die Italiener wollen alle Vorteile, die wir in Südtirol haben; sich anpassen, das ist nicht drin. Es fängt schon bei der Zweisprachigkeitsprüfung an...

Jemandwam müssen unsere Politiker Entscheidungen in diesem Sinne treffen. Die Einwanderung wäre sonst wieder nicht mehr aufzuhalten.

Antonio — disegnatore tecnico

Penso che le interferenze e le difficoltà di intendersi dipendono dalla diffidenza che è innata nella popolazione di madrelingua tedesca, verso tutti che non sono come loro. Rispetto a italiani magari si accenna per certe visioni politiche e culturali in generale.

Luis — Lehrer

Ich glaube, die Italiener leiden unter Verfolgungswahn. Dauernd haben sie Schwierigkeiten, ich meine, die hat jeder. Die Italiener in Südtirol deduzieren sie immer aus ihren ethnischen Anderssein.

Sandra — insegnante scuola materna

Per quanto riguarda il bilinguismo ovvero la lingua in generale, credo che non sia assolutamente indispensabile parlare. Ci si può capire benissimo anche senza. Ci sono i mimi che riescono a farsi capire dalla gente di tutto il mondo senza parlare. E' una cosa non capirsi a causa della lingua.

Eva — Lehrerin

Zweisprachigkeit hin oder her, ich finde es lästig, wenn bei Konzerten oder Theateren deutsche Künstler spielen und jedesmal jemand da sein muß, der alles für die Italiener übersetzt. Sie können sich endlich anstrengen, Deutsch zu lernen.

Anna — assistente sociale

Trovo negativo il fatto delle opzioni: se ti sentresti altoatesina e basta non trovi mai lavoro, o casa, o al limite, non sai in che chiesa andare. Se vuoi fare un lavoro impiegatizio ti chiedo

vo se sei plurilingue. Se tu dici di no, ti danno centomila lire di meno al mese, e se ti va bene, altrimenti fòi o meno di lavorare. E' assurdo, perché si creano delle barriere non solo etniche, ma anche materiali.

Rosi — Studentin

Es soll noch Leute geben, die nicht begriffen haben, daß das „Italienproblem“ kein reales, sondern nur ein für Politiker nützliches Problem ist. Hilfen sie nicht hier „Walsche“, da „erocchi“, müßten sie sich endlich mit sozialen Problemen befassen.

Marco — studente

Io la cultura pura altoatesina non l'ho ancora vista. Se guardiamo i libri di scuola, sono libri germanici, austriaci, o al limite i bambini tedeschi studiano la vita dei personaggi più importanti italiani. Come se un Gaismaier o Noldin, o Hofer fossero stati personaggi di poco influenti...

Jakob — Schüler

Ich habe nichts gegen Italiener, warum auch. Viele sind hier geboren, wie ich auch, das ist ihre Stadt. Ich lebe in einem italienischen Viertel, kann aber nicht sagen, daß ich meine Kultur oder sonstwas zu Gunsten der italienischen abgegeben habe. Ich danke, auf lange Sicht wird die Entwicklung zur Italianisierung in Südtirol nicht aufzuhalten sein. Was soll's.

Franco — infermiere

La cultura del mio posto d'origine è abbastanza diversa da quella che è qui. Accettando e credendo nella bontà della mia cultura accetto in pieno quella che è la cultura che viene fatta in Alto Adige. Credo che sia giusto l'accettazione delle culture dei popoli di ogni situazione sociale e che si debba lasciare lo spazio per la loro azione. Sarei stimolato ad osservare e studiare quello che è la cultura che qui viene vissuta e che di riflesso influenza le persone, particolarmente quelli di gruppo linguistico tedesco.

Wichtige Information für zukünftige Lehrer!

Das italienische Gesetz (Supplemento ordinario al Bollettino ufficiale, parte I, Juli 1974, Nr. 27—28) sieht vor, daß mit dem erlangten Studientitel in den italienischen Mittel- und Oberschulen nur bestimmte Fächerkombinationen unterrichtet werden können.

In letzter Zeit häuften sich diesbezüglich die Anfragen zukünftiger Lehrer, so daß der Vorstand der SH beschlossen hat, zu diesem Themenkomplex eine Informationsschrift herauszugeben.

Wer daran interessiert ist, dieses INFO gratis zu beziehen, soll im Büro der SH Bozen telefonisch (0471/2 46 14) oder schriftlich (SH Bozen, Weltherhaus, 4. Stock, 39100 Bozen) seine Adresse hinterlegen.

Der Vorstand der SH

Frühkindlicher Zweisprachenunterricht

Bemerkungen zum Problem des Deutschunterrichts an italienischen Kindergärten

Die Sprache spielt in einem Gebiet, in dem mehrere Sprachgruppen leben, eine zentrale Rolle und ist oft Grund von Mißverständnissen, gegenseitigen Vorurteilen und Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der verschiedenen Sprachgruppen.

Ein in der letzten Zeit in Südtirol häufig diskutiertes Problem ist die probeweise Einführung des Deutschunterrichts in den italienischen Kindergärten.

Die oft recht unsachliche Art der Diskussionsführung um dieses Problem hat mich bewogen, mich näher damit auseinanderzusetzen und die Gründe, die für oder gegen ein solches Vorhaben sprechen, näher zu untersuchen.

Auf internationaler Ebene wurde und wird über Zwei- und Mehrsprachigkeit recht häufig diskutiert, und es gibt sehr viel Literatur zu diesem Thema. Eher klein an der Zahl aber sind die Publikationen, die sich mit dem Erwerb früher Zweisprachigkeit befassen.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß das Phänomen, fremde Sprachen bereits von früher Kindheit an zu lernen, sehr alt ist und nicht erst eine Erscheinung unserer Zeit. Es waren die privilegierten Kinder des Adels, die sich dem 16. und 17. Jahrhundert fremdsprachige Erzieher bekamen, um deren Sprache möglichst früh und auf natürliche Weise zu lernen. Später begannen auch angesehenere Bürgerfamilien sich fremdsprachige Gouvernanten zu halten und langsam wurde Fremdsprachenunterricht auch in Privatschulen angeboten¹⁾.

In den meisten Ländern der westlichen Welt wird Fremdsprachenunterricht zur Zeit nicht vor der Sekundarstufe erteilt, und eine einigermaßen gute Beherrschung einer Fremdsprache ist dadurch auch heute noch meist jenen vorbehalten, die nach der Pflichtschule eine weiterführende Schule besuchen.

Einnützig wird von den Pädagogen der verschiedenen Nationen seit langem zwar die Notwendigkeit einer verstärkten Zwei- und Mehrsprachigkeit — im Sinne einer besseren Völkerverständigung — verlangt. In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts konzentrierte sich die Diskussion aber vorwiegend auf die Erarbeitung von Lehrmethoden für den Fremdsprachenunterricht und nicht auf die Frage nach dem altersmäßigen Beginn eines solchen.

Erst in jüngster Zeit ist ein steigendes Interesse an der frühen Zweispra-

chigkeit auf breiter Ebene und auch eine wissenschaftliche Diskussion dieses Problems festzustellen.

Einerseits haben die aus einer verstärkten Fremdsprachenkenntnis resultierenden wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Vorteile ein steigendes Prestige des Fremdsprachenlernens bewirkt. Andererseits führt die weitläufige Überzeugung, daß eine Fremdsprache am besten während der Kindheit erlernt wird, zu einem steigenden Interesse an einem möglichst frühen Fremdsprachenunterricht. Bei einem Großteil der Arbeiten über frühkindliche Zweisprachigkeit handelt es sich um biographische Studien, geschrieben von Eltern, die ihre Kinder zwei- oder mehrsprachig erzogen haben²⁾. Die Beobachtungen beschränken sich meist auf recht wenige Kinder³⁾ und im allgemeinen auch auf verhältnismäßig kurze Zeit. Die Ergebnisse früher Zweisprachigkeit werden von diesen Autoren durchwegs als sehr positiv gewertet.

So schreibt W. F. Leopold: „Aufgrund meiner Erfahrungen teile ich die vielfach geäußerten Bedenken gegen die Zweisprachigkeit nicht. Ich habe bei meinen (mittelmäßig begabten) Töchtern keinerlei Schädigung festgestellt können.“

De Manteis schreibt: „Die vorliegende Arbeit hat den Beweis erbracht, daß das Kind in dem Maße, in dem es sprachliche Kompetenz mehrerer Sprachmodelle zu erwerben...⁴⁾... Aus den bisherigen Arbeiten geht eindeutig hervor, daß das Kind mit relativer Leichtigkeit sich eine zweite Sprache einignet und sie benutzt... Mit Ruke-Dravina können wir abschließend behaupten, daß es bei Mehrsprachigen keine Komplikationen psychologischer oder soziologischer Art gibt, die größer wären als bei Einsprachigen.“

Ruke-Dravina hält fest: „Vom sprachlichen Gesichtspunkt aus bedeutet die Erlernung einer Zweitsprache einen unbestreitbaren Gewinn. In frühen Jahren und ebenso natürlich wie seine Erstsprache erlernt das Kind eine Zweitsprache auf eine leichtere und schnellere Weise, als dies später im Schulunterricht möglich wäre.“

Die eben zitierten Arbeiten geben eine Fülle von Beobachtungen wieder und lassen auch einige allgemeine Hinweise auf die kindliche Sprachentwicklung zu; da sie aber, wie schon gesagt, auf wenige Untersuchungspersonen beschränkt sind, lassen sich kaum allgemeingültige Schlüsse ziehen und Konsequenzen ableiten. Auch ist zu bedenken, daß die Kinder unter sprachlich

und soziologisch sehr günstigen Bedingungen aufgewachsen sind (Eltern Akademiker bzw. Sprachwissenschaftler und selbst mehrsprachig) und die Förderung durch das Elternhaus sicher keine unbedeutende Rolle gespielt hat.

In den fünfziger Jahren begannen sich verschiedene Organisationen, unter anderem auch die UNESCO mit dem Problem früher Zweisprachigkeit auseinanderzusetzen⁵⁾.

Die Fragestellung war damals: Ist es notwendig, den Unterricht der zweiten Sprache viel früher beginnen zu lassen, als es in den gegenwärtigen Schulsystemen der Fall ist, und wenn ja, wann muß damit begonnen werden.

Es wurden in der Folge in vielen Ländern, aber vor allem in den USA Untersuchungen zur frühen Erlernung der Zweitsprache durchgeführt. Man muß betonen, daß es sich bei diesen Studien — im Gegensatz zu den vorhin zitierten biographischen — um Untersuchungen handelt, bei denen jeweils eine große Zahl von Kindern aller Alters- und Schulstufen getestet wurde. Aber der Großteil dieser Arbeiten beschäftigt sich mit der Frage, ob Zweitsprachenunterricht schon auf der Primarstufe oder, wie in den meisten Ländern üblich, erst auf der Sekundarstufe, erteilt werden soll. Die Ergebnisse (die aus diesem Grund nur bedingt Schlüsse auf die aktuelle Problemstellung in Südtirol zulassen) sind sehr verschieden und reichen von enthusiastischer Befürwortung bis zu strikter Ablehnung eines frühen Fremdsprachenunterrichts.

Die Gründe dafür sind, daß die Studien unter sehr verschiedenen Voraussetzungen durchgeführt wurden und sehr viele, sich ungünstig auswirkende Faktoren oft nicht mit berücksichtigt wurden. So wurden viele Tests bei Emigrantenkindern durchgeführt⁶⁾, wo die ungünstigen sozialen Voraussetzungen die zum Teil negativen Ergebnisse sicherlich mehr beeinflusst haben als die Zweisprachigkeit.

Eine vor allem für unsere Fragen komplex interessante Studie ist die von Lambert über Zweitsprachenunterricht in der Vorschule. Die Studie wurde im zweisprachigen Gebiet von Kanada durchgeführt. Zwei Klassen Kinder englischer Muttersprache wurden im Kindergarten vorwiegend, in der ersten Klasse Volksschule ausschließlich und in der 2. Klasse wieder vorwiegend in der Fremdsprache (Französisch) unterrichtet. Die Ergebnisse waren sehr positiv. Die Kinder zeigten in der Zweitsprache eine annähernd muttersprachliche Kompetenz, und ihre muttersprachlichen Fertigkeiten zeigten den gleichen Stand wie die nur in der Muttersprache unterrichteten Vergleichspersonen. Lambert bezeichnet die Resultate der zweisprachigen Erziehung als extrem effizient, noch mehr als man am Anfang angenommen hatte⁷⁾.

Die zentralen Fragen in der Diskussion um den Fremdsprachenunterricht sind nach wie vor folgende:

- Existiert eine bestimmte Phase, die die Erlernung und Entwicklung von Sprachen begünstigt, und wird außerhalb dieser Phase dieser Prozeß erschwert?
- Wann ist das beste Alter, mit dem Fremdsprachenunterricht zu beginnen?

Zur ersten Frage stellt Penfield (1), ein kanadischer Neurologe und Neurochirurg fest: „Der kindliche Organismus besitzt die Fähigkeit, neue linguistische Mechanismen aufzunehmen, eine Fähigkeit, die der Erwachsene nicht mehr im selben Maße besitzt. Konsequenterweise muß man die Plastizität des Gehirns in den ersten Lebensjahren nutzen, denn für ein jüngeres Gehirn ist es nicht viel schwieriger, zwei oder drei Sprachen zu lernen als eine.“

Empirisch bewiesen ist die Tatsache, daß es, je erwachsener eine Person zur Zeit des ersten Kontaktes mit einer neuen Sprache ist, umso unwahrscheinlicher ist, daß sie die völlige Beherrschung dieser Sprache erlangen wird (2). Dies gilt vor allem für die phonetische Ebene. Durch frühen Kontakt mit einer Zweitsprache eignet sich das Kind einen stark erweiterten Lautbestand an. Dies bezieht sich nicht nur auf einzelne Laute, sondern auch auf die in den Sprachen vorkommenden Lautverbindungen und anderen prosodischen Eigenarten wie Akzent und Intonationsverhältnisse. Die Kindersprachforschung hat bewiesen, daß schon sehr kleine Kinder eine große Anzahl Laute in ihrem Lallen hervorbringen und die allerverschiedensten Lautvarianten nachahmen können, aber daß nur jene Laute sich zu Phonen des künftigen Sprachsystems entwickeln, deren Vorbilder in der Sprache des umgebenden Sprachsystems zu hören sind. Je reichlicher der Lautbestand der umgebenden Sprache, desto umfassender wird auch der Phonenvorrat des kleinen Kindes sein (3). Aber die elastische Anpassungsfähigkeit an die Lautungsverhältnisse einer Sprache erlahmt mit der Zeit, und die Artikulationsgewohnheiten der Kindheit können im späteren Leben wohl modifiziert, aber nicht ganz beseitigt werden (4).

Die Frage nach dem günstigsten Zeitpunkt beantwortet Penfield folgendermaßen: „Das günstigste Alter für einen kontinuierlichen Fremdsprachenunterricht scheint zwischen dem vierten bis achten Lebensjahr zu liegen, spätestens aber mit acht, neun, zehn Jahren. In dieser Zeit hat das Gehirn eine große Elastizität und die spezielle Kapazität, die notwendig ist für die Aufnahme von Wörtern und die Fähigkeit, den Klang, die Intonation und den Rhythmus einer Sprache zu erlernen und die linguistischen Strukturen mit einer gewissen Leichtigkeit zu handhaben (5).“

Wenn man die bisherigen Studien zum Problem der Zweisprachigkeit vergleicht, kommt man zu dem Schluß, daß die Wissenschaft selbst heute noch keine endgültigen Aussagen über die Folgen frühen Zweisprachigkeit ma-

chen kann. Es gibt viele Gründe, die für einen frühen Zweitsprachenunterricht sprechen, und zahlenmäßig überwogen jene Studien, die bestreiten, daß frühe Zweisprachigkeit negative Folgen auf die geistige Entwicklung des Kindes haben (6).

Lüfel Weisreich schreibt in seinem Buch „Sprache in Kontakt“: „Die Auswirkungen dessen, daß man Kinder zu verschiedenen Zeitpunkten mit einer zweiten Sprache konfrontiert, sind nicht richtig getestet worden. Die Konzentration des Fremdsprachenunterrichts auf die Bildungseinrichtungen höherer Stufen einerseits und andererseits der Umstand, daß in zweisprachigen Gebieten die Unterweisung in der zweiten Sprache für gewöhnlich aus den ersten Klassen der Grundschule herausgehalten wird, spiegeln wider, was gemeinhin für das optimale Alter zur Erlernung zweiter Sprachen gehalten wird: zehn oder elf Jahre. Unter der Beteiligung qualifizierter Sprachwissenschaftler vorgenommene Unterrichtsexperimente zu den Auswirkungen früherer oder späterer Konfrontation mit einer zweiten Sprache über die Redetätigkeit in dieser Sprache wären zweifellos ein lohnendes Unternehmen (7).“

Die Probleme psychologischer, linguistischer, soziologischer und pädagogischer Art in diesem Bereich sind zahlreich und komplex. Dies erfordert die Studien auf internationaler Ebene zu intensivieren, um die offenen Fragen früher Zweisprachigkeit zu klären und die sich günstig oder ungünstig auswirkenden Faktoren zu eruieren und fruchtbringende didaktische Unterrichtskonzepte zu erstellen.

Aber da sich jedes Land unterschiedlichen Bedingungen mit dem Problem der Zweisprachigkeit gegenüber sieht, sind Erfahrungen und Unterrichtsmodelle nicht unbedingt übertragbar. Die Wahl der Sprache, der Unterrichtsmethode u. a. m. wird sich den jeweiligen kulturellen, politischen und sozialen Bedürfnissen eines Gebietes anpassen müssen. Es ist ein Unterschied, ob es sich um eine Sprachgemeinschaft mit einer weitreichenden Kultursprache handelt oder um eine Gruppe, deren Muttersprache nur die Kommunikation auf kleinem Raum ermöglicht. Auch wird das Konzept in einem zweisprachigen Gebiet ein anderes sein müssen als in einem einsprachigen.

Damit möchte ich auf die aktuelle Situation in Südtirol überleiten. Es gilt zunächst eine Prämisse festzuhalten: Einig ist man sich in Südtirol darüber, daß auf Grund der Tatsache, daß mehrere Sprachgemeinschaften nebeneinander leben, das politische, kulturelle und soziale Leben nur funktionieren kann, wenn ein größtmögliches Maß an Zweisprachigkeit, das alle Bevölkerungsschichten umfaßt, gegeben ist. Die erfolgreiche Bestehung der Zweisprachigkeitsprüfung, die seit 1977 Voraussetzung für eine Stelle im öffentlichen Dienst ist, hat das Interesse an der Zweisprachigkeit noch gesteigert.

Wenn man die Durchfallquote bei den Doppelsprachigkeitsprüfungen betrachtet, fällt auf, daß auf Seiten der Italiener der Prozentsatz wesentlich höher ist als auf Seiten der Deutschsprachigen. Man kann daraus ableiten, daß die Italienischkenntnisse der Deutschsprachigen im allgemeinen besser sind als umgekehrt. Die Gründe dafür sind verschiedene.

In der Vergangenheit war die Notwendigkeit einigermaßen guter Italienischkenntnisse für die deutsche Volksgemeinschaft unerlässlich für das berufliche und soziale Fortkommen. Die Schule hat in den meisten Fällen diese notwendigen Kenntnisse vermittelt oder wenigstens die Basis dafür geschaffen.

Auf italienischer Seite war diese Notwendigkeit kaum gegeben, weil sie sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens mit ihrer Muttersprache verständigen konnten. Deshalb wurde in der Schule auch nicht so großer Wert auf die Erlernung der Zweitsprache gelegt. Niedrigere Stundenzahl und Erteilung der Zweisprachenunterrichts von Lehrern, die für das Deutsche oft auch nur Zweitsprache war, sind einige Gründe dafür, daß die italienischen Kinder nicht im selben Maße auf die Zweisprachigkeit vorbereitet wurden wie die Deutschen.

Aber es gibt auch andere Gründe, die den Italienern das Erlernen der Zweitsprache erschweren.

Die deutsche Sprache kommt in Südtirol in drei Sprachebenen vor: als Mundart, als Umgangssprache und als Hochsprache (8).

Die Zuwanderung der Italiener aus den verschiedensten italienischen Herkunftsgebieten und die Notwendigkeit einer allgemeinverständlichen Verkehrssprache hat bewirkt, daß sich in Südtirol ein Standard-Italienisch durchgesetzt hat, das frei von dialektalen Einflüssen ist.

Die Tatsache, daß die von der deutschen Bevölkerung im Alltagsleben hauptsächlich verwendete Sprache die Mundart ist, führt dazu, daß der Italiener seine, in der Schule erworbenen hochdeutschen Sprachkenntnisse oft kaum einsetzen kann und auch die Sprache der deutschen Bevölkerung nicht versteht. Er hat dadurch auch kaum Gelegenheit, seine Zweisprachenkenntnisse durch Übung im Sprechen zu verfestigen.

Häufig ist zu beobachten, daß Südtiroler Mundartsprecher lieber auf Italienisch wechseln, wenn sie mit Italienern, die zwar die deutsche Hochsprache, nicht aber die Mundart sprechen, kommunizieren wollen.

Die Tatsache, daß die Italiener, aus welchem Grund auch immer, größere Schwierigkeiten haben, die für das Leben in Südtirol unerlässliche Zweisprachigkeit zu erwerben, hat dazu geführt, daß ein Großteil der italienischen Eltern sich für einen Zweisprachenunterricht bereits im Kindergarten ausgesprochen hat. Besonders in den letzten Monaten wurde dieses Problem heftig diskutiert. Im März 1980 wurde ein entsprechender Gesetzesan-

trag im Südtiroler Landtag eingebracht, der von der SVP aber mit schärfster Ablehnung wurde.

Die Gründe der SVP gegen den vorzeitigen Unterricht der zweiten Sprache in den Südtiroler Kindergärten sind festgehalten in der Broschüre von Landesrat Dr. Anton Zelger „Ja zur Zweisprachigkeit – nein zur Mischkultur in Südtirol“²¹⁾.

Die genannten Gegenargumente sind „juridischer, didaktisch-pädagogischer und kultur- und gesellschaftspolitischer Art“²²⁾.

Als juridisches Hindernis eines solchen Vorhabens wird der Artikel 19 des Autonomiestatuts genannt, der besagt: „In der Provinz Bozen wird der Unterricht in den Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen in der Muttersprache der Schüler erteilt... von Lehrkräften, für welche die betreffende Sprache ebenfalls Muttersprache ist. In den Grundschulen, von der 2. oder 3. an... und in den Sekundarschulen ist der Unterricht der zweiten Sprache Pflicht.“²³⁾

Zelger geht in der erwähnten Broschüre auch auf die pädagogischen Gegenargumente ein, die für ihn, wie er schreibt „in diesem Zusammenhang ebenso wichtig sind, wie die rechtlichen“²⁴⁾.

Er schreibt dazu: „Für die Allgemeinheit, für einzelne Klassen, das frühzeitige Erlernen einer zweiten Sprache auch nur auf freiwilliger Basis – etwa im Kindergarten – einzuführen, das ist sowohl didaktisch-pädagogisch wie auch vom sprachwissenschaftlichen Standpunkt aus nicht vertretbar“²⁵⁾. ... Im Kindergarten geht es in erster Linie darum, die eigene Muttersprache in ihrer Schönheit und Reinheit zu erlernen... Alles was hier quer liegt oder diese Entwicklung erschwert, kann für die überwiegende Mehrheit der Kinder nur Verwirrung stiften, Unsicherheit erzeugen, die Sprach- und Sprechentwicklung verzögern oder geradezu verhindern, möglicherweise auch zu schweren psychischen Belastungen führen“²⁶⁾.

Die kultur- und gesellschaftspolitischen Gegenargumente lassen sich am besten an Hand einiger Zitate aus der erwähnten Broschüre darstellen. „Wenn wir unsere Situation als deutsche volkliche Minderheit sehen und analysieren, müssen wir gegen den Vorschlag sein, auch dann dagegen sein, wenn dieses Verlangen derzeit sich nur auf die italienische Sprachgruppe bezieht. Letzten Endes aber auch in unseren Reihen zu opportunistischen Mißverständnissen, zu Verwirrung, Mischung und Verwischung führen würde“²⁷⁾. ... Demgegenüber und gegenüber allen anderen Bemühungen (wie Schulversuche), die nur eine Vermischung und Verwischung klarer Verhältnisse zum Ziele haben, werden wir uns zu wehren wissen, und zwar zu wehren wissen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“²⁸⁾.

Diese letzten Aussagen dokumentieren am besten die emotionale und unsachliche Art, mit der man sich auf

seiten der SVP mit diesem Problem auseinandersetzt.

Wenn Zelger schreibt, daß die pädagogische Seite des Problems ebenso wichtig ist wie die rechtliche, muß ich ihm recht geben. Ich würde sogar noch weiter gehen und sagen, daß diese Seite die wichtigste ist.

Aber die Argumentationsweise Zelters, gerade in diesem Punkt, ist meiner Ansicht nach politische Spekulation über ein in erster Linie sprachwissenschaftlich-pädagogisches Problem, und es wäre wünschenswert, endlich mit wissenschaftlicher Sachlichkeit an diese Problematik heranzugehen.

Wie im ersten Teil dargelegt, sind die von Zelger als sicher beschriebenen negativen Auswirkungen frühkindlicher Zweisprachigkeit keinesfalls wissenschaftlich erwiesen. Im Gegensatz, viele Untersuchungen zu diesem Problemkreis sprechen für einen frühen Zweisprachenunterricht. Von vielen international anerkannten Sprachwissenschaftlern und Pädagogen wird empfohlen, die Untersuchungen auf diesem Gebiet auf breiter Ebene zu intensivieren, um die noch offenen Fragen zu klären und Modelle eines effizienteren Zweisprachenunterrichts zu erarbeiten“²⁹⁾.

Die Situation in Südtirol scheint mir besonders günstig, eine wissenschaftliche Untersuchung auf diesem Gebiet durchzuführen“³⁰⁾ und auf freiwilliger Basis den Deutschunterricht in italienischen Kindergärten einzuführen“³¹⁾.

Es gibt einige Faktoren, die ein günstiges Ergebnis eines solchen frühen Kontakts mit der Zweitsprache erwarten lassen.

Dadurch, daß von seiten der Eltern ein großes Interesse an der frühen Zweisprachigkeit besteht, ist zu erwarten, daß sich diese positive Einstellung günstig für das Kind auswirkt. Außerdem ist durch die spezielle Situation in Südtirol zumindest der passive Kontakt mit der Zweitsprache in vielen Fällen schon von frühester Kindheit an gegeben, was sich positiv auf die Erlernung des aktiven Gebrauchs einer Sprache auswirkt“³²⁾. Dadurch, daß das Kind seine Fremdsprachenkenntnisse (etwa im Gegensatz zu einem einsprachigen Gebiet) meist auch praktisch einsetzen kann, ist eine viel stärkere Motivation zum Sprachenlernen gegeben. Auch kann die Tatsache, daß der Unterricht im Kindergarten auf spielerische Art und Weise (Lieder, Spiel...) und ohne schulischen Leistungsdruck erteilt wird, sich sehr positiv auswirken.

Wenn man über die pädagogischen und sprachwissenschaftlichen Probleme Klarheit hat, würden sich, wenn nötig, auch die juristischen Schwierigkeiten lösen lassen.

Der Artikel 19 des Autonomiestatuts legt eine (Minimal-) Pflicht für den Zweisprachenunterricht fest, verbietet aber nicht die frühere Erteilung eines solchen.

Sicher ist, daß eine von Kind auf positive Einstellung zur Zweitsprache

auch eine positive Haltung dem Sprecher dieser Sprachgemeinschaft gegenüber bewirkt und damit helfen kann, Vorurteile abzubauen und die Mauer zwischen den Sprachgruppen niederzureißen. Sicher ist aber auch, daß, solange Politik nach der Devise „Je klarer wir trennen, desto besser verstehen wir uns“ gemacht wird, sich eine tolerante demokratische Haltung Andersdenkenden und Anderssprachigen gegenüber nicht entwickeln und der, gerade von seiten der SVP oft beschworene „europäische Geist“ nicht gedeihen kann.

Anmerkungen:

- 1) Titone Renato: Bilinguismo precoce e educazionale bilingue. Roma, 1972. S. 65.
- 2) Mario de Matteis: Mehrsprachigkeit Möglichkeiten und Grenzen. Phonologische, morphologische, syntaktische und semantische Studien zur Muttersprachigkeit bei Kindern. Frankfurt am Main, 1978.
- 3) Leopold Werner F.: Ein Kind lernt zwei Sprachen. in: Sprachforum 2. 1956. S. 248–252.
- 4) Ruke-Dravina: Mehrsprachigkeit im Vorschulalter. Lund, 1967.
- 5) Ruke-Dravina gibt neben den Beobachtungen ihrer Kinder auch eine Fülle von Hinweisen über das Sprachverhalten anderer zweisprachig erzogener Kinder.
- 6) Leopold W. F.: Ein Kind lernt zwei Sprachen. S. 151.
- 7) Mario de Matteis: Mehrsprachigkeit. S. 143.
- 8) a.a.O. S. 155.
- 9) Ruke-Dravina: Mehrsprachigkeit im Vorschulalter. S. 30.
- 10) R. Titone: Bilinguismo precoce. S. 69 f.
- 11) a.a.O. S. 111.
- 12) a.a.O. S. 117.
- 13) a.a.O. S. 79.
- 14) Uriel Weinreich: Sprachen in Kontakt. Ergebnisse und Probleme der Zweisprachigkeitsforschung. München, 1977. S. 186.
- 15) Ruke-Dravina: Mehrsprachigkeit im Vorschulalter. S. 87.
- 16) Uriel Weinreich: Sprachen in Kontakt. S. 103.
- 17) R. Titone: Bilinguismo precoce. S. 79.
- 18) U. Weinreich: Sprachen in Kontakt. S. 151.
- 19) a.a.O. S. 103.
- 20) Egger Kurt: Zweisprachigkeit in Südtirol. Bozen, 1977. S. 12.
- 21) Zelger Anton: Ja zur Zweisprachigkeit – nein zur Mischkultur in Südtirol (Broschüre der SVP-Fraktion im Südtiroler Landtag). Bozen, 1980.
- 22) Gazzetta ufficiale della Repubblica Italiana, Roma, 20. November 1972. Art. 19.
- 23) Zelger: Ja zur Zweisprachigkeit. S. 11.
- 24) a.a.O. S. 12.
- 25) a.a.O.
- 26) a.a.O.
- 27) R. Titone, Weinreich, de Matteis u.v.a.
- 28) Es müßten dabei Sprachwissenschaftler, Pädagogen und Psychologen zusammenarbeiten, um alle relevanten Aspekte zu untersuchen.
- 29) Es wäre besonders zu untersuchen, inwieweit die umgekehrte Situation, nämlich Italienischunterricht in deutschen Kindergärten problematischer wäre, da die deutschen Kinder fast ausschließlich die Muttersprache und das Lernen der Hochsprache in vielen Bereichen mit dem Lernen einer Fremdsprache zu vergleichen ist.
- 30) Ruke-Dravina: Mehrsprachigkeit im Vorschulalter. S. 98.

Warum ich die Italiener in Südtirol nicht mehr missen möchte

„In Innsbruck paßt mir's recht gut — aber die Italiener gehen einem schon ab“, so eine Südtiroler Studentin, aus einem Seitental, Oberschale in Meran, jetzt Studium an der „Landesuniversität“.

Ich würde auch ohne „die Italiener“ in Südtirol heute nicht leben wollen.

Dabei komme ich aus einem sprachlich und kulturell völlig „eindeutigen“ Hintergrund. Geboren und aufgewachsen in Sterzing, mit so mancher „wohlverdienter“ (und wohlverdienter) Verwandtschaft im Lande Tirol. Von den (bürgerlichen) Eltern mit sicherem Sprachgefühl ausgestattet. Auch das Schulbildungskurriculum ist einwandfrei. Nur mit dem Kindergarten, da stimmt's nicht: die Eltern, die selber mit Mühe als Erwachsene Italienisch lernen mußten, wollten mir diese Mühe erleichtern.

Loyalitätskonflikte erlebte ich erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in Bozen. Die große Stadt, die vielen Italiener, das Klima an der Schule und in der Presse, die ersten Attentate, der „Pfunderrer Prozeß“. Warum war meine Familie nicht so „patriotisch“ wie andere? Warum wollte sie für die Schützen nichts spenden?

Daß Tiroler Patrioten die Italiener nicht zu hassen brauchen und deutschnationales Getöse von all jenen, die gegen die Nazis gewesen waren, sehr mißtrauisch auf braune Untertöne hin abgehört wurde, mußte ich erst lernen. Dies kostete Reibungen mit dem vorherrschenden „sensus communis“.

Und weckte Interesse für die Italiener. Daß es auch unter ihnen Streit und Spannungen gab, daß sich z. B. Südtiroler von den nördlicheren Einwanderern diskriminiert fühlten, erfaßte ich erst nach und nach.

Ich begann es für wichtig zu halten, etwas zu tun, daß man sich gegenseitig kennenlernte, Vorurteile abbaute, Möglichkeiten zur (auch sprachlichen) Verständigung fand, sich durch entsprechenden Sinneswandel darauf einstellte.

Das ist auch heute noch so, etwa 20 Jahre später. Meine deutsche Muttersprache bedeutet mir sehr viel. Es schmerzt mich, sie in unserem Lande von den einen und den anderen so oft mißhandelt, ungeliebt, unverstanden, mißbraucht, unfunktioniert, verflacht, verarmt, verdrängt und umstritten zu erleben. Auch Tradition, Geschichte und Kultur Tirols bedeuten mir sehr viel. Deutsches Sprach- und Schriftgut in seiner gesamten Breite ist mir wert und heimisch — ohne deshalb Führer oder Reiche zu ersehnen, die vom Belt zum Ftsch oder vom Rhein zum Memel politisch zusammenschweißen, was sich heute durch staatliche und regionale Vielfalt auszeichnet. Der österreichischen, milden und pluralistischen Ader dieser Überlieferung weiß ich mich enger verpflichtet als anderen.

Muß man dies alles eigentlich zuerst schwarz auf weiß beteuern und beschwören, um auch sagen zu dürfen, daß man sich nicht in den cogen und „ge-

schlossenen“ Block der eigenen „deutschen Volksgruppe in Südtirol“ eingrenzen und abkapseln lassen will? Daß man sich vom Leben aller in Südtirol bestehenden Sprachgruppen nicht ausschließen lassen möchte?

Niemand soll mir das Recht nehmen dürfen, gegen die Einzäunung der Volksgruppen anzukämpfen und die Italiener heute in Südtirol nicht mehr ins Spiel zu wollen.

Da ist einmal die größere Beweglichkeit, die mit ihrer Anwesenheit zusammenhängt. Dinge und Empfindungen in mehr als einer Sprache zu benennen; verschiedene Lebensarten und -auffassungen zu kennen; Vergleiche anstellen zu können; die eigene Eigenart nicht absolut zu sehen; am Schnittpunkt von Kulturen und Einzugsbereichen zu leben — alles das schärft nun einmal die Fähigkeit zum Relativieren, zum Verstehen, zum Austausch. Wenn man sie sich nicht durch Schranken und Vorurteile verbaut.

Auch Neuenungen und Veränderungen, Aufgeschlossenheit für demokratische, soziale und politische Anliegen, kritische und alternative Tendenzen haben wir häufig der italienischen (Mit-)Präsenz in Südtirol zu danken. Nicht umsonst versucht die Gegenseite ständig, „walsch“ und „links“ gleichzusetzen und gemeinsam zu verteuflern.

Und vielleicht sollte man es als „saite Volksgruppe“ (wie sich Friedl Volgger und seine Freunde manchmal ausdrücken) auch nicht unterschätzen, was es bedeuten kann, mit der Unsicherheit und der (oft auch materiellen) Wurzellosigkeit anderer konfrontiert zu sein. Vielleicht liegt darin eine Herausforderung, die es uns noch rechtzeitig ersparen kann, auf bundesrepublikanische Verhältnisse hinzuweichen, wo die „Satttheit“ der einen ihre Kohärenz vor allem bei den Randgruppen und „Gast“arbeitern — und außer Landes! — zeigt.

Auch ein Beitrag zu unmittelbarer und zwangloser Menschlichkeit gehört zu dem, was ich als „Geschenk“ italienischer (Mit-)Präsenz in Südtirol schätzen und erwähnen möchte.

Der Vergleich mit dem österreichischen Tirol mag für jeden erkennbar erhehlen, „was uns die Italiener in Südtirol gebracht haben“.

Aldo: Ich möchte sie nicht mehr missen, unsere italienischsprachigen Landsleute in Südtirol. Und bin bereit, auch für ihr Heimatrecht einzustehen. Ob wo und ich natürlich weiß, das man sich dadurch auch verändert — und die anderen mit-verändert, wenn die gegenseitigen Beziehungen sich nicht auf den Notenaustausch an der Spitze beschränken.

Obwohl? Nein, eigentlich gerade deshalb. Und so wie ich mich als veränderbar empfinde, erwarte und betreibe ich dies auch vom und beim Gegenüber. Nicht, um aus der Retorte den „Neusüdtiroler“ zu schaffen oder wie der Rosenzüchter die Arten kreuzen.

Sondern damit aus dem Nebeneinander ein dynamisches und wechselwirkendes Miteinander wird.

Schließlich sind die Nordtiroler von heute, die Sachsen von heute, die Schwaben von heute auch nicht dieselben wie damals, 1918.

Im Grunde sind wir beneidenswert. Heimat mehrerer Sprachgruppen zu sein, kann sicherlich viele Spannungen bedeuten. Aber es könnte darin auch eine Arznei gegen provinzielle Verkümmern liegen.

Wer's nicht glaubt, sobauere sich zum Vergleich einmal in Innsbruck oder Trient, in Graz oder Verona um.

Südtirol im Wandel:

„Je besser wir trennen, desto besser verstehen wir uns.“ (D. Zeiger, Kulturassessor)

Es ist ein Satz der eigentlich alle zufriedenstellt: man kann hineininterpretieren, was einem beliebt; ein Bekenntnis zur Autonomie oder das gerade Gegenteil, die Sichtweise wechselt mit der politischen Couleur. Die Elastizität dieses Bonmots hat ihre unwidersprochenen Vorteile.

Ich will hier jedoch nicht dem Kulturassessor diese oder die andere Interpretation unterstellen. Ich versuche, bewußt von seinem unstrittenen Ausdruck ausgehend, einige Überlegungen rund um das „Zusammenleben“ anzustellen. Insofern soll besagtes Zitat am Anfang meines Beitrages mehr als ein Blickfang für die Leser sein.

Die menschlich-kulturelle Identität

Trennung, das heißt vordergründig Deutsche und Italiener müssen sich ihrer Verschiedenheit bewußt sein, im Hinblick auf das Zusammenleben aber ist es weniger eine Frage der Unterscheidung als der – in diesem Zusammenhang vor allem menschlich kulturellen – Identität der einzelnen Volksgruppe.

Hier stellt sich einmal die Frage nach der menschlichen Identität allgemein, welche, ganz abgesehen von den tiefgreifenden Umwälzungen im Laufe dieses Jahrhunderts, allein in den letzten ca. zehn Jahren einer dauernden Infragestellung unterzogen war (z. B. Grenzen des Wachstums, Gleichberechtigung der Frau). Ganze Wert- und Gesellschaftsordnungen wurden von Zweifeln erschüttert; die Wirtschaftskrise anfangs der siebziger Jahre tat das ihre dazu. Noch ist es nicht gelungen, die Wertordnungen zu stabilisieren, es wurden keine zwingenden Antworten auf all die Fragen gefunden, die 1968 zum ersten Mal auftauchten und mit den Jahren immer drängender wohl konkreter wurden. Vereinzelte Lösungsversuche waren vorhanden (Rückkehr zur Natur, zur Religion), endeten aber zum Teil in schrecklichen Sackgassen (Terrorismus, Drogen). In den letzten Jahren verzeichnete man eine Abkehr des Menschen von den Ereignissen („effluvo“: Disco-Music u. a.); der Optimismus von 1968 zerbrach an der Realität.

Südtirol konnte sich der ganzen Problematik nicht verschließen; allmählich wurde auch unser Land davon erfaßt, quer durch alle Generationen.

Für mich als jungen Menschen stellt sich die Frage der Identität auch altersbedingt, nicht nur was die eigene Persönlichkeit betrifft, sondern auch in bezug auf mein Verhältnis zur Umwelt, auf die eigene Position in der Gesellschaft, in der Familie, in Form der Infragestellung einer Weltanschauung, einer Form des Zusammenlebens

allgemein, ganz abgesehen von der vorliegenden ethnischen Problematik, auf dem Boden der Unsicherheit der vorangegangenen Jahre.

Die kulturelle Identität ist unantastbar mit der menschlichen Identität verbunden, weil die jeweilige Kultur aus einer bestimmten Gesellschaft herangeboren (und von ihr getragen wird oder nicht).

Die kulturelle Identität der Südtiroler ist bestimmt auch von der allgemeinen Krise der Werte mitgeprägt. Dies kommt besonders in der jungen Generation zutage, die sich vielfach mit den tradierten Formen des Volkstums nicht identifizieren kann.

Nicht zuletzt der Fremdenverkehr hat zur Vertiefung mancher Risse beigetragen, weil seine menschlich-kulturellen Auswirkungen (soweit überhaupt kontrollierbar) keiner Kontrolle und Steuerung unterlagen. Als vor etwa 15 Jahren noch einige wenige „Heerrische“ die Straßen säumten, um die vorbeiziehende Prozession zu sehen und zu fotografieren, blieben die Inhalte des Tuns der Einheimischen noch unangetastet, der Hängriß war noch nicht spürbar. Durch den Massentourismus aber wurde das Denken der Südtiroler verdinglicht; der Fremde ist oft ohne Verständnis für diese Kultur eingebrochen, hat vieles als Spektakel genossen, was nicht gerade als Spektakel gedacht war, der Einheimische sah die neue Verdienstmöglichkeit und verkaufte sich, so gut er eben konnte. Im Laufe des Ausverkaufs entfremdet er sich der eigenen Kultur. Der Gast hat andere Wertmaßstäbe mitgebracht, die der Einheimische großteils unbewußt, aber bereikwillig übernommen hat (Stichwort Lebensqualität: Auto, Fernsehen usw.). Ohne den Fremdenverkehr hätte Südtirol den heutigen Wohlstand nicht erreicht, das stimmt, aber deshalb kann und muß man sich trotzdem mit den Schattenseiten einer einerseits so günstigen Entwicklung auseinandersetzen.

Mit der Frage nach der menschlich-kulturellen Identität stelle ich vorab einmal jene grundsätzlicheren Positionen zur Diskussion, die sozusagen das Unterbau einer Diskussion über das „Zusammenleben“ darstellen und auch im „Zusammenleben“ selbst eine bedeutende Rolle spielen.

Kurzer geschichtlicher Überblick

Die Einschätzung der heutigen politischen Lage beruht auf einem, irgendeinem Verständnis der geschichtlichen Entwicklung seit der Annexion Südtirols an Italien. Bevor ich also gegenwarts- und zukunftsbezogen auf das „Zusammenleben“ zu sprechen kommen kann, muß ich noch einige geschichtliche Daten und Fakten in Erinnerung rufen.

1920–1945, das ist ein Abschnitt: 1920 Annexion Südtirols an Italien – 1921 Forderung einer beratenden Kommission zum Studium der Autonomie – 1922 Faschistischer Marsch auf Bozen, Festlegung und schrittweise Durchführung eines Italianisierungsprogramms – 1929 Abkommen zwischen Hitler und Mussolini zur Umsiedlung der Südtiroler, Kriegsbeginn – 1943 Sturz Mussolinis und seine Wiedereinsatzung durch die Deutschen, deutsche Truppen besetzen die Provinzen Bozen, Trient und Belluno – 1945 Einmarsch der alliierten Truppen in Bozen.

Der Faschismus unterdrückte jede eigenständige Lebensform und läte Haß und Mißtrauen unter den Menschen. Die deutschsprachige Bevölkerung leistete passiven Widerstand und versuchte, durch Untergrundinitiativen (Katakombenschulen) die nationale Eigenart zu bewahren.

1945–1969, das ist der zweite Abschnitt: 1945 Gründung der Südtiroler Volkspartei – 1946 Gruber-DeGasperi-Abkommen – 1948 Italienische Verfassung und Autonomiestatut für die Region „Trentino-Tiroler Etschland“ – 1956 Beginn von Verhandlungen zwischen Österreich und Italien über Erfüllung des Pariser Abkommens – 1957 Kundgebung in Sigmundskron – 1959 Südtirolfrage vor dem Europarat – 1960 UNO-Resolution zur Autonomiefrage – 1961 Beginn der Sprengstoffattentate – 1961–1969 Österreichisch-italienische Verhandlungen – 1969 Kundgebung über ein „Paket“ autonomer Rechte.

Nach Kriegsende begann das zähe Ringen Südtirols um die Zukunft einer gewissen Selbständigkeit. Der Anschluß an Österreich oder die Gründung eines selbständigen Staates schienen den Südtirolern wohl die angemessensten Lösungen. Alle hatten die Gräueltate anfangs der sechziger Jahre heizten das politische Klima zusätzlich an und erschwerten die menschlichen Zielsetzungen. Es war deshalb kaum möglich, eine Diskussion unter der Bevölkerung im Hinblick auf die durch österreichische Vermittlung sich anbahnende politische Lösung des Problems (in Form eines Pakets autonomer Rechte und eines Operationskafändes zu deren Verwirklichung) zu initiieren.

Doch auch auf höchster lokalpolitischer Ebene war man sich in der Bewertung des Erreichten keineswegs einig, wie das Abstimmungsergebnis im Südtiroler Landtag (21./23. November 1969) zeigt: 583 Befürwortern des Pakets standen 492 Gegner gegenüber (Magna und Brugger waren die Sprecher der beiden Gruppen); vielen war die konzedierte Autonomie zu wenig.

Die Stärke der Gegner des Pakets lag darin verantwortlich sein, daß auch in der Folgezeit die Bevölkerung nicht in die Diskussion um die Autonomie

nie einbezogen und somit zum Mitträger der Entscheidung gemacht wurde.

Wir wollen keine Helden mehr

Die Tatsache daß heute, mehr als zehn Jahre nach der Einigung über das Paket, wieder Anschläge stattfinden, beweist, wie notwendig die Diskussion in der Bevölkerung und die Verankerung der politischen Entscheidung durch die Politiker für die Südtiroler gewesen wäre. Magnago eindeutige Stellungnahme zugunsten der Autonomie und deren Verwirklichung dürfte vielen den Wind aus den Segeln genommen haben, doch Magnago hat — nach Innenhalb der Partei — einen schweren Stand. Er hat sich seiersens, in realistischer Einschätzung der Lage, hinter das Machbare gestellt. Die noch lückenhafte Verwirklichung der zugestandenen Rechte bietet den Gegnern des Pakets nun jedoch willkommenen Anlaß, an der Richtigkeit, der von ihm vorangetriebenen Entscheidung zu zweifeln.

Ich glaube, daß die Autonomie den deutschsprachigen Südtirolern den nötigen Freiraum zur Bewahrung und Weiterentwicklung der eigenen Identität sichern kann (die Vertragsgrundlage bleibt auf jeden Fall erhalten). Zur Verwirklichung dieses Freiraumes bedarf es der Unterstützung und Mitwirkung eines möglichst großen Teils der lokalen Politiker sowie einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit.

Wir wollen keine Helden mehr. Dieser Satz ist nicht als Ironie auf die Attentäter der sechziger Jahre zu verstehen, die unter großem persönlichen Einsatz für die Freiheit Südtirols kämpften (er zeigt vielleicht die Distanz einer jüngeren Generation zu den damaligen Vorkommnissen). Ich will mit diesem Satz vielmehr verdeutlichen, daß der Kampf vorbei ist. Südtirol muß nicht mehr um seine Freiheit kämpfen, es sollte jetzt danach

trachten, die erlangte Freiheit abzusichern und zu verwirklichen.

Der Begriff „Freiheit“ hat sich geändert. Setzen wir uns also mit der Autonomie auseinander, denn die Gründung eines selbstständigen Staates oder der Anschluß an Österreich sind heute mehr denn je keine realistischen Lösungen mehr. Setzen wir uns mit unseren italienischsprachigen Mitbürgern auseinander, die zum Teil seit Generationen hier leben und Südtirol folglich zu Recht als ihre Heimat betrachten.

Bewußtseinsbildung und Aufbruch

Eine Autonomie gibt der Minderheit die Möglichkeit zu selbständiger Entfaltung, indem sie Bereiche der Selbständigkeit festlegt und abgrenzt. Die fest gesetzten Freiheiten müssen genutzt und gestaltet werden, da sonst kein effektiver Schutz gewährleistet ist. Es werden die Voraussetzungen zur Begegnung geschaffen, indem man die gegenseitigen Positionen absteckt.

In dieser Weise möchte ich auch den Ausspruch Zelgers interpretieren.

Inhalt und konkrete Bedeutung des Minderheitenschatzes müssen den Menschen bewußt gemacht werden. Wie wenig man dies versucht, zeigt die Diskussion um die Volkszählung 1981, bei der sich jeder Südtiroler einer Sprachgruppe zugehörig erklären soll. Diese Maßnahme garantiert einen effektiven Schutz der Minderheit. Und der ist notwendig. Doch es wird Härtefälle geben: z. B. für jene, die von verschiedenen sprachigen Eltern abstammen, ist die Entscheidung nicht so eindeutig zu fällen und deshalb nicht leicht. Ich bin mir dieser Schwierigkeiten bewußt und deshalb nicht recht glücklich über diese Lösung. Vielleicht kann man bei einer notwendigen politischen Entscheidung nicht alle Eventualitäten berücksichtigen. Aber: gibt es noch andere Möglichkeiten, die ebenfalls einen effektiven Schutz der Minderheit garan-

tieren? Ich weiß es nicht. Wer hat darüber nachgedacht? Dagegen ist keine Alternative!

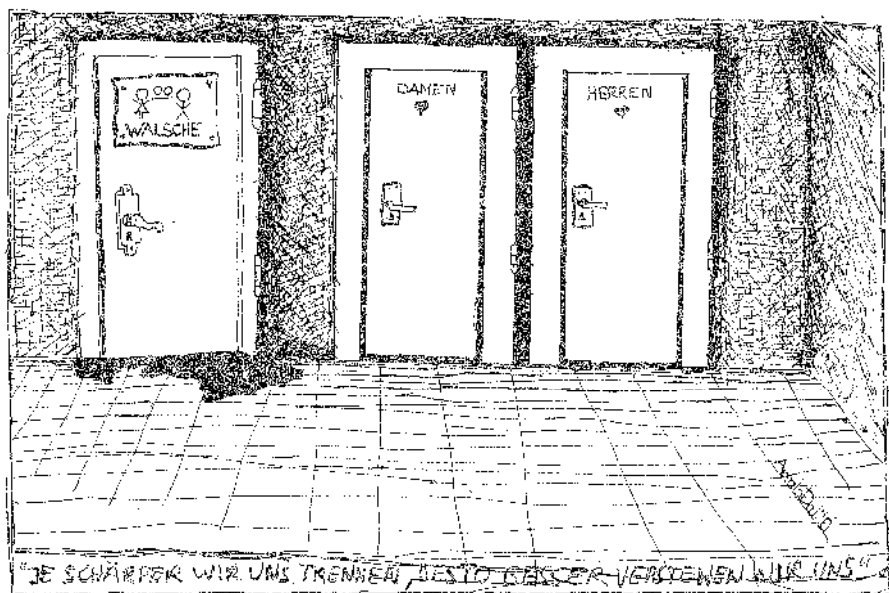
Es läge im Aufgabenbereich gerade der Gegner der Volkszählung 1981, sich mit dem Problem der Minderheitenschutz und seiner Kontroversierung, die dieses und ähnliche Probleme aufwacht, zu beschäftigen, um Alternativlösungen auszuarbeiten. Gewiß gehört auch die Öffentlichkeit in diesen Meinungsbildungsprozeß einbezogen, jedoch nicht mittels einer Kampagne à la Option 31, mit ihren anstößlichen Collagen und ihrem Odium des Grauels. Ich finde diese Vorgangsweise vorantwortungslos gegenüber der Bevölkerung. Diese Kampagne schürt nur Emotionen. Warum will man das?

Die fehlende Auseinandersetzung — auf breiter Basis — mit dem politischen und dem daraus folgenden gesellschaftlichen Wandel ist ohne Zweifel eine der größten Unterlassungen der letzten Jahre. Wem ist sie anzulasten, wenn nicht vor allem den politischen Parteien, die es versäumt haben, die Ergebnisse am Verhandlungstisch dem Volk zu verdeutlichen und dieses damit zum Mitträger der Entscheidung zu machen? Die einen unterließen es aus Angst vor Stimmenverlusten bei den nächsten Wahlen, die anderen aus Angst vor mangelndem Konsens in der Bevölkerung und in den eigenen Reihen; jeder harte zu viele Rücksichten zu nehmen.

Wem ützten all die schönen Worte vor den Studenten, wenn sie nicht aus der Bereitschaft heraus gesagt wurden, etwas zu unternehmen, damit es nicht mehr des Verständnisses bedürfte, weil die Entscheidung vielmehr von der Bevölkerung mitgetragen wird? Gerade die Massenmedien (und hierbei insbesondere die Zeitungen) hätten die Aufgabe, in diesem Sinn zu arbeiten. Statt dessen aber trafen sie, durch Polemik, Nichtbeachtung und Eigensinn, vielfach zur Vertiefung der Gegensätze bei und haben oft wohl eine andere Politik im Sinn als die der Verständigung.

Dabei wird erst durch die Auseinandersetzung mit der sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Realität ein fruchtbarer Boden für die weitere (insbesondere kulturelle) Begegnung geschaffen. Ausgehend von jeweils klaren und gesicherten Positionen werden Gespräche und Austausch viel einfacher, weil das gegenseitige Mißtrauen und ständige Überdauern überflüssig geworden sind.

Für den kulturellen Austausch gilt es dann geeignete Formen zu finden. Da es wichtig ist, daß auch der deutschsprachige Südtiroler bei dieser Begegnung ein eigenes Kulturbewußtsein zutagelegt, sollte auf die kulturelle Förderung ein besonderes Augenmerk gerichtet sein. Die skizzierte Entwicklung bringt eine Öffnung und Belebung der Südtiroler Kulturlandschaft mit sich — und damit wohl auch eine Jäberalisierung des kulturellen Klimas, was zur Zeit durchaus wünschenswert erscheint.



Die Ungleichheit unter den Menschen

oder

Gedanken zum Außenseitertum
walsche Außenseiter

„Walsche als Außenseiter?“

„Walsche und walsche Außenseiter?“

1.

Als Außenseiter könnte man nehmen: Frauen, Homosexuelle, Juden (früher?), Walsche... Bei den Frauen noch die Gruppe der Kampfenden (um ihre Rechte, gegen die Unterdrückung): diese sind Außenseiterinnen eines Außenseitertums.

„Gemeinsam ist ihnen allen, daß sie die Fremdheit in der bestehenden Gemeinschaft bedeuten. Verurteilt werden sie nicht durch eine strukturell und ideologisch feindliche Gegenschicht, sondern durch ihresgleichen.“ (Mayer, Hans: Außenseiter, S. 16)

Man und Frau kann die Außenseiter übersehen, kann sie unterdrücken/an den walschen Rand drängen oder sie verstehen/durch Verständnis „zähnen“/zu Sonderlingen machen.

Bei uns werden sie auch manchmal als Bedrohung empfunden.

2.

Wie wird man zum Außenseiter?

Entweder man sondert sich selbst von der „Gemeinschaft“ ab, oder man wird von ihr — als einzelner oder als Gruppe — abgestoßen, ferngehalten und schließlich abgesondert. Zu diesen als einzelne

oder als Gruppen Abgesonderten gehören Menschengruppen wie Juden (früher?), Homosexuelle, Frauen und ähnliches (von Brenner bis Salurn zum Beispiel Menschen wie Linke, Italiener — von denen aber nur Hilfsarbeiter, Finanziere, Naloni, Eisenbahner, Wanderhändler/marocchini, vielleicht auch noch die Walschlehrerinnen/die Walscher...).

In folgenden ist diese Gruppe mit der Bezeichnung Außenseiter genannt.

Denn die erste Gruppe, die sich Absondernden, wird von der „Gemeinschaft“, von der sie sich eigentlich absondern wollte, oft geschätzt — ja insgeheim bewundert — und so sind sie eigentlich keine Abgesonderten mehr, bestenfalls noch Einzelgänger, Sonderlinge.

3.

Die Toleranz eines jeden erträgt ja den Außenseiter, den „anderen“: aber ist seine Integration nur möglich durch Gleichheit mit der „Gemeinschaft“, die ihn zum Außenseiter abgestempelt hat?

Vor dem RECHT sind alle gleich.

Und trotzdem gab (und gibt) es die Art und die Abart (= unlebenswertes Leben), das waren (und sind) nicht nur die Juden...

4.

Es gab (und gibt) Fälle, wo Außenseiter zu Ehren kamen:

eine Frau als Premierministerin,

ein Homosexueller als Nobelpreisträger,

ein jüdischer Bundeskanzler in der Heimat des Reichsführers von gestern,

ein Neger als (ehemaliger) Berater des Präsidenten,

ein Walscher als Bürgermeister von B.

Aber das groß proklamierte „Jahr der Frau“ setzte ja voraus, daß alle anderen Jahre solche des Mannes seien.

Thomas Benedikter

„Neues Linkes“ zum ethnischen Proporz

Volkszählung und Schädelverteilung

Für die Ethnoproblematik, ein variantenreiches Dauerthema in der hiesigen „öffentlichen“ Diskussion, gab es seit dem letzten Jahr eine deutliche Befebung: nicht nur die neue Terrorismus-Episode, die sich jetzt fortsetzt, auch einige kräftige Akzentuierungen der Sprachen- und Kulturpolitik der SVP-Mächtigen in Richtung Trennung der Volksgruppen, wie z. B. das Verbot des Schüleraustauschs in Meran, die Ablehnung von interethnischen Mehrwerkzentren, das Veto gegen den Deutschunterricht an italienischen Kindergärten, ließen die Politik um Volkstum nicht aus dem Rampenlicht rücken.

Der Widerstand gegen diesen „Primat des Ethnischen“ in allen Bereichen bis hin zur Wirtschaftspolitik fand dann in der beginnenden Kampagne gegen die „Option 1981“, die zur Verhinderung der

„Spaltung“ Südtirols und der „ethnischen Einpferchung“ seiner Bewohner antrat, seinen denkbarsten und originellsten Ausdruck. Wortreiche Beiträge, sinnige Aktionen wie die Verteilung von Spracherhebungsformularen, Käfige auf dem Walterplatz und eine Studienagung sollten auf die schwerwiegenden Konsequenzen der Volkszählung 1981, die bekanntlich um ein Jahr verschoben wurde, für die „Ebnheit Südtirols“ aufmerksam machen, auch wenn ehemalige Optanten von 1929 der geschichtlichen Parallele wenig abgewinnen können: viele Linke und Sonstige, denen unser Klima der ethno-politischen Bevormundung nicht paßt, garteten in eine Art inter-ethnische Aufbruchstimmung, was der „Dolomiten“ und den SVP-Volkstumsströmern als Wahlkampfthema willkommen war und Gelegenheit bot, eifrig gegen die „neuen Unterwanderungsformen“, den „neuartigen Faschismus“ und das „neufinke Gefaule“ zu geifern.

Ein „Initiativkomitee gegen die Option 1981“, das sich als unabhängig versteht, gab hierzu eine hübsche Broschüre heraus, worin man über die Volkszählung, ihre Folgen und Hauptbetroffenen informiert und in virtuosem Impetus überleitet zur grundsätzlichen Kritik am Proporzsystem, am Sprachgruppenprinzip und anderen Paketaspekten und seinem jetzigen „assetto“. Da letztere nicht von allen Initiativlern zur „Rettung vor der großen Schädelverteilung“ mitgetragen wird, soll diese Proporzkritik — man verzeihe mir meine Prokrustesmethoden — der „arca“ der Neuen Linken zugeordnet werden. Diese wiederum, besetzt von einem in linken Gruppen selten erlebten Hang zur Aktivität, scheut die Solidarisierung gegen die Diskriminierung von einigen Minderheitsgruppen bei der Volkszählung etwas so offenkundig für einen Glaubensfeldzug für oder gegen den Proporz und das Sprachgruppenprinzip, für oder gegen eine wirklich interethnische Politik auszuwerten.

Ihre vermeintliche politische Konsequenz ist mir jedoch zu löcherig, denn oft sehen hinter dem pathetischen Duktus der Argumentation in oben genannter Broschüre willkürliche Prämissen, überwunden geglaubte Mißver-

ständnisse, eine Vernachlässigung des Gesamtpunktes des Problems und letztlich eine schlechte Konzeptlosigkeit.

Man bedauert das Fehlen einer eigenen Minderheitentheorie, die man den Thesen konservativer deutscher oder italienischer „Minderheitenexperten“ entgegenstellen kann; man vermisst praktikable marxistische Ansätze zur Analyse unserer Probleme; man versucht auch die Bewußtseinslage der deutsch- und ladinsprachigen Südtiroler zu berücksichtigen und verwirft schließlich den Proporz, so daß der Lindruck entstehen muß, zehn Jahre Paket und zehn Jahre Diskussion um das Paket in der Linken seien hier spureslos vorübergegangen. Es zeigt sich eine fatale Fehleinschätzung der Ethnopolitik überhaupt, die manchmal nur mehr als der Versuch der „Sammelpartei“ und auch italienischer Parteien, ihr Herrschaftsmodell zu stabilisieren, betrachtet wird. Gerade weil aber ethnische, soziolinguistische und gesellschaftspolitische Probleme bei uns in so engem Komplex stehen, weil Minderheitenschutz, Sprachgruppenprinzip und Bekenntnispflicht ein zusammenhängendes Ganzes bilden, weil ethnische Konfliktlinien unendlich auftreten und oft manipuliert werden, müssen Teilprobleme, wie die mangelnde Berücksichtigung einzelner kleinerer Gruppen bei der Volkszählung, und ethnopolitische Gesamtaspekte auseinandergehalten werden. Bevor ich mich jedoch mit der Kritik der Neuen Linken befasse, die nicht unbedingt so neu ist, sei eine kurze Vorgeschichte zur Proporzkritik eingeschoben.

Bisherige Proporzkritik in Bruchstücken

Die Paketbestimmungen zum ethnischen Proporz — mit der Delegation von Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnissen das Kernstück des Pakets — stellte für die Paketgegner in der SVP eine Verschlechterung gegenüber den Vorschlägen der 19er-Kommission dar. Dieser knapp 48 Prozent starken Anti-Paket-Minderheit auf dem entscheidenden Parteitag der SVP vom November 1969 in Meran war die Zahl der 6450 unter den Proporz fallenden öffentlichen Stellen, was 27 Prozent der gesamten Staatsstellen in Südtirol ohne die Lehrer entsprach, zu gering; mit ein Grund für das Nein zum Paket. Die entscheidenden Motive für den Proporz überhaupt, der im Pariser Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt wird, waren die Absicherung einer einst diskriminierten und später noch durch bewußt geförderte Zuwanderung bedrohten Minderheit und die Erfüllung ihrer Ansprüche auf bestimmte öffentliche Leistungen und Ressourcen.

Auch im Parlament war der Proporz, vor allem zwischen 1970 und 1971, einer der unstrittensten Punkte. Ballardini (PSI) sprach sich gegen den Proporz aus, da negative Auswirkungen die Organisation und das Funktionieren der öffentlichen Dienste zu befürchten seien und eine strenge Pflicht zur Zweisprachigkeit die gesetzten Ziele

besser erreichen könne. Auch für andere Stellungnahmen der meisten italienischen Parteien war es charakteristisch, daß man auf der Zielebene, z.B. der Ermöglichung des Zutritts deutscher Südtiroler zu den Staatsstellen, mit der SVP übereinstimmte sich bei den dabei anzuwendenden Methoden jedoch unterschied.

Auch fragt sich, ob der damals von MSI-Abmirante getragene Vergleich des Proporzsystems mit der Apartheid heute nicht etwas leichtfertig mit Termini wie „bananza-zone“, „ghettizzazione“, kassismats usw. weitergeführt wird oder zumindest, ob nicht die schwarzen Südafrikaner in einem Proporz einen ganz guten Sinn erlitten könnten?

Weiters erklärte Boiardi (PSMUP) in der Parlamentsdebatte: „Es wird notwendig sein, daß bereits das Kind bei seiner Geburt sich in eine Sprachgruppe einschreibt, weil von dieser Einschreibung seine gesamte Zukunft vom ersten Schuljahresbesuch bis zum Eintritt in die öffentlichen Ämter abhängt“, womit er der „Einopferübung in eine Sprachgruppe von der Wiege bis zum Grab“ der heutigen Neuen Linken-Kritik vorgriff.

Im Zuge der sukzessiven Verabschiebung von Durchführungsbestimmungen, die Proporzregelungen zur Anwendung brachten und schließlich das Proporzdekret selbst — nachdem die Zentralverwaltung das italienische Personal in Südtirol noch kräftig aufgestockt hatte — waren die italienischen Parteien und die koordinierten Gewerkschaften meist bedacht, auf eine „flexible Anwendung“ des Proporz bzw. auf Übergangslösungen hinzuwirken, um die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes nicht zu beeinträchtigen. Da neben der Pflicht zur Zweisprachigkeit der Steifen- und Wohnungproporz für die italienischen Südtiroler die blühbarste Paket-Konsequenz darstellt, ist es zumindest verständlich, daß, angesichts der nur zögernd anlaufenden Bewerbung von deutschen Südtirolern, vorsehnelte Kritik nicht ausblieb. So fragwürdig jedoch eine Kritik am Proporz, die sich nur an Einzelfällen anhängt (z.B. Anwesenheitsfrage) oder Mißstände unbegründet auf den Proporz zurückführt, so berechtigt ist eine Kritik an der informativischen, bildungs- und wirtschaftspolitischen Vorbereitung der Proporzmaßnahme seitens der herrschenden Parteien.

Obwohl nun alle maßgeblichen italienischen Parteien den Proporz als „transitorisches Instrument“ zur Beseitigung der vom Faschismus angerichteten Schäden anerkannten, blieb eine diffuse ambivalente Haftung zum Sprachgruppenprinzip und den daran anknüpfenden konkreten Folgen bestehen, wie etwa bei Ballardini (z.B. in PSI (Hrsg.), Die Sozialisten und das Südtirolproblem, S. 63 ff.), der einige Elemente der Neuen Linken-Kritik akzeptierte und Einwände „nicht so sehr verfassungsmäßiger, als darüberhinausgehender Natur“ vorbrachte. Durch

den Proporz würde nämlich eine Gruppe zum Träger eines Rechts, während nur Individuen formale Rechte haben könnten. Mit ethnischen Minderheiten seien aber nicht die Gruppen als solche, sondern die Bürger der einzelnen Minderheiten gemeint. Die Zuerkennung eines Rechts an eine solche Gruppe weise dem ethnischen Faktor eine ungerechtfertigte Rolle zu, denn „nur aufgrund derselben Sprache kann nicht einer Gruppe juristische Bedeutung zugemessen werden“. Diese Reduzierung von Minderheitenrechten auf formale Individualrechte überläßt, daß zahlreiche Grundrechte erst unter der Voraussetzung der Erhaltung der ethnischen Gruppe als solche ausgeübt werden können. Auch die Diskussion um formale oder materielle Minderheitenrechte, die Notwendigkeit und Implikationen einer „fördernden Volksgruppenpolitik“, der das Autonomiestatut in seinem Anspruch entsprechen soll, wurde hier als ethnopolitische Ausgangspunkt — wie jetzt bei der Neuen Linken — nur unzureichend verarbeitet.

Ballardini erachtet das Konzept des Proporz prinzipiell schon deshalb für widersprüchlich, weil „die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Volksgruppe einem rein subjektiven Urteil unterliegt“ wie es die Bekenntnismodalitäten vorsehen, während eigentlich eine Gruppenzugehörigkeit aufgrund objektiver Daten ermittelt werden müßte. Doch gerade dieses Bekenntnisprinzip respektiert — bei Anerkennung des Sprachgruppenprinzips — die Würde und Freiheit des einzelnen, der sich frei, nur nach seiner Gesinnung entscheiden kann und auch vor der Volksgruppe geschützt bleibt, diese also auch verlassen kann. Dies stellt, von der Frage der Notwendigkeit personenbezogener, ethnopolitischer Maßnahmen und Regelungen einmal abgesehen, die „demokratischste“ Lösung dar, was natürlich nicht für bestimmte Proporzkriterien gilt, die an der Zahl der jeweiligen, in bestimmte Grenzen gewählten politischen Vertreter anknüpfen: diese schränken die demokratische Wahlfreiheit ein und diskriminieren „unethische“ Listen.

Auch während der Südtiroldebatte im Parlament im Februar 1980 qualifizierte diesmal Boato (PR) den Proporz pauschal als Instrument der Politik des „divide et impera“ und gab einige seltsame Folgerungen aus dem bisherigen Autonomieprozeß wieder, die symptomatisch für einen Teil der italienischen, aber auch deutschen Linken sind: die Bilanz eines Jahrzehnts Autonomieverwirklichung sei negativ, denn sie habe Mechanismen ausgelöst, die Südtirol in Zustände wie im Baskenland oder in Nordirland führen können. Die Italiener in Südtirol, die an der Ausarbeitung der Autonomie nicht teilgenommen hätten, könnten sich damit auch nicht identifizieren, während auf deutscher Seite die SVP jeden inneren Dissens im ethnischen Kitt ersticke. Die deutsche Volksgruppe, zuerst Geißel des Staates, sei nun zur „Geißel der SVP“ geworden, wofür die Paket- und

Proportzmechanismen entscheidend seien, die auf sozialer und politischer Ebene die ethnische Kompaktheit über sonst gleichgerichtete Interessen hinweg fördern und institutionalisieren. Man kann nicht übersehen, daß diese mechanistischen Analysebemühungen vom Trauma getrieben sind, es sei gerade die Verwirklichung des Pakets und dieses Pakets, die eine Liberalisierung der Südtiroler Gesellschaft nach nationalen Partienkonzeptionen verhindere und die SVP stabilisiere; es ist allerdings tieflich abwegig, wenn auf diese Weise die Anwendbarkeit von wirksamen Maßnahmen des Minderheitenschutzes und der staatlichen Dezentralisierung von bestimmten politischen Bedingungen abhängig gemacht würden.

„Neue-Linke“-Proporzkritik

Ausgegangen wird von der Diskriminierung einiger Minderheitengruppen durch die Sprachgruppenbekenntnispflicht bei der Volkszählung 1981, die es aus einer „patriotischen und positiven Grundhaltung zu Südtirol und allen seinen Bewohnern“ zu verhindern gilt. Die Möglichkeit einer „blockfreien Existenz“, einer „vielfältigen minderheitenfreundlichen, mehrsprachigen Gesellschaft“ müsse, als einzige Chance für die Zukunft Südtirols, aufrechterhalten bleiben; die Gefahren des Ethnozentrismus, einer rassistischen Entwicklung und des Vorrangs des Völkischen vor jedem anderen menschlichen Belang müßten abgewendet und die Existenz einer „Vielfalt von Eigenarten“, von kompaktierten, ständig neu entstehenden Identitäten, die in „keine juristische Maschen paßten“, anerkannt werden.

Die Sprachgruppenerhebung zwinge viele, die „einfach Südtiroler oder Mensch sein wollten“, zur Selbstaufgabe, Assimilierung und Aetreinheit. Die Menschen und Bürgerrechte der Minderjährigen, Ladiner, Anderssprachigen und „Nicht-Bekennniswilligen“ (*ferminus von mir*) würden durch dieses System, das keine Mittelwege oder Grauzonen kenne, verletzt. Letztlich wurzle dies im Proporz als Ausfluß des hier verfolgten Sprachgruppenprinzips -- im Gegensatz zu dem z.B. in der Schweiz geltenden Sprachgebietsprinzip einer Hauptsäule des Pakets. Wenn in der besagten Broschüre, neben der eingehenden Darstellung der Rechtslage zur Volkszählung und der allgemeinen Folgen und jener für obige Gruppen, simplifizierende Analysen der Folgewirkungen der Paket-Autonomie zwar vermieden werden, so wird leider nicht zwischen Kritiken an dieser Autonomie und ihrer bald neun Jahre währenden Durchführungsprozeß differenziert, weil sie zu so „zwanghaften“ Instrumenten wie der Sprachgruppenbekenntnispflicht führt, oder -- weil wesentliche Normen daraus auf Trennungspolitik angelegt sind, oder -- weil sie von konservativen Parteien angewendet und verwaltet wird.

Eine Sprachenerhebung bzw. -statistik in einem mehrsprachigen Gebiet wird auch von der Neuen Linken als „unproblematisch“ angesehen; die historisch richtige Einteilung in die deutsche, Ladinische und Italienische Sprachgruppe brächte auch keine besonderen Probleme mit sich, wenn nicht die Proporzbestimmungen eine „äußerliche Unterscheidung der drei anerkannten Sprachgruppen voraussetzten oder sie zur Folge hätten“. Ganz zur Auswahl. Dabei werden plötzlich die Sprachgruppen als Träger der Landesautonomie „ausfindig gemacht“ und ebenso, daß zahlreiche Bestimmungen „Konflikte und Konfliktregelungen zwischen den Sprachgruppen“ vorsähen. Sehr neu.

Als weiter nicht dargelegte Prämisse wird festgestellt, daß die Minderheiten in Südtirol sich als geschützt betrachten dürften und ihre Stellung nach und nach ausgebaut und gefestigt hätten, so daß ihr Bestand derzeit nicht gefährdet erscheine. Die historische Diskriminierung der Südtiroler sei somit als erledigt zu betrachten, während die Italiener vor die Schwierigkeit gestellt seien, sich mit einer „klaren Kräfteverschiebung“ abzufinden und sich in der Auseinandersetzung Staat-Minderheit manchmal übergeben fühlten. Im Hintergrund das Bild der „minoranza dominante“.

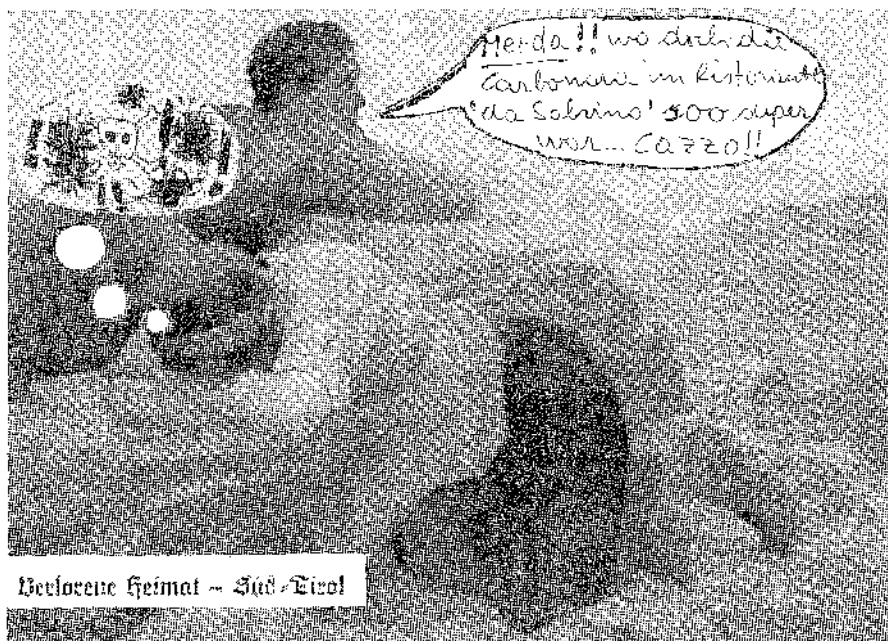
Als die allgemeine Leitlinie für die Gerechtigkeit zwischen den Volksgruppen wird der ethnische Proporz ausfindig gemacht, wonach die Verteilung von Leistungen der öffentlichen Hand und andere Regelungen nunmehr erfolgten und was zur Notwendigkeit führe, jeden einzelnen Bürger nach seiner „eindeutigen Zugehörigkeit zu zeichnen“. Auf die Motive des Proporz im Sinne einer Wiedergutmachung erlittenen Unrechts und materiellen Absicherung wird jedoch bei der „unhistorischen“ Linken nicht eingegangen,

ohne daß dies in der historizistischen Art rechter Volkstumsethologen erfolgen müßte.

Bei Unterstellung einer inzwischen sanktionierten Minderheit, bei Verzicht auf einen ethnischi begründeten Privilegienabbau, bei Akzeptierung einer Aunäufigen Aufteilung von Arbeitsmarktssektoren, Stellungsschwerpunkten und öffentlichen Ressourcen und letztlich der Negierung von Rechten ethnischer Gruppen als solcher wird es verständlich, daß der Proporz zum bürokratischen Machtinstrument zur Fempferung der Volksgruppen in Käfige gerät. Nimmt man dagegen Vorstellungen einer ethnisch gemischten Gesellschaft ohne historische Verzerrungen und Benachteiligungen von Sprachgruppen, ohne „Bedrohung von außen“, mit einer sozioökonomischen Normalverteilung oder halt politisch akzeptierten oder „gewachsenen“ Asymmetrie zum Ausgangspunkt, wie es hier manchmal scheint, so erübrigte sich ein solches Korrektiv.

Die Neue Linke vernachlässigt jedoch nicht nur wichtige Prämissen, sondern auch praktische Konsequenzen des Proporz: z.B. ist bei den Sozialwohnungen der Bedarf der deutschen Volksgruppe mit Ausnahme von Bozen im Proporzmaßstab angeblich relativ größer.

Auch bleibt ausgeklammert, daß der Stellenproporz zudem deutschen und ladinischen Südtirolern eine relativ größere Chance gibt, bis 2005 in Bozen und anderen Städten Arbeit beim Staat zu finden, in einem recht zweisprachigen Umfeld zu arbeiten und zu leben, was gerade das Gegenteil einer Entflechtung bedeutet; ebenso auch, daß der Proporz bei der Aufteilung von Haushaltsmitteln für die soziale Fürsorge und kulturellen Beiträge, der auf Forderung der Italiener eingeführt wurde, um eine Benachteiligung durch die deutsche Mehrheitsvolksgruppe in



der Provinz zu verhindern, wenn etwa streng nach dem Bedarf verfahren würde.

Zu Recht weist man aber darauf hin, daß die Proporzarithmetik gelegentlich absurde Auswüchse mit sich bringt, wie z. B. bei der Besetzung von Gremien und Kommissionen oder bestimmten Posten, und eben die Nachteile eines bürokratisch-starrten Systems, das die Besonderheiten des Einzelfalles nicht mehr adäquat berücksichtigt. Allerdings vermeidet es die Neue Linke, den Proporz letztlich auch unter dem Aspekt effektiver Chancengleichheit zu sehen, die auch eine „ethnische Chancengleichheit“ miteinschließt. Nur oberflächlich betrachtet begründet nämlich der Proporz ungleiche Chancen für die einzelnen Sprachgruppenangehörigen, z. B. bei den Stellenwertbewerben; auch der Bildungsrückstand, die mentalitätsmäßigen Vorbehalte, die Unterbezahlung bei gleichzeitigem Tourismusboom und organisatorische Gründe müssen berücksichtigt werden. Die Neue Linke verkennt demnach die Funktionen, die dem Proporz im Prozeß des Strukturwandels hin zu einer stärkeren Tertiarisierung, eines Abbaus der jeweiligen übermäßigen Dominanz der Volksgruppen einmal im Tourismus und einmal bei den Staatsstellen, der weiteren Urbanisierung und des Aufholens des Bildungsrückstands der deutschen und ladinischen Bevölkerung und somit auch einer stärkeren Verflechtung der Lebensbereiche der Volksgruppen zukommt. Dies allein reicht natürlich zur Rechtfertigung des Proporz noch nicht aus.

Verzicht auf Ethnopolitik oder Proporzstau?

Zur Lösung der Frage der adäquaten Berücksichtigung der genannten Minderheitengruppen bei der Volkszählung, wovon die Proporzkritik der Neuen Linken ausgeht, und zur Verhinderung der Sprachgruppenbekenntnispflicht als „gezieltes Spaltungsmoment gegenüber allen Lebensbereichen der Südtiroler Gesellschaft“ bringt das Initiativkomitee einige Vorschläge, wobei der „sehr stark von der SVP-Politik geprägte Bewußtseinsstand der Südtiroler Bevölkerung nicht übergangen oder vergewaltigt werden soll. Eigenartig klingt hier die Unterstellung, es ginge dieser Bevölkerung bei der Volkszählung — angesichts des „schwierigen Überlebens von Minderheiten überhaupt“ — darum, das „Bekennnis zum Volkstum auch in legal-bürokratischer Form hervorzukehren“ und „seinen Behauptungswillen auch individuell zu sanktionieren und zum Ausdruck zu bringen“.

Daß es, trotz des territorialen Schutzes durch die Autonomie, immer noch um Rechte geht, scheint dem Broschürensreiber nicht weiter auffallen. Im aufopferungsvollen Widerstand gegen die „gesetzlich verankerte und politisch geförderte Blockbildung“ verfiert man die „legitimen — Rechte einer Minderheit von Nicht-Bekennniswilligen bzw. „Bastiar-

den“ gegen eine erzwungene Volksgruppenzugehörigkeit mit einschneidenden Folgen. Dagegen stehen die international und verfassungsmäßig verankerten Rechte einer ethnischen Minderheit gegenüber dem italienischen Staat, die nur durch den Proporz mittelfristig effektiv erfüllt werden können. In diesem Licht hat die Einführung der Möglichkeit einer Mehrfachwahl — so ein Lösungsvorschlag — oder einer kollektiven, anonymen Sprachgruppenhebung, was das Proporzsystem zwangsläufig sprengen und seinen Zweck unterminieren würde, keine Realisierungschance und, in der Abwägung zwischen diesen beiden Rechten, auch keine Berechtigung. Der Proporz geht insgesamt zu Lasten einer Gruppe und diskriminiert nach ethnischen Kriterien, ohne jedoch solche sozioökonomischer Art außer Kraft zu setzen. Mißstände der Vergangenheit werden so jetzt und in den nächsten Jahren korrigiert. Natürlich kann die Faschismus- und Nachkriegszuwanderung nicht den Zugewanderten selbst angelastet werden, und auch nach der Faschistenzeit entschied bei den Staatsstellen und Wohnungen nicht nur die einseitige Begünstigung durch den Verwaltungsapparat, sondern auch die Bedürftigkeit, da neben bedürftigen Südtirolern immer noch bedürftigere Italiener aus Rest-Italien ankamen. Doch sollten die 1976 bestehenden „ethnischen Quoten“ weiterbestehen? Oder soll etwa den ethnischen Minderheiten die Schuld dafür zugewiesen werden, daß das Paket erst 30 Jahre nach Kriegsende zum Tragen kommt?

Die Neue Linke sieht moralische Rechte von Nicht-Bekennnis-Willigen verletzt, konstruiert politische und sozioökonomische Wirkungen des Proporz in Richtung „völkische Spaltung“, plädiert für seine Abschaffung und aberkennt letztlich der ethnischen Minderheit ihre moralischen Rechte aus einer ungunstigen Vergangenheit und auf Absicherung, weil sie's halt nicht mehr notwendig habe. Dies ist weder legitim noch demokratisch, und überdies werden die sozioökonomischen, politischen und psychologischen des Proporz falsch gedeutet. Sozioökonomisch gesehen kann der Proporz als sich langsam einpendelndes Teilungsprinzip dazu beitragen, einseitige „ethnische Verteilungen“ und Dualismen wie Stadt—Land, Tourismus—Staatsstellen, niedriges—hohes Bildungsniveau usw. abzubauen, ohne hegemonialen Parteien ständig die Chance zu geben, sich als die besten ethnischen Interessenvertreter zu profilieren.

Den politischen Block bei den deutschen Südtirolern auf die Durchsetzung der Paket-Autonomie und damit des Proporz zurückzuführen ist reichlich widersinnig; schließlich hat die italienische Zentralregierung wohl selten eine aktive Autonomienpolitik betrieben. Das Autonomiestatut, das als Kompromißlösung zwischen Repräsentanten von Staat und Minderheit auf der Grundlage des Pariser Vertrags standokam, stellt den institutionellen

Rahmen für die Verwirklichung von Bedingungen dar, die den Bestand der Minderheit und ein „konstruktives Miteinander“ ermöglichen kann; die SVP hat hier unbestritten einige Verdienste, worin sich ihre Politik im Lande jedoch nicht entschuldigen läßt. Das Sprachgruppenprinzip als Charakteristikum unserer Autonomie und damit die Notwendigkeit der Zugehörigkeitserklärung bildet ein simples Instrument zur Erreichung eines effektiven Minderheitenschutzes, wobei dem Proporz eine Reparations- und Schutzfunktion zukommt.

Der Prozeß der vielfältigen Überlappung und Integrierung der Volksgruppen kann durch den Proporz kaum behindert werden, weder im sozialen, noch im politischen. Gefährlich ist zwar, daß durch den Proporz in wichtigen Gremien eine Mehrheitsvolksgruppe in ihrer Geschlossenheit nahezu ungehinderte Entscheidungsgewalt ausüben kann, eine Entflechtung von oben, via Proporz — die Schul- und Kulturpolitik steht hier auf einem anderen Blatt — ist nicht haltbar. Man sollte eben eine Ethnopolitik, die die Rechte einer Minderheit wahrt, und die Sprachen- und Kulturpolitik zum Schutz der Minderheit deutlich trennen, was der SVP kaum ins Konzept paßt.

So mühsam und künstlich man sich hierzulande bemüht, die Sozialpartnerschaft einzuführen, so dringend benötigen wir einen Grundkonsens der Volksgruppen in einigen wesentlichen Fragen der Bedingungen, die langfristig jeden ethnischen Konflikt zurückdrängen können. Eine statutarische Absicherung von jeweiligen Rechten, ein mittelfristiger Privilegienabbau und eindeutige Regelungen in Fragen „ethnischer Verteilung“ sind entscheidend für die Entethnisierung von Konflikten und schaffen erst die Voraussetzung, Ersatzlösungen für den Proporz in manchen Bereichen zu überlegen. Die Befürchtung, die „Ethnisierung“ politischer Prozesse und Strukturen könne auch nach Paketschluß aufrechterhalten bleiben, indem Konflikte zwischen Gruppeninteressen zwecks Machterhaltung wieder zu ethnischen Problemen reduziert werden, liegt das Mißverständnis zugrunde, der Autonomieprozeß und auch der Proporz stabilisierten die SVP. Gerade die Verzögerungen in der Paketverwirklichung, Rückschritte in den Beziehungen zum Staat und der Verzicht auf jede ethnopolitische Steuerung à la Neue Linke kann der Sammelparteidologie neuen Auftrieb geben, während der Proporz als verfassungsrechtlich verankerte Konfliktregelung die Entwicklung zu einer größeren Liberalisierung eher fördert.

Auch wenn das Autonomiestatut und seine Durchführungbestimmungen nicht unbedingt als heilige Kuh angesehen werden muß, so wird die „Neue Linke“ Kritik am Proporz, ohne an strategische Mätzchen zu denken, die Südtiroler Linke insgesamt nicht weiterbringen.

Neue Texte aus Südtirol

L. P. Michael:

2 liebesgedichte

die liebesbezeugungen am morgen schon:
den objekten:
erstmal musik + zur teckanne gegriffen
der tassenhenkel am finger:
ein ring der gelobten/
der katze ein kraulen dem brot das streicheln
ich stehe auf rück den stuhl zurecht
habe die schuhe geputzt die haare gekämmt:
die verabredung: komme in die bar:
trocken die stimme ohne bier
das erste saugen an der zigarette
nervosität im raum ich drehe den filter
den bierdeckel + das glas/
lippenstiftspuren an der kleinenbrauentasse
von ihr
wie an der wange: **ein küßchen**/
ihre hose das hemd + das haar: sie
letzten in der zeitschrift dasselbe bild
vielleicht mehr busen + popo
mein zeichen von zuneigung für sie:
die ausgebeulte hose
unter dem tischchen
es ist noch **besser vormittag**/
ich rede über das wetter + die arbeit
habe treffenden witz/
ihrem haar ein kraulen streicheln ihrer hand
derselbe ring + auch der henkel/
die verabredung für den abend:

für weibl:

ich hab mein herz
in der hand gehalten
es abgewogen
+ an die wand geschleudert/
die rattendzähne
im bauch
zerbröckelt im suff
das hirn:
die heile welt

ich trinke noch ein bier
+ auf den straßen liegt der hundekot
urinkrusten an der hauswand
die ersten säufer latschen schon/
ich + sie
haben nichts gesprochen
wir gehen unseren eriedigungen nach
+ das hoffen am abend zu sprechen: ich schrecke
zusammen/
am abend die welt den objekten
dem teller der gabel dem essen:
ihr rock die bluse haar:
verständnisvoll nicken wir einander zu:
das lächeln:
dein lippenstift ist rot: ich
+ sie: dein haar gekämmt:
ein sanfter kuß
im bett
nach **vollzogenem ritual**:
ich drehe mich auf die seite
nichts ist gesagt:
der wecker ist eingestellt das fahren von autos
licht + schatten der straßenlampen
ihr atmen
+ mein weinen bleibt aus
verschoben auf morgen:
ein neuer anfang:
derselbe tritt

Kurt L. Lanthaler

ich erinnere mich weil ich sehe die straße & hat
der regen darauf geregnet daß alles naß war & die
scheinwerfer von den autos haben die luft aufge-
schnitten.

die scheinwerfer von den autos haben die luft auf-
geschnitten & das blut hat auf der straße gelegen &
ist geflossen in strömen wie bei den alten römern
wo wir immer gelosen haben.

es hat in den pfützen gelogen & geglänzt wie wenn

weihnachten wär & alle froh & glücklich weil weih-
nachten ist wie es sich gehört um die zeit.

die schnitte sind immer weiter nach vorne & dann
wie sie wog waren sind die nächsten gekommen
wenn die anderen vorbei waren & vorüber so daß da
ganz kurz ein leerer platz war wo dann gleich das
wasser wieder angesetzt hat damit das blut nicht
aufhört auf der straße weil ja weihnachten ist.

& dann ist es gewesen wie ein spiegel & alles dop-
pelt daß man es besser erkennen kann aber ich ha-
be mir in der stille gedacht stell eine kerze auf die
wird überfahren von den rädern weil sie keinen

schnitt macht für weihnachten & dann ist da weniger blut & sie nimmt dann platz weg es kommen die scheinwerfer nicht mehr weiter & silvester ist auch bald also darf das nicht sein mit der kerze.

ich habe auch müssen ganz laut lachen & die leute die gerannt sind wie immer & vorbei haben geschaut wie wenn sie mit den mund zumachen wollen.

weil ich habe mir vorgestellt wie das ist wenn morgen wind & das dunkel aufhört daß dann das blut weg ist wie wenn nichts gewesen wäre & deshalb habe ich auch gelacht & es war laut.

wie wenn nichts gewesen wäre & so daß es ganz leer ausschaut & überhaupt kein blut weil sie keine schnitte machen weil es zu hell ist & gemordet wird immer nur nachts weil da sind alle katzen grau & die müssen dann dran glauben.

& es ist dann so daß wenn sie überleben & von der nacht übrigbleiben & dem morden dann gehen sie mäusejagen weil sie auch gemordet werden sollten. das sind auch die einzigen die bei tag wenn kein blut ist sterben können & vielleicht geht es weil sie kein blut haben aber das weiß ich nicht.

daß die mäuse sterben fällt aber nicht auf weil die leut etwas gegen sie haben & eigentlich froh sind wenn sie die armen tot herumliegen mit allen vieren nach oben & den laagen schwanz eingecrollt.

& es freut die leut

es freut die leut wenn sie über mäuseleichen steigen müssen tote & kalte ganz traurige die nicht mehr quietschen & sie steigen mit genuß darüber daß man es ihnen ansieht den leuten weil es grausige viecher sind sagen sie die leut.

sie geben es nicht zu aber sie haben belohnungen ausgesetzt & die verteilen sie damit die mäuse ermordet werden das ganze mäusevolk & die ratten sind auch dabei damit die mäuse ermordet & die ratten erstochen werden ohne daß blut da ist weil sie es nicht sehen.

aber sie merken nicht daß niemand die mäuse & rattenleichenberge wegschafft & so werden die leichen die alle farben bekommen jeden tag mehr & sie singen man stellt sich das vor wie das klingt.

jeden tag mehr & immer höher & dann noch höher bis alles verspeut ist.

man sieht dann nur noch den himmel & der ist grau wie die mäuse & wie die katzen bei nacht die die mäuse bei tag getötet haben aber nicht aufgefressen weil sie sich von der belohnung besseres gekauft haben beim metzger & der hat sich gefreut weil er geschäft gemacht hat & ein großes dazu.

& er der himmel macht dann keinen unterschied mehr zwischen tag & nacht & es wird so sein daß man kein blut mehr auf den straßen sieht wegen der ratten & mäuse die sich zu bergen stauen & zweitens weil der himmel seine sterne wieder hat die ihm die scheinwerfer gestohlen haben die jetzt unter den bergen liegen.

weil dann die vierbeiner mit den schwänzen die sonst nicht zu wort kommen reden sind die anderen still & fast erstickt in den leichen die sie selbst bezahlt haben & ich kann hören was ich sagte als es laut war & es klingt jetzt ganz anders so daß ich erschrecke weil ich verstehe daß ich anders geredet habe als ich wollte.

Josef Oberholzer

traurig, 1 gedicht

es ist traurig, 1 gedicht
zu machen, in dem die rede ist
von nichts./du sitzt

knapp untern gipfel
des berges, (füße nackt ausgestreckt)
aufm balkon, hast

die zeit hinter dir, mit menschen
die keine waren (:auf konsument reduziert)
(von suppen schnitzeln salaten

fettigen schweinshaxn): auf
geblähte mit gleichgeschaltetem hirn, gleich
geschalteter kot. doch kot

düngt, & die pflanzen!, hier
ersticken: schneerummel gestöberios
massenhaft: Massen-Haft

: gleich - gleich. umzäunt

von büchern, von fotos, ein
gezäunt sitz ich oder stehe, gehe
im kreis. (freiheit

ist unmöglich./ umkronpon!) die
eingeweide das hirn
aufgraben umgraben: eingezäunt

leben müssen
mit jedem atemzug nicht
leben./ draußen
nichts ändert der regen
: die untergehende sonne mit rot
um die zeichnung des berges, balkon/

häuft sich & häuft, tote bilder
1000mal eingeatmet
& kotzen hinterm banco

nicht dürfen! (können!) der atem
stets der selbe mief, mit
jedem herzschlag gleichschaltung

: „& wenn ich 1 kuh
vom melkschemel fickte“ / „na
'gutes verrecken!'

an den gestanzten maschinenformen“ (nichts
umzustürzen, es genügt
mich wachzustürzen (wachträumen!)

in die „einzelheit“ / : der tod

ist dann einfach das ende (gestern
84 tote in bologna (hbf: wartesaal)
strage der faschisten,

Es scheint uns die Zeit gekommen, dem großen Dichter und Wanderer Dr. Josef Rampold sowie seinem Freunde, dem hüflichen Sänger und Goetheaner Dr. Hermann Eichbichler

endlich jenen Platz an der Sonne zuzuwenden, der ihnen schon seit langem gebührt. Hier nun der Beitrag des Wiener Kampfbüchler Eemlers H. W.

Liebe versammelte Festgemeinde, verehrte Ehrengäste, lieber Josef, lieber Hermann!

Vor einigen Jahren, da Kultur noch in dem, so heißen, rücksichtslosen und schädigenden Sirei des Tages stand, glaubte niemand mehr daran, daß dieses bei aller Ständigkeit und Ewigkeit doch so zarte Geschöpf heil und mit gesunden, sogar kräftigen Gliedern, mit frischer Lebensfreudigkeit aus dem Lärm noch einmal herauskommen würde. Es entstand sich ganz unmerklich den grohen Händen, die an seinem Gewand und seiner Gestalt zerrten und rissen, die es so blühdings betasteten und gefühllos behandelten. Weder sogenannte Professoren und Soziologen noch die laut schreihenden Anhänger und Verfechter dieser sogenannten Kultur, die ihr wohl oft mehr geschadet als genützt haben, konnten es verhindern, daß die wahre Kunst ruhig und unbekümmert um rechts und links stätlich emporwuchs und Blüten und Früchte zu tragen begann. Gar zu vieles von diesen Jünglingen war krank und wurmstichig im innersten Kern und fiel bald zu Boden, wo es vermoderte und verdorrte. Verdorben, verschollen, vergessen... Es ist ja das Schicksal so vieler junger Streiter, daß sie an ihrer eigenen Genialität zugrunde gehen, an ihrem eigenen lodernen Feuer sich verzehren — ganz abgesehen von der großen Garde jener flachen Talente, die ein guter Zufall an die Oberflüche bringt, bis sie der nächste Tag wieder hinwegfegt. Das sind wohl die Merkmale der Übergangszeit, die die Tiefen aufwühlt, das Oberste nach unten kehrt und das Unterste in die Höhe bringt, und erst nach dem endlichen Ausstoben der Gegensätze die Sieger und Besiegten zählen läßt.

Und da haben wir zwei unter den Siegern, die von Urbeginn an in den vordersten Reihen standen und ihr Banner in rechtem Siegermut stolz flattern ließen, in Sonnenweitere und Sturmesgrollen, ob ihnen nun die Gunt des Tages entgegenlachte oder nicht. Echte deutsche trutzige Kämpfer und Sänger sind sie, — unser Dr. Josef Rampold und unser Dr. Hermann Eichbichler. Wir dürfen sie jetzt wohl so nennen, die Unsigen, wenn wir auch noch ein gutes Stück Weges dorthin haben, wo ihre Poesien wirkliches Gemeingut der Deutschen geworden sind. (Das dauert ja bei uns gewöhnlich etwas länger als anderswo.) Einstweilen wollen wir aber nicht ermüden, ihre Namen immer wieder hinausrufen und die Kunde von ihnen jenen hinaustragen, denen diese Dichter noch nicht so ans Herz gewachsen sind wie uns, die Kunde von denen, die wir sie so lieb gewonnen ha-

ben wie einen schönen, sonnigen Frühlingstag oder ein herrliches Stück deutscher Erde oder — warum auch nicht? — wie zwei süße, lustige, flotte Mädchen, mit denen wir unvergeßliche Stunden durchlebten.

Dr. Josef Rampold und Dr. Hermann Eichbichler! Beiden ist auf höchst vollkommene Art gemeinsam: den versöhnenden Einklang zu finden zwischen Leben und Dichtung, in dem das Hüflichste und Bitterste nicht disharmonisierend, das Schönste und Edelste nicht als bloße Phantasterei erscheint. Dr. Josef Rampold! Schon seine rührlige Dissertation „August Lieber“ (und nicht wie böse Zungen gerne verdrehen möchten „Lieber Augustin“), dieses wunderbare Beicht- und Lebensbuch der Selbstbekenntnisse, dieses „Buch“, in dem so vieles vereinigt ist: die zahlreichen Äußerungen seiner grundehrlichen, festen, deutschen Weltanschauung, Urteile über dies und das, was ihm gerade in den Sinn kam — wer wollte hier nicht von höchster Poesie sprechen. Seine Wanderungen in den Bergen der Einsamkeit, seine Erlebnisliefe, in der ihm das eine bedrängt, das andere erfrischt — wer wollte hier nicht von Vollendung sprechen?

Dr. Hermann Eichbichler! Eichbichler! — ist nicht sein Name bereits Omen! (Mensch Eichbichler! — Ann. d. Red.) Kenni denn die Menschheit sein tägliches Ringen um eine bessere Welt, seinen Kampf gegen den Untergang des christlichen Abendlandes, dem wir, gäbe es IHN nicht, unruhigsam zuseherten. Wer kennt nicht die unzähl-

gen Dolomitensays, getragen von größtem Edeimut und — Poesie, wer wollte hier nicht neben dem Interpretieren und Goethe-Rilke-Kenner den Dichter Eichbichler zu uns sprechen hören? Die Motive ihrer Dichtungen umspannen alle Gefühle und Empfindungen, und in ihrer Hand wird das Alltägliche und Naivste, das Unbeachtete, dem selben ein Blick geschenkt wird, der poetischen Darstellung würdig. (Darum darf sich nicht jeder das erlauben, was sich diese beiden erlauben können.)

Diese frische Sinnlichkeit! Dieses jene Formgefühl! Diese angeborene Abscheu vor jeder unkünstlerischen Wendung! Dieser erhabenste Sinnesstul! Diese scheidbare Kompositionslösigkeit!

Dr. Josef Rampold! Dr. Hermann Eichbichler! Die wahre Freiheit der schönen Form findet in ihnen zwei der genialsten Verfechter. Ihre Künste sind nicht schwache und kurzlebige Treibhauspflanzen, die beiden Dichter und Sänger begeben sich nicht in die stickigen Atmosphären von Literaturcafés und anderen modernen Großstadteinrichtungen, sondern sie lassen sich in die weiten und oft stollen Erhebungen der Mutter Erde treiben, unter glühender Sonne, im Schauer des Regens und des Schnees. Von dort holen sie sich ihre Kraft, und aus diesen Quellen sprudelt der reine Born ihrer Poesie. Sie stehen in der ersten Reihe unserer Südtiroler Dichter: Ganze Männer, gefestet und doch so entwicklungs-fähig und empfänglich für jeden frischen Eindruck. Männer, denen das kräftige und freudige Leben, die ungebrochene Schaffenskraft aus den offenen, hellen Augen schaut, Dichter die mit kunstverständigen Händen goldene Schätze aus der Seele des deutschen Volkes zu heben wissen. Oh, unsere Dichter der Jugend, der Liebe und der Schönheit, unsere lieben und pruchtigen Dr. Josef Rampold (Mensch Rampold! — Ann. d. Red.) und Dr. Hermann Eichbichler!



Christentum als Ideologie

Wenn eine Idee mit einem Interesse zusammenstößt, ist es allemal die Idee, welche sich blamiert. (E. Bloch)

Südtirol ist ein „christliches“ Land. Zu diesem Schluß müßte jemand kommen, würde er den Grundsatzklärungen politischer Gruppen und den etwa in Sonntagsreden ihrer Vertreter gemachten Äußerungen Glauben schenken.

Als in den letzten Jahren neben den rein ethnischen immer mehr ideologische Momente das tagespolitische Geschehen in Südtirol zu beherrschen begannen, ist die Zahl der Organisationen im Steigen begriffen, welche direkt oder auf Umwegen das Christentum zur Legitimation ihres Anspruchs ins Feld führen.

Die stärkste und einflußreichste Gruppierung mit diesem Ziele ist zweifelsohne die Südtiroler Volkspartei. Sie hat sich trotz ihres erklärten Sammelcharakters ideologisch festgelegt und macht aus ihrer Zugehörigkeit zum christdemokratischen und konservativen Lager kein Hehl. Innerhalb dieses Spektrums findet die von der SVP gelieferte Südtiroler Variante der christdemokratischen Ideologie im Schlagwort Glaube und Heimat ihren wohl besten Ausdruck. SVP-Intern haben sich bis heute drei Interessenvereinigungen offiziell konstituiert: der Bauernbund, die Arbeitnehmer und jüngst der Mittelstand. Ihren jeweiligen Bedürfnissen entsprechend siedeln sich diese innerparteilichen Strömungen zwischen christlich-sozial, christlich-liberal und konservativ-christlich an. Vor einigen Wochen wurde die Mittelstandsvereinigung aus der Taufe gehoben. Zum Unterschied von Bauernbund und Arbeitnehmern verzichtet diese in der Formulierung ihrer Ziele ausdrücklich auf das Beiwort christlich, läßt aber durch Verwendung von Begriffen wie Partnerschaft, Subsidiarität, Sicherung des Eigentums... keine Zweifel über ihre ideologische Herkunft aufkommen.

Eine weitere verbal auf das Christentum Bezug nehmende Organisation ist der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund.

Erst vor kurzem hat der leitende Sekretär des ASGB Hans Widmann auf der Tagung des Südtiroler Kolpingwerkes die Gründung einer Dachorganisation aller Vereine und Verbände angeregt, welche in ihrer Ausrichtung sich vom „christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild“ leiten lassen. Auch bei sonstigen Anlässen gibt sich der ASGB betont „christlich“. Während er 1975 auf seinem 4. Bundeskongreß noch den Versuch unternahm, das Beiwort christlich aus seinen Statuten zu streichen (wohl auf Anraten einiger Gewerkschafter des ÖGB), beginnt der ASGB in letzter Zeit sich immer deutlicher als konfessionelle und konservative Gewerkschaft zu mausern. Dieser Prozeß verläuft parallel zur stufenweisen Emarginierung der sozialdemokratischen Komponente in seinen Reihen. Dazu kommt noch, daß der ASGB das „Christliche“ zu einem Hauptpfeiler seiner Abgrenzungshysterie gegenüber den gesamtstaatlichen Gewerkschaften machen möchte. Die „christliche“ Sicht soll möglichst wirksam als Instrument der

Spaltung eingesetzt werden. Mit dieser Absicht verbunden ist ein weiterer Versuch des ASGB, nämlich seine gewerkschaftlichen Ladeschützen: Sozialpartnerschaft, sozialer Frieden, ethnische Gewerkschaft... leichter an den Mann zu bringen. Daß ihm dabei ein ganzes Heer von Helfern und Helferinnen angefangen vom Pressemonopol über das dichte Netz politischer und parapolitischer Organisationen auf Bezirks- und Dorfebene behilflich ist, beweist das gesellschaftspolitische Interesse dieser Kreise am ASGB und seiner derzeitigen Linie.

Besonderen Wert auf das Etikett „christlich“ legen die Schützen. Nicht nur wollen sie ihre Aufmärsche und militärähnlichen Paraden mit Feldmessen einzuführen beginnen und ihr protziges Geknurre absegnen lassen. Sie sehen im Christentum vielmehr einen Orientierungspunkt im Kampf gegen „volksfremde“ Geistesströmungen, sprich linke Tendenzen, welche angeblich an der Substanz des Südtiroler Volkes nagen. Sie verstehen sich als Hüter des Glaubens und werden in dieser Rolle immer wieder von einzelnen Geistlichen bestätigt. Die Schutzfunktion für den Glauben durchzieht wie ein Faden die bei Schützenfesten gehaltenen Predigten. Ob sie nun in Eigenregie eine Kapelle renovieren, ob sie bei der Fronleichnamsprozession mitmarschieren oder weltliches und religiöses Brauchtum pflegen und sonst welche Tätigkeiten entfalten, immer sei die Religion Triebfeder für ihr Handeln, meinte kürzlich in Innsbruck Bruno Hosp.

Die Palette weltlicher Organisationen mit „christlichem“ Anspruch könnte beliebig erweitert werden. Feuerwehren und Musikkapellen zählen genauso dazu wie das Kulturinstitut und das Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitut.

Untersucht man nun, worin das Christliche dieser Gruppen besteht, wird man arg enttäuscht. Sie selbst machen inhaltlich keine Angaben, wahrscheinlich sind sie dazu auch nicht in der Lage, verwenden dafür um so eifriger Slogans und Gemeinplätze. In den Statuten des ASGB steht zum Beispiel folgender Passus: „Der ASGB bekennt sich zu den christlich-sozialen Grundsätzen und erstrebt deren Verwirklichung im Arbeits- und Wirtschaftsleben, in Kultur und Gesellschaft“. Andere Organisationen sprechen vom christlichen Menschen- und Weltbild, dem sie verpflichtet seien, ohne jedoch zu präzisieren, was damit gemeint ist. Wieder andere träumen vom christlichen Abendland, nicht wissend, daß es dieses auch sprachliche Ünding in der Tat nie gegeben hat.

Was mich immer wieder anwandert, ist die Unverschämtheit und Oberflächlichkeit, mit welcher politisch ausgerichtete Gruppen besonders in Südtirol über das Christentum reden und es für ihre sehr weltlichen Zwecke beanspruchen. Ob es sich um den Aufbau einer eigenen politischen Hausmacht oder um Kreuzzüge gegen Abweichler und Minderheiten handelt, ist einerlei. Ziel ist immer dasselbe: das Christentum wird in den Dienst genommen und die Idee dem Interesse geopfert. Ideologie ist das Ergebnis. Ich frage mich schon lange, warum die Umfunktionalisierung des Christentums in Ideologie hierzulande so reibungslos gelingt. Gründe dafür gibt es sicher mehrere. Einmal wird dieser Prozeß begünstigt durch den engstirnigen Provinzialismus, an dem in Südtirol beinahe alles krankt, von der Kultur angefangen bis hin zur Religion. Man lernt nun einmal nicht, über den eigenen Kirchturm hinauszublicken und kann folglich auch nicht wahrneh-

men, was jenseits der Grenzen gegen Norden wie gegen Süden hin an neuen Ansätzen da ist und an Auseinandersetzung auch und gerade im Hinblick auf eine bessere Erfassung des Phänomens Christentum ansteht.

Nicht zufällig setzen sich bei uns die Konservativen auf ein „christliches“ Roß, wenn sie gegen die „Roten“ in den Krieg ziehen. Da tut man sich anderswo schon viel schwerer, weil viele Katholiken die Instrumentalisierung erkannt haben und das Spiel nicht mehr mitmachen.

Zum anderen scheint mir eine der Hauptursachen für die Tatsache, daß bei uns politische Gruppen relativ widerstandslos das Christentum in Ideologie umsetzen können, darin zu bestehen, daß an der christlichen Verkündigung etwas schief liegt. Unter Verkündigung verstehe ich in erster Linie die Predigt während des Gottesdienstes, den Religionsunterricht in den verschiedenen Schulen und die Unterweisung im Rahmen kirchlicher und der Kirche nahestehender Gruppen und Organisationen. Jede Verkündigung muß die Bibel und die Tradition der Kirche zum Richtmaß nehmen, sofern sie Anspruch auf Ernsthaftigkeit erhoben will. Dieses Prinzip ist allgemein anerkannt und wird wohl auch von niemandem bestritten. Trotzdem stellen wir fest, daß die verkündigten Inhalte grundverschieden sein können und in der Praxis wohl auch verschieden sind. Man muß nämlich wissen, daß es bereits in der Bibel nicht nur eine Theologie und eine Botschaft gibt, sondern verschiedene Theologien und verschiedene Botschaften, weil es eben verschiedene Situationen und Zeugen gab. Trotz des heterogenen Charakters ist in der Bibel in den Grundfragen christlichen Verständnisses Geradlinigkeit festzustellen, z. B. in der Frage nach dem Reich Gottes, die Erlösung als Zentralbegriff der christlichen Botschaft oder beim Verhältnis des Christen zur Macht. Einmütigkeit besteht auch in der Parteinahme für die Armen. Im AT und NT ist ein starkes Engagement für die Rechte der Armen und Hilflosen sichtbar. Einmütigkeit herrscht in der Bibel auch darüber, daß der christliche Gott nicht ein Gott der Natur, sondern ein Gott der Geschichte, ein Befreiergott ist. Ewigkeit zeigt die Bibel auch darin, daß die Heilsgeschichte radikal auf Zukunft orientiert ist.

In der Normalverkündigung heute (Ausnahmen bestätigen die Regel) werden Aussagen gemacht, welche **zwangsläufig einer Entschärfung des Evangeliums gleichkommen**. Diese Verkündigung beruht in ihren politischen Aussagen im wesentlichen auf zwei Voraussetzungen: a) die Klasseneinteilung der Gesellschaft wird nicht in Frage gestellt; b) die auf Grund der Klasseneinteilung entstandenen Herrschaftsformen werden bejaht. Die Konsequenz: das Evangelium darf nicht als sozial-revolutionäre Botschaft verstanden werden. Revolution ist für viele ein Reizwort, das heute gleiche Reaktionen hervorruft wie zur Zeit Jesu der Ausdruck Reich Gottes.

Das Evangelium ist revolutionär nur für den einzelnen und für diesen auch nur in seinem Verhältnis zu Gott. Das hat zur Folge, daß die umfassende Sicht der Bibel vom göttlichen Heilswerk in den Hintergrund tritt. Reich Gottes wird verkürzt auf die Rettung des einzelnen und auf sein Weiterleben im Jenseits. Innerweltliches Handeln wird abgetrennt von der Reich-Gottes-Hoffnung wohl auch an der Angst vor der Infragestellung der bestehenden Ordnung durch die Reich-Gottes-Botschaft.

Die Entschärfung des Evangeliums durch die Ver-

kündigung möchte ich zu dem bisher Gesagten an drei Beispielen nachweisen.

1. Sünde als Auflehnung

Sünde wird dargestellt als Auflehnung des Menschen gegen Gott. Gott wird primär als Gesetzgeber gedacht und Gehorsam in der Befolgung von Gesetzen als wichtigste Tugend gepriesen (die gesellschaftlichen Verhaltensnormen sind analog dazu!). Sünde ist mehr ein Tun als ein Unterlassen. In Anleitungen zur Beichte werden die Verstöße gegen die 10 Gebote aufgezählt, weniger die Unterlassungen.

Die Verstöße werden nur im privaten Bereich festgestellt, die Gesellschaft wird draußen gelassen. Strukturelle Sünde wird nicht anerkannt. Folglich muß unter der Fülle von Vermutungen menschlicher Verhaltensweisen, welche in der Bibel als sündig dargestellt werden, eine Auswahl stattfinden. Soziale Verhaltensweisen werden abgesondert und Texte, in denen diese besonders zum Ausdruck kommen, werden gedämpft. Ein klassisches Beispiel einer solchen Vorgangsweise sind die Propheten und Jesu Worte über die Reichen. Das Evangelium selbst ist reich an sozialer Moral, an Prinzipien der Gleichberechtigung und an revolutionärer Ethik. Hand in Hand mit der Dämpfung sozialkritischer Texte geht die Überbetonung des Religiösen und Sexuellen. Gegenüber sozialer Not, Wirtschaftsordnung, politischen Problemen ist man zurückhaltend und versteckt sich hinter der Nichtzuständigkeit, in Fragen der Sexualmoral ist man unerbittlich und möchte die individuelle Freiheit zügeln, der allerdings im sozialen und wirtschaftlichen Leben freier Raum gelassen wird. Die strenge Normierung sexuellen Verhaltens soll, wenn nötig, auch durch Staatsgesetze durchgesetzt werden.

2. Individualismus im Vormarsch

Die Verkündigung zielt auf das Individuum, das mit Sakramentenspendung und christlicher Belehrung für den Alltag ausgerüstet wird. Sie werden als einzelne angesprochen und die Gemeinschaft, selbst die liturgische, ist meistens fiktiv. Anleitungen zu gemeindlichem Miteinanderleben und Handeln werden nicht gegeben. Da schaut die Botschaft des Propheten Amos (8. Jhr. v. Chr.) schon anders aus, der jede Liturgie angreift, welche sich in einem Kontext abwickelt, in dem Arme ausgebeutet werden. In der Sozialverkündigung ist zwar von Gewissenhaftigkeit des Individuums in der Arbeit, von Berufstreue, Respekt vor den Vorgesetzten, Annahme des jeweiligen sozialen Status die Rede, nicht aber von Streik und Solidarität im Streik oder von der Gewaltanwendung der Unternehmer.

Den Individualismus der kirchlichen Verkündigung können politisch etablierte Gruppen gut brauchen. Er entspricht genau der Ideologie der Marktwirtschaft. Wegen der angeblichen Chancengleichheit hängt soziales Wohlergehen nur mehr vom Leistungswillen des einzelnen ab. Die kirchliche Verkündigung unterstützt diese Ideologie, wenn sie die Unwahrscheinlichkeit von der Chancengleichheit nachbetet und selbst die Ursachen der Chancenungleichheit ausklammert. Begriffe wie Liebe, Gerechtigkeit, Gleichheit, Versöhnung ... wirken wie Leerformeln; sie haben und geben keine Kraft.

3. Spiritualisierung des Reiches Gottes

Reich Gottes ist bekanntlich ein Zentralbegriff der Bibel. Als sich innerhalb des Christentums der Primat des Spirituellen immer mehr durchzusetzen

begann, wurde das Reich Gottes aus dieser Welt immer weiter hinausgedrängt. Damit wurde es weitgehend neutralisiert und stellt in keiner Beziehung eine Gefahr für den status quo dar. Mit der Spiritualisierung des Reich-Gottes-Gedankens wird auch die Frage zweitrangig, in welcher Weise die der Kirche aufgetragene Botschaft reale irdische Konsequenzen hat.

Auffällig, daß die kirchliche Normverkündigung im Gegensatz zu den Aussagen des 2. Vatikanischen Konzils nie bereit war, ihren Anspruch auf eine christliche Besonderheit auf weltlichem Gebiet aufzugeben. Selbst im Rahmen der zunehmenden Säkularisierung will man nicht zugeben, daß es für weltliche Probleme keine spezifisch christlichen Lösungen gibt. Das Festhalten am Anspruch auf eine christliche Besonderheit auf weltlichem Gebiet in Gestalt von Analyse, Projekt oder Strategie beinhaltet die Annahme eines dritten sogenannten „christlichen“ Weges zwischen Liberalismus und Sozialismus.

Nun scheint gerade dieser dritte Weg es den eingangs erwähnten politischen Gruppen angetan zu haben. Ihn und nicht die Inhalte meinen sie, wenn sie das Wort christlich gebrauchen. Die Verkürzung des Christentums auf eine Dritte-Weg-Ideologie hat einen Doppelleffekt:

a) sie führt zu einer Verflachung des christlichen Denkens, weil durch die Bindung des Wortes Gottes an eine eigenmächtig gebildete Weltanschauung diesem die Substanz entzogen wird. Was übrigbleibt ist nicht viel mehr als eine Karikatur.

b) die Dritte-Weg-Ideologie führt in der Politik immer ins konservative, nicht selten ins reaktionäre Lager. Die Geschichte der Parteien in aller Welt liefert das nötige Anschauungsmaterial.

Jede Verlehnung des Christentums für politische Projekte etwa über den Weg „christlicher“ Parteien oder „christlicher“ Gewerkschaften ist für das Christentum im höchsten Maße schädlich, weil hier faktisch die Inhalte des Christentums von den Bedürfnissen der Tagespolitik her mitfestgelegt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die gewiß nicht unerklärliche Beziehung zwischen Kirche und politischer Aufgabe gerade nicht durch „christliche“ Parteien und Gewerkschaften zu realisieren.

Dem Christentum kann die Glaubwürdigkeit und die Kraft zur Veränderung nur wiedergegeben werden, wenn die zentralen Themen der Bibel wieder Gegenstand der Verkündigung werden. Dann allerdings würde das Interesse der einleitend erwähnten Gruppen am Christentum verschwinden.

SH-Interna

Bericht des Vorsitzenden

„Die Landesregierung hat für Studenten kein Geld...“ (Alto Adige); „SH hat finanzielle Sorgen“ (Dolomiten); „Hat Zolger kein Geld für Studenten?“ (Südtiroler Volkszeitung); „Die Arbeit der Studenten vom Land nicht honoriert“ (Alto Adige); „Südtirols Hochschülerschaft in Bedrängnis. Zu wenig Geld, Drohung mit dem Rücktritt“ (Tiroler Tageszeitung). So lauteten noch der 1. ordentlichen SH-Ausschäftsitzung Ende September 1980 in Bozen, auf der der Vorsitzende der SH seinen Rücktritt angekündigt, einige Überschriften zu Berichten über die Südtiroler Hochschülerschaft.

Die SH wieder einmal im Blickpunkt der Öffentlichkeit, ... diesmal allerdings nicht durch eine der bestens bekannten politischen Stellungnahmen... (Dolomiten), sondern durch eine Aktion, die auf die untragbare finanzielle Situation aufmerksam machen sollte. Leider nichts Neues, denn der Kampf um finanzielle Zuwendungen zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der SH und verschärfte sich besonders anfangs der sechziger Jahre. Auch die Frage „Steht die SH vor der Auflösung?“, von einer bestimmten Seite mehr oder weniger wollüstig in die Diskussion eingebracht, ist beiläufig nicht neu: Wer sich die Mühe nimmt, die SKOLAST-Nummern etwa seit 1958 durchzublättern,

wird selber sehen, wie oft der Fortbestand der SH in Frage gestellt, wie oft über eine eventuelle Auflösung der Organisation, über das Selbstverständnis der SH, über das „SH - quo vadis?“ diskutiert worden ist.

Aus den Diskussionen kristallisierten sich aber immer wieder Ansatzpunkte für ein Weiterbestehen der SH heraus — und ohne jetzt in übergroßen Optimismus zu verfallen: Es wird auch diesmal wieder weitergehen, zu viele Studenten sehen die Wichtigkeit und Notwendigkeit eben dieser SH ein, zu sehr hat die SH Aufgaben und Arbeiten übernommen, die die meisten Studenten nicht mehr missen möchten.

In den letzten Jahren konnten die finanziellen Engpässe auf irgend eine Weise immer wieder überwunden werden — man kommt aber dennoch nicht darum herum, die Lage, in der sich die SH jetzt befindet, als äußerst kritisch einzustufen. Ich möchte hier nicht auf das angeblich mangelnde Interesse an einer Mitarbeit in der SH eingehen, auch nicht untersuchen, ob und welchen Einfluß der vielblutierte „rifusso“ auf die SH hat, ich möchte mich ganz sachlich auf die Finanzsituation unserer Organisation beschränken.

Allgemeines

Während viele öffentliche Beiträge für die SH seit Jahren nicht mehr oder nur in sehr geringem Ausmaße erholt wurden, stiegen im Gegensatz dazu die Ausgaben überall (Papier, Post, Gehalt der Sekretärin usw.) und in besonde-

rem Maße bei der Herausgabe der Zeitschrift „SKOLAST“ inflationär an. Erhöhten Ausgaben stehen auf gleicher Stufe gebliebene öffentliche Beiträge gegenüber.

Die SH als privater Verein steht jedes Jahr vor dem gleichen Problem: An sehr viele Institutionen und Organisationen werden Ansuchen um finanzielle Beiträge verschickt, allerdings ist es immer offen, wer nun auf unsere Bitte antwortet und wieviel Geld eingeht.

Neben den Stellen, die die SH seit je und je unterstützen (Bundesministerium für Unterricht und Kunst in Wien; Referat „S“ der Tiroler Landesregierung; Landesausschuß Bozen; Ministerpräsident Rom), müssen um eine reguläre und effiziente Arbeit für die Südtiroler Studenten zu gewährleisten, auch Beiträge und Spenden von anderen Organisationen und vor allem von Privatpersonen einkalkuliert werden.

Es ist somit für jeden SH-Vorstand unmöglich, zu Beginn eines Geschäftsjahres einen genaueren Überblick über die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu erlangen. Auch kommen diese Gelder zum allgrößten Teil erst im Jänner/Februar ein; da das SH-Geschäftsjahr bereits am 20. September eines jeden Kalenderjahres beginnt, kann man sich sicher vorstellen, unter welchen Umständen einige Monate lang gearbeitet werden muß. (Es ist auch schon vorgekommen, daß von studentischer Seite der SH Geld zur Verfügung gestellt wurde, um die Arbeit fortführen zu können).

Die Finanzierung

Zum besseren Verständnis über den folgenden Bericht die Abrechnung über das Geschäftsjahr 1979/80 der SH Bozen (zusammengefaßt):

Einnahmen

Mitgliedsbeiträge	2.286.611
Beiträge	24.134.900
Skolast	6.418.421
Verschiedenes	5.088.294
Summe Einnahmen	35.928.226

Ausgaben

Skolast	13.651.069
Veranstaltungen	1.055.000
SH-Gruppen	1.527.000
Vorstand	1.681.100
Büro und Verschiedenes	18.407.228
Summe Ausgaben	36.321.397

Verlust

Geschäftsjahr 1979/80	473.172
Kapitalübernahme am 19. September 1979	1.333.416
Kapitalstand am 19. September 1980	860.244

Schon seit einiger Zeit gelingt es der SH auch beim besten Willen nicht mehr, einen positiven Jahresabschluss zu erreichen. Würden sich die Verluste in einem bescheidenen Rahmen halten, könnte man die Sache, so wie sie jetzt läuft, weiterlaufen lassen; die folgenden Zahlen sollen aber veranschaulichen, wie rapide es z.B. seit dem Jahre 1977 mit der SH finanziell bergab gegangen ist:

SH-Kapitalstand September 1977	5.141.377
SH-Kapitalstand September 1980	860.244
Kapitalverminderung in drei Jahren	4.281.133

Im Geschäftsjahr 1979/80 konnte der Verlust einigermaßen im Rahmen gehalten werden (-473.172), und dies vor allem aus folgenden Gründen:

- Die SH hatte das seltene Glück, relativ viele und hohe Spenden zu erhalten (von Privatpersonen und Banken ca. 5 Millionen Lire).
- Die Spesen für den elfköpfigen Vorstand wurden radikal eingeschränkt; das ging sogar soweit, daß Vorstandsmitglieder auf die ihnen zustehenden Aufwandsentschädigungen verzichteten und nur dadurch ein einigermaßen regulärer Ablauf des Geschäftsjahres gewährleistet wurde.

Dieser Idealismus mag erfreulich erscheinen, birgt aber eine große Gefahr in sich: Ein solches finanzielles Opfer kann man von einem Studentenvorleiter nicht noch einmal verlangen und ehinge Studenten, die an einer Mitarbeit im Vorstand der SH interessiert waren, konnten ihr Vorhaben nicht realisieren, weil sie neben dem freiwillig in Kauf genommenen Zeitverlust unmöglich auch finanzielle Einbußen hinnehmen konnten. Damit niemand etwas falsch versteht: Es geht hier nicht um eine Bereicherung, sondern nur um die Ersetzung der Ausgaben, die einem Mitarbeiter in der SH durch dessen studentenspezifische Tätigkeit entstehen. Dies, so glaube ich, müßte gewährleistet werden, denn sonst er-

geht sich wirklich die Gefahr, daß immer mehr solche Studenten innerhalb der SH arbeiten können, die cashelo begüterte Eltern haben — nur: aus solchen Kreisen kommen traditionell die wenigsten SH-Mitarbeiter!

Was tun?

Trotz Sparens an allen Ecken und Enden am Ende des Geschäftsjahres wieder ein Verlust: wahrlich entmutigend!

In dieser Situation konnte man natürlich folgende Überlegungen anstellen: — Der größte Ausgabenposten ist schon seit eh und je der „SKOLAST“; schreitet man zu rigorosen Sparmaßnahmen, muß man hier den Hebel ansetzen, das heißt, Herausgabe von nur mehr zwei (maximal drei) „SKOLAST“-Nummern im Jahr. Einstellung der kostenlosen Zusendung an die Südtiroler Matruananten.

-- Einschränkung der Arbeit in der Zentrale: Verzicht auf jedwede Kulturarbeit, eventuell auch auf die Matruantenberatung an den Oberschulen.

— Sollten diese Schritte nicht durchgeführt werden, muß die Öffentlichkeit durch einen radikalen Schritt auf die Finanzmisere der SH aufmerksam gemacht werden, in der Hoffnung, dadurch höhere Beiträge zu erhalten.

Gewählt wurde der dritte Punkt: Rücktritt des Vorsitzenden!

Meine Begründungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Ich kann es nicht mehr mitansehen, wie SH-Vorstandsmitglieder eigenes Geld investieren, um die Südtiroler Studenten vertreten zu können.

2. Kann die SH in Zukunft nicht einmal mehr für eine angemessene Aufwandsentschädigung garantieren, findet sich mit der Zeit zwangsläufig wahrscheinlich niemand mehr, der im Vorstand der SH mitarbeiten will und kann.

3. Ich bin dagegen, daß die Arbeit der SH finanzieller Mängel wegen eingeschränkt werden muß: Die Herausgabe von mindestens vier „SKOLAST“-Nummern, eine minimale Kulturarbeit und eine effiziente Matruantenberatung prägen in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß das SH-Bild in der Öffentlichkeit.

4. Es ist für mich auf die Dauer zu frustrierend, um Geld berteln zu müssen, damit wir im SH-Vorstand für die Studenten arbeiten und uns engagieren können. Der Zeitaufwand für diese leider allzuoft erfolglose Beteilei könnte zu Gunsten der Hochschüler sinnvoller verwendet werden!

Diese meine Gründe für den Rücktritt lassen sicherlich viel Platz für allerlei Vermutungen zu (Dolomiten: ... Angesichts dieser Sachlage muß man sich wirklich fragen, ob den Vorsitzenden nicht andere Gründe bewegen haben, seinen Rücktritt anzukündigen, und ob das ganze Manöver nicht nur loszentrert worden ist, um wieder einmal von der eigenen Unfähigkeit

abzulenken und den Schwarzen Peter anderen zuzuschieben!), aber ganz sachlich betrachtet scheint dies nach jahrelangem vielfach fruchtlosem Berteln um Geld der einzige Weg zu sein, der Erfolg, das heißt in unserem Fall Geld, bringen kann.

Die „Zwei-Drittel-Diskussion“

In einem Memorandum mit Erläuterungen zur Lage und Finanzsituation der SH steht: „... Die Großzügigkeit unserer österreichischen Unterstützer in Innsbruck und Wien, die für die SH insgesamt etwa zwei Drittel der Kosten tragen, kann nicht unbegrenzt beansprucht werden; ein schlechtes Zeichen von Dankbarkeit wäre es, immer dieselben Gömmer zu strapazieren...“

Diese Aussage wurde vom „Tagblatt der Südtiroler“ wiederum in Frage gestellt und unterschwellig unterschoben, daß die SH die „zwei Drittel“ erfordern habe. Um diese Vermutung zu untermauern, mußte man natürlich auch Zahlen sprechen lassen: Der Schreiber des Tagblattes verwendete dazu den offiziellen Haushaltsplan der SH vom Jahre 1979/80 und versuchte nun nachzuweisen, daß das mit den zwei Dritteln überhaupt nicht stimme.

Dazu folgendes: Jedes Jahr wird zu Beginn des Geschäftsjahres ein Finanzierungplan erstellt, und wie schon obenstehend gezeigt, ist es nahezu unmöglich, in diesem Plan Zahlen einzusetzen, die dann den wirklich eingehenden Beträgen entsprechen. Der Haushaltsplan unterscheidet sich also sehr von der endgültigen Jahresabrechnung.

Wird nun am Ende eines Geschäftsjahres behauptet, daß österreichische Stollen bis zu zwei Drittel die Kosten für die SH tragen, so bezieht sich dies naturgemäß auf die Jahresabrechnung und halt nicht auf den Haushaltsplan! So gesehen kann über die Art und Weise der Berichterstattung der „Dolomiten“ gesagt werden:

... entweder ist der Dolomiten-Schreiber wirklich überzeugt, daß seine Berechnungen die richtigen sind — dann muß man ihm eben verzeihen, — oder es wurde bewußt (der nach einem Jahr zwangsläufig ungenaue) Haushaltsplan als Unterlage zu Berechnungen und daran anschließenden Behauptungen verwendet — dann hätten wir es leider mit einem Musterbeispiel an unseriöser Berichterstattung zu tun.

Bines muß noch angefügt werden: Die ominösen zwei Drittel sollten sich den Intentionen der Verfasser der Denkschrift nach auf die SH „insgesamt“ (also auch auf die SH-Gruppen) und nicht nur auf die SH-Zentrale in Bozen beziehen. Österreichische Stellen finanzieren z.B. auch die SH-Buden in Innsbruck, Salzburg, Graz und Wien, unterstützen die Hochschulgruppen in ebendiesen Städten sehr großzügig und haben in allen Fällen immer ein offenes Ohr für die Anliegen der SH-Vertreter. Die ganze Diskussion hat sich nur auf die Zentrale in Bozen bezogen, aber sogar diese

wird annähernd zu zwei Drittel von Österreich finanziert — wie würden wohl die Berechnungen aussehen, wenn man wie geplant die Zuwendungen für die SH-Hochschulgruppen in Österreich dazurechnen würde? (Zur Information: Die SH-Gruppen in Verona, Padua und Florenz werden vom Landesauschluß bezahlt, die SH-Gruppen in Italien erhalten allerdings weder von Südtirol noch von Italien irgendwelche Zuschüsse für die Tätigkeit.)

Die Medien

Noch Bekanntwerden der Rücktritts-erklärung beschäftigten sich die Medien mehr oder weniger intensiv mit der SH. Für eine objektive Berichterstattung während des Jahres und dann besonders seit Ende September sei den Radio- und Fernsehstationen (RAI und private Sender), dann den Zeitungen *Alto Adige*, *Südtiroler Volkszeitung*, *Katholisches Sonntagsblatt*, *AGI-Italia* und der *Tiroler Tageszeitung* recht herzlich gedankt!

Die Berichterstattung der „Dolomiten“ über die SH ist schon seit ungedenklicher Zeit ein Kapitel für sich. In letzter Zeit scheinen einige jüngere Mitarbeiter dieser Zeitung, nachdem sie in vergangener Zeit vorgewarnt um die Gunst der Studenten gebuhlt hatten, einer Art „SH-Komplex“ zu erliegen; nur dadurch kann man die Kanonenschüsse gegen die SH einigermaßen erklären. Ein Glück, daß diese Schüsse jedesmal weit über das Ziel hinausegehen oder sich als totale Rohrakrepiere erweisen!

(Reinhold Staffler
Vorsitzender der SH)

SH-Seminar zur Bildungspolitik in Südtirol

Um nicht dem Vorstand zuviel an Meinungs- und Willensbildung anzulasten bzw. ein zusammenhängenderes, analytisch vollständigeres Bild vom Südtiroler Bildungssystem und seinen Problemen zu erarbeiten, veranstaltet die SH in den Monaten Dezember 1980 bis März 1981 ein „bildungspolitisches Seminar“, das mindestens sechs Sitzungstermine umfassen wird. Das stets aktuelle Supplementproblem, die Universitätsfrage und die SBZ-Kurse, die ethnischen Fragen in der Schule sind dabei nur einige Aspekte einer Bildungspolitik, die mehr Flickwerk als organische Konzepte anbietet, Maturitis suggeriert statt das immer noch hohe Bildungsdefizit stärker abzubauen, sachliche Gründe für universitäre Strukturen seit einem Jahrzehnt ignoriert und auf die kommenden Anforderungen wie Oberschul- und Universitätsreform, weitere geburtsstarke Jahrgänge, Einführung von zweispra-

chigen Studiengängen schlecht gerüstet ist.

Das Seminar soll jedoch nicht nur fundiertere Positionen zu solchen Einzelaspekten erarbeiten, sondern auch die bildungspolitische Gesamtproblematik auf dem Hintergrund der Südtiroler Gesellschaftsordnung einer eingehenderen Analyse unterziehen. So werden vor allem Themen wie die Funktion des Bildungssystems als sozialer Auslesemechanismus und Zuteilungsverfahren für Berufs- und Sozialchancen, die Orientierung der Bildungsschwerpunkte am prognostizierten Bedarf von privater und öffentlicher Wirtschaft, die Rolle der Bildungsplanung in einer solchen Bildungspolitik, die Möglichkeiten des Abbaus der Benachteiligung soziokulturell unterprivilegierter Schichten, die Rolle der Frau im Südtiroler Bildungssystem und ihre Auswirkungen, die Frage der Verbesserung rekurrenter, ständig ergänzbarer Bildungsmöglichkeiten für alle in Zusammenhang mit einseitigen Mobilitätsanforderungen an abhängige Arbeitskräfte in unserer Wirtschaftsordnung im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Leider wird, aller Voraussicht nach, die Teilnahme am Seminar auch nicht Arbeit verbunden sein, da sowohl Kurzreferate als auch Sitzungsprotokolle zu den einzelnen Themen geplant sind. Außerdem werden zu verschiedenen Fragen spezielle Experten von Universität und Verwaltung als Referenten eingeladen. Am Ende des Seminars soll ein Materialband zur Vorbereitung der Studententagung 1981 zusammengestellt werden. Noten gibt's glücklicherweise keine. Trotzdem sind alle Interessierten herzlich eingeladen, auch einmal ein Seminar abseits der Uni mitzumachen.

Genauere Informationen sind über das SH-Sekretariat Bozen und aus dem letzten SH-Info vom November 1980 zu erhalten.

Die Kulturreferenten

In der letzten Nummer des SKOLAST haben sich leider zwei Fehler eingeschlichen, die wir uns hier zu korrigieren gestatten.

Georg Engl war (bis Oktober 1980) nicht Lehrer in Terenten, sondern Bauhilfsarbeiter in Steinlegg.

Der Titel des Beitrages von Beatrix Aigner sollte richtig lauten „SH und Identitätsproblematik im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld“ und nicht „SH und Identitätspolitik...“ Wir bitten, diese Fehler zu entschuldigen.

Dissertantenbeihilfe für das akademische Jahr 1980/81

Ausschreibung

Die Südtiroler Landessparkasse schreibt für das Studienjahr 1980/81 einen Wettbewerb zur Vergabe von Dissertantenbeihilfen aus. Es werden 16 Beihilfen einmalig gewährt, wobei jede Beihilfe mit 400.000 Lire bemessen ist.

Die Beihilfen sind jenen Hochschülern vorbehalten, die bei der Erstellung ihrer Dissertation sind und ohne Beihilfe ihre Arbeit aus finanziellen Gründen nur schwer fortsetzen können.

Hochschülern, die in Italien studieren, wird die Beihilfe ab dem 5. Studienjahr gewährt, vorausgesetzt, daß nicht mehr als vier Prüfungen zur „Laurea“ fehlen.

Die Gesuche und die entsprechenden Unterlagen werden von drei Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft und drei Vertretern des Südtiroler Kulturinstitutes überprüft. Diese Kommission schlägt auch die Kandidaten, denen die Beihilfe gewährt werden soll, der Südtiroler Landessparkasse vor, welche dann die Beihilfen nach eigenem Ermessen vergibt.

Die Gesuche müssen innerhalb 13. März 1981 an das Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Walthershaus, gesandt werden. Die Gesuche sind an die Südtiroler Landessparkasse, 39100 Bozen, Sparkassestraße 12 b, zu richten und müssen mit folgenden Unterlagen versehen sein:

1. Erklärung über das Einkommen der Eltern im Jahr 1979, ausgestellt vom Steueramt;
2. Familienbogen (mit Berufsangaben);
3. Erklärungen
 - a) über laufende Stipendien,
 - b) besondere Bedürftigkeit,
 - c) Beschreibung der Doktorarbeit;
4. Prüfungsbescheinigungen;
5. Bescheinigung des Professors über das Dissertationsthema;
6. Aufstellung der erforderlichen Sonderausgaben;
7. alle weiteren Dokumente, die vom Bewerber für die günstige Beurteilung seiner Situation als nützlich erachtet werden;
8. Inskriptionsbestätigung.

Die Südtiroler Hochschülerschaft

Der Vorsitzende:
Reinhold Staffler

Dokumentation zur Monopolbesetzung erschienen

Am 6. Oktober 1979 wurde, nach einem Beschluß des Dachverbandes der Kulturvereine Bozen, das Haus und Gelände des ehemaligen Tabakmonopols in der Dantestraße 6 (Bozen) besetzt. Ein gutes Jahr danach, im November 1980, ist eine Dokumentation über diese Besetzung erschienen.

Dieses Buch wäre überflüssig, wenn das entstanden wäre und wenn es das noch gäbe, was die Besetzer und die vielen Leute, die dazugekommen sind oder sich solidarisiert haben, gewollt, gewünscht, geträumt haben, wofür sie gekämpft und gearbeitet haben: ein offener Treffpunkt, ein Ort der Begegnung und Auseinandersetzung, ein Kommunikations- und Aktionszentrum — ein Mehrzweckzentrum also, das einen Raum bietet für freie und schöpferische Initiativen, für Gespräch und Begegnung zwischen Leuten mit verschiedenen Interessen, Ideen, Bedürfnissen, für kulturelle, soziale, politische Diskussionen und Aktionen.

Diesen Sammelpunkt konnte und durfte es nicht geben.

Wer die Monopolbesetzung einfach und ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Legalität gesehen hat und sieht, der verkennt oder verdeckt die Tatsache, daß hier ein handfester Interessengegensatz bestand zwischen jenen Leuten, die dieses Mehrzweckzentrum wollten und jenen, die dagegen waren. Gesiegt hat die Macht und das Kapital. Gerade jene, welche das Wort „Legalität“ so gerne und häufig im Munde führten und zur Rückkehr zum Verhandlungswege aufriefen, haben mir brutaler Gewalt geantwortet (und dies drei Tage vor der Aussprache zwischen den zwei Parteien — Gemeinde Bozen und Dachverband der Kulturvereine — vor dem Richter): Am 5. November 1979, am frühen Morgen, wird das besetzte Gebäude unter starkem Polizeiaufgebot geräumt. Die Bagger machen sich an die Arbeit. Ein Parkplatz entsteht; ein Platz für Autos statt für Menschen.

Das Haus ist zerstört, die Probleme bleiben.

Die Dokumentation über die Monopolbesetzung ist also notwendig geworden, weil es das Haus nicht mehr gibt.

Das Buch sollte mehr sein als eine wehmütige Erinnerung. Die Ereignisse und Erfahrungen im Monopol und um das Monopol haben auch einen Lernprozeß ausgelöst, einen Lernprozeß, der — hoffentlich — nicht mit dem 3. November endet.

Das Buch beginnt mit der Vorgeschichte der Monopolbesetzung. Vielleicht ist dieser Teil vielen weitgehend unbekannt. Wer weiß zum Beispiel, daß bereits am 17. November 1977 einige Kulturvereinigungen ein Ansuchen an den Gemeinderat der Stadt Bozen

gerichtet haben, in dem auf den Mangel an Treffmöglichkeiten und an entsprechenden sozialen und kulturellen Einrichtungen hingewiesen wird und in dem der Gemeinderat ersucht wird, geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang wird auch das Haus in der Dantestraße genannt: „... schlagen die unterfertigten Kulturorganisationen dem Gemeinderat von Bozen vor, ihnen die Benützung des Gebäudes in der Dantestraße, das seit einigen Jahren leersteht und vom Bebauungsplan der Gemeinde Bozen für kulturelle Zwecke vorgesehen ist, zu erlauben, um dort ein Gemeinschafts-, Kultur- und Jugendzentrum einrichten zu können.“ In der Folgezeit wird dieses Ansuchen öfters erneuert. Es folgen mehrere Aussprachen mit dem Bürgermeister und mit Vertretern der Gemeinde, das Kulturzentrum wendet sich auch an die Parteien, ein Architekt erarbeitet ein Projekt für die Restaurierung und Renovierung des Monopol-Hauses, in einer Pressekonferenz (3. Oktober 1978) wird die Öffentlichkeit über die bestehenden Probleme und Absichten informiert, am 11. Juli 1979 gründen über zwanzig deutsche und italienische Kulturzirkel einen Dachverband, um gemeinsam und mit größerem Nachdruck vorgehen zu können. Erst nachdem alle Anfragen, Ansuchen und Aussprachen ergebnislos geblieben sind, wird die Besetzung beschlossen.

Den größten Teil des Buches nehmen die Besetzung und das Leben im Monopol ein. Wir haben versucht, einerseits unsere eigene Sprache, unsere Arbeit, unsere Überlegungen, unsere Probleme und Auseinandersetzungen, unsere lachenden und nachdenklichen Gesichter festzuhalten, andererseits aber auch die Resonanz und die Reaktion in der Presse, die Debatten im Gemeinderat und im Landtag — in Ausschnitten wenigstens — aufzuzeichnen.

Das Haus wurde nicht widerstandslos übergeben. So spricht der dritte Teil vom Gewaltakt der Gemeinde, aber auch von der Trauer und der Wut der Verjagten, von ihrem spontanen und organisierten Protest und Widerstand.

Der letzte Teil des Buches weist über den 3. November hinaus. Wir sind wieder ohne Räumlichkeiten. Viele ziehen sich zurück und geben auf. Alice, eine von den vielen, die im Monopol Kontakt suchte und wohl auch fand, wird in einer kalten Novembernacht auf den Talferwiesen ermordet aufgefunden. Auch Fredy und Arthur, zwei Obdachlose, die im Monopol Unterschlupf gefunden hatten, leben nicht mehr. Nicht alle haben aufgegeben. Viele Kontakte reichen über das Monopol hinaus. Auch die Verhandlungen und Bemühungen um ein Mehrzweckzentrum laufen weiter. Das wichtigste kulturpolitische Ereignis nach dem Abbruch des Gebäudes war die Aufführung des Brecht-Stückes „Die Rundköpfe und die Spitzköpfe“. Leute, die im besetzten Haus zusammengefun-

den oder sich kennengelernt hatten, haben mit diesem Stück ein Zeichen gesetzt, daß die Monopolbewegung weiterlebt, wenn auch unter erschwerten Bedingungen.

Die Besetzung war eine Angelegenheit beider Sprachgruppen. Es schien uns also folgerichtig, beide Sprachen in diesem Buch „zur Sprache kommen“ zu lassen.

Das Buch sammelt Dokumente, Briefe, Anfragen, Protokolle, Zeitungsberichte, Flugblatttexte, persönliche Erzählungen und Erinnerungen. Gedichte, Zeichnungen, Fotos. Herausgeber sind die Südtiroler Hochschüler-schaft und das Südtiroler Kulturzentrum. Mitarbeiter haben Vertreter verschiedener Kulturzirkel und natürlich auch „nicht Organisierte“.

Gottlieb Kaserer

Sammlung von Dissertationen

Lieba Kollegin! Lieber Kollege!

Wir halten es für notwendig, daß alle Dissertationen und Diplomarbeiten, die Südtiroler Themen behandeln, an einer Stelle gesammelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Damit würde es möglich, sich einen Überblick über den jeweiligen Stand der „Südtiroler Dissertationen“ verschaffen zu können. Die Tessmann-Bibliothek (Bozen, Waltherhaus) ist bestrebt, alle Dissertationen und Diplomarbeiten in deutscher und italienischer Sprache, die sich mit Südtirol bzw. der Region Trentino-Südtirol befassen, in ihren Bestand aufzunehmen.

Zur Zeit wird ein Unkostenbeitrag von 100 Lire pro Seite bezahlt, auch die Kosten für den Einband werden voll getragen.

Wer kein Exemplar mehr abgeben kann, möge der Bibliothek eines leihweise für einen Tag zur Verfügung stellen, es wird dann fotokopiert.

Wir bitten alle betroffenen Dissertanten, Diplomanden und Akademiker, diese Initiative zu fördern, da es keine Stelle gibt, in der diese schwer zugängliche, für jede Forschung aber außerordentlich wichtige Literaturgattung vollständig gesammelt wird.

Der Vorstand der SH

Wegen Platzmangels können in dieser Nummer die Promotionen und Sponsionen nicht abgedruckt werden. Wenn's geht, dann im nächsten SKOLAST.

FÖHN

„Der Föhn bringt viel Leben ins Land Tirol. Er bringt die Leute durcheinander und verursacht Kopfweh. Manch einer merkt vielleicht gar nur zu Föhnzeiten, daß er einen Kopf hat. Wenn der Föhn einmal alle Scheinheiligkeit weggeblasen hat, was bleibt dann übrig vom wackeren Tiroler?“

Heft 8 ist soeben erschienen. Thema Außenseiter

Redaktion für Österreich:

FÖHN-Autorengruppe, Museumstraße 21
A-6020 Innsbruck

FÖHN-Redaktion für Südtirol, Postfach 31
I-39031 Bruneck

Einzelheft und Abonnementbestellungen bei der jeweiligen Redaktion. Einzelhefte gibt's auch im SH-Sekretariat, Waltherhaus, Bozen.

Einzelheft	Lire 1.800	öS 30
Abonnement	Lire 5.400	öS 100

In Vorbereitung:

Heft 9 „Heimat“, Beiträge aller Art erwünscht.
Redaktionsschluß: Mitte Jänner 81

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: MALL SEPP, PICHLER JOSEF
Verantwortlich im Sinne des Pressgesetzes: FILL WALTER

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Preis: 2000 Lire

Abonnement: Italien Lire 3000
Österreich öS 70
Deutschland DM 10

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956

Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.
